

ISBN: 978-3-033-01090-1

Schweizerische Volkspartei

Generalsekretariat

Postfach 8252, 3001 Bern

Postkonto 30-8828-5

E-Mail: info@svp.ch, www.svp.ch



Wahlplattform 2007–2011

Mein Zuhause –
unsere
Schweiz

Inhaltsverzeichnis

Auf einen Blick:

Die SVP und ihr Programm	5
--------------------------	---

Ueli Maurer:

Mein Zuhause – unsere Schweiz	6
-------------------------------	---

Sonderfall Schweiz:

Eigenständigkeit als Chance	8
-----------------------------	---

Bürger und Staat:

Demokratische Selbstbestimmung statt Staatsallmacht	12
---	----

Aussenpolitik:

Weltoffene, selbstbewusste Interessenpolitik	16
--	----

Steuern und Abgaben:

Mehr dem Bürger, weniger dem Staat	22
------------------------------------	----

Unternehmen und Gewerbe:

Es ist Vorschrift – sagt der Bürokrat	26
---------------------------------------	----

Finanzen:

Das Märchen von der «Sparwut»	30
-------------------------------	----

Sicherheit:

Kampf der Kriminalität	34
------------------------	----

Landesverteidigung:

Bedrohungsgerechte Milizarmee	38
-------------------------------	----

Asylpolitik:

Erfolge dank konsequentem Handeln	42
-----------------------------------	----

Ausländerpolitik:

Zuwanderung bremsen	44
---------------------	----

**Landwirtschaft:**

Der Bauer ist Unternehmer 48

Bildung:

Leistung fordern – Leistung fördern 52

AHV, IV, ALV:

Für sichere Sozialwerke 56

Gesundheitswesen:

Unser Gesundheitssystem ist krank 60

Verkehr:

Probleme lösen statt verdrängen 62

Energie:

Sichere Versorgung mit günstiger Energie 66

Medien:

Vielfalt statt Einfalt 70

Kultur:

Kultur ist Sache der Kultur 74

Sport:

Sport spornt Körper und Geist an 76

Mensch, Familie und Gemeinschaft:

Miteinander statt gegeneinander 78

Der Weg der Zukunft:

Eigenverantwortung statt Sozialismus 82

Schlagwortverzeichnis

83



*«Zottel», Geissbock und
Glücksbringer der SVP
im Wahljahr 2007,
ist ein Publikumsliebbling.
Internet: www.svp-zottel.ch*

Auf einen Blick:

Die SVP und ihr Programm



Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Unser Programm ist in allen Punkten auf dieses Ziel ausgerichtet.

Konkret heisst dies, dass wir uns einsetzen für

- eine demokratische und eigenständige Schweiz, damit Sie auch morgen noch das Sagen haben;
- eine vielfältige, freie und weltoffene Schweiz, die sich nicht auf die EU fixiert;
- mehr Arbeitsplätze durch weniger Vorschriften und weniger Bürokratie, damit Gewerbe und Wirtschaft florieren können;
- mehr Geld für Ihr Portemonnaie durch weniger Steuern, Abgaben und Gebühren;
- weniger teuren Aktivismus des Staates und damit weniger Schulden und tiefere Schuldzinsen;
- mehr Sicherheit im Alltag und in Zukunft durch eine konsequente Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus;
- weniger Asylrechtsmissbrauch und Zuwanderung zum Sozialsystem;

- gesunde Nahrungsmittel und günstige Energie aus einheimischer Produktion;
- eine leistungsorientierte Bildungspolitik, damit Jung und Alt auf dem internationalen Arbeitsmarkt wieder zu den Besten gehören;
- die Sicherung der Sozialwerke durch Bekämpfung des Missbrauchs;
- tiefere Krankenkassenprämien durch eine Entschlackungskur für unser Gesundheitssystem;
- bessere Verkehrsinfrastrukturen, damit Sie nicht im Stau stecken bleiben;
- den Schutz des Lebens und der traditionellen Familie als Kern der Gesellschaft.

Was dies alles im Einzelnen heisst, sehen Sie auf den folgenden Seiten!

Ueli Maurer:

Mein Zuhause – unsere Schweiz



Als Bürgerin und Bürger fragen Sie sich mit Recht: Welche Politik bringt mir am meisten Nutzen? Die SVP meint: eine Politik, die Ihnen ein anständiges Leben in angemessenem Wohlstand ermöglicht, die dafür sorgt, dass Sie eine Beschäftigung haben und ein Dasein in grösstmöglicher Sicherheit und Freiheit führen können. Die SVP ist überzeugt, dass Sie ein persönliches Glück in Ihrem Zuhause, in Ihrer Familie, in Ihrem privaten Umfeld, an Ihrem Arbeitsplatz verdient haben. Wir sind überzeugt, dass das grösstmögliche Glück neben dem persönlichen Zuhause auch eine überschaubare Heimat, unseren Kleinstaat, unsere Schweiz erfordert.

Unser Land vorangebracht

Wahlen können etwas bewegen. 2003 machten die Schweizer Bürgerinnen und Bürger die SVP zur wählerstärksten Partei. Sie zog mit 64 Frauen und Männern ins eidgenössische Parlament ein und bildet damit die grösste Fraktion. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte folgerichtig neben Samuel Schmid mit Christoph Blocher einen zweiten SVP-Vertreter in den Bundesrat. Sowohl die SVP-Mitglieder der Landesregierung wie jene des Parlaments haben alles dafür getan, um den Wählerwillen konsequent umzusetzen. Das seither Erreichte ist bemerkenswert und erfreulich. All jene, die unser Land voranbringen wollen und bereit sind, etwas zu leisten, wurden gestärkt und haben deutlich gespürt, dass sich in Bern etwas bewegt.

Doppelte Stärke im Bundesrat positiv genutzt

Der Bundesrat hat dank dem Druck der SVP sein langjähriges «strategisches Ziel» des EU-Beitritts endlich fallen gelassen und spricht heute nur noch von einer «längerfristigen Option». Dies ist eine wichtige Stärkung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der Neutralität unseres Landes. Die Landesregierung hat erkannt, dass es neben Brüssel und der EU amerikanische und asiatische Märkte im Wettbewerb gibt, die sich weit dynamischer entwickeln und gegenüber welchen die Schweiz ebenso offen sein muss. Die SVP wird aber weiterhin die Augen offen halten müssen, um zu verhindern, dass unser Land doch noch durch die Hintertür in die EU geführt wird.

Der Bundesrat war endlich bereit, die Staatsausgaben zu überprüfen mit dem Ziel, diese bis zu 20 Prozent zu reduzieren. Bundesrat Schmid ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat im Verteidigungsdepartement die Ausgaben bereits seit Jahren konsequent zurückgefahren. Und Bundesrat Blocher hat in seinem Justiz- und Polizeidepartement gezeigt, dass es möglich ist, jährlich 266 Millionen einzusparen, ohne



die Leistungen auch nur im Geringsten abzubauen. Ein griffigeres Asylgesetz macht die Schweiz für Scheinasylanten weniger attraktiv, so dass die Zahl der Asylbewerber und die entsprechenden Kosten erheblich gesenkt werden konnten. Ein neues Ausländergesetz sorgt dafür, dass die Schweiz ihren Handlungsspielraum bewahrt und sich nicht einfach durch eine Massenzuwanderung überrennen lässt.

Explodierende Staatsausgaben

In andern Bereichen bleibt leider vieles im Argen. Die Ausgaben des Bundes steigen genau so kontinuierlich an wie die Schulden; wir leben nach wie vor mit der Kreditkarte unserer Kinder. Die Sozialausgaben explodieren ebenso wie die Gesundheitskosten. Die Altersvorsorge ist nicht gesichert, die Invalidenversicherung erweist sich als Fass ohne Boden. Die jährlichen Defizite allein der Bahn betragen das Doppelte der Ausgaben für die Landwirtschaft. Wir leisten uns eine viel zu teure Aussen- und Entwicklungshilfepolitik. Wir sehen uns herausgefordert durch immer neue Begehrlichkeiten der fordernden Linken und der willfährigen Mitteparteien, betreffe dies die staatliche Beteiligung an Krippenplätzen, die «Harmonisierung» der Familienzulagen, den Ausbau der bestehenden Sozialwerke usw. Alles wird als gratis angepriesen, obwohl es einfach andere bezahlen.

Bezahlen, bezahlen, bezahlen ...

Arbeiten Sie? Haben Sie etwas Geld zur Seite gelegt? Wollen Sie auch später noch etwas von Ihrem Ersparten? Dann müssen Sie SVP wählen! Denn die Linken haben es auf Ihren Lohn und Ihr Bankkonto abgesehen. Mit Prämien, Zwangsabgaben, Gebühren und Bussenabzockerei. Die SP plant eine ganze Reihe neuer Steuern: weitere Lohnprozente von Arbeitnehmern und von Arbeitgebern, Erbschaftssteuer, Kapitalgewinnsteuer, Abgaben auf Strom, Luxussteuer, Schenkungssteuer. Dabei müssen wir heute schon mehr als die Hälfte des

Jahres für staatliche Zwangsabgaben arbeiten. So gehen Konkurrenzfähigkeit, Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand verloren. Und wenn die SP ihr Ziel des EU-Beitritts erreicht, zahlen alle Schweizer doppelt so viel Mehrwertsteuer. Für eine vierköpfige Familie hiesse dies 10 000 Franken mehr als heute! Doch dies kümmert die Linken nicht. Als Umverteilungsaristokraten haben sie sich längst im halb- oder ganzstaatlichen Speckgürtel installiert und lassen es sich gut ergehen. Sie leben nicht für das Land, sondern vom Land und seinen Steuerzahlern.

Sie haben die Wahl!

Die SVP vertritt die Grundwerte der christlich-abendländischen Kultur. Sie setzt sich ein für die Interessen der Leistungswilligen, der Tüchtigen, derjenigen, die sich bemühen, ihren Beitrag zu leisten. Für Frauen und Männer, die wissen, wo das Geld verdient wird. Für Bürgerinnen und Bürger, die alles daran setzen, für sich und ihre Familien zu sorgen, die in Eigenverantwortung leben statt auf Kosten der Steuerzahler. Die Linken dagegen vertreten die Staatsprofiteure, Umverteiler und Sozialschwätzer. Bei den Wahlen vom Herbst 2007 entscheidet der Souverän, welche der beiden Bevölkerungsgruppen besser in Regierung und Parlament vertreten sein soll. Sie können sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit entscheiden. Oder aber für Armut, Schuldenwirtschaft und Wirtschaftstotenstille. Sie haben die Wahl!

Nationalrat Ueli Maurer
Präsident der SVP Schweiz

Sonderfall Schweiz:

Eigenständigkeit als Chance

Die Schweiz ist ein liberaler Staat mit umfassenden Freiheits- und Volksrechten, aussenpolitisch neutral, dauernd bewaffnet, nach innen föderalistisch ausgerichtet. Unsere geistige Klammer ist ein Patriotismus, der sich nicht an einer einheitlichen Kultur oder Sprache orientiert, sondern an der gemeinsamen Geschichte und dem Bekenntnis zum politischen Sonderfall Schweiz, der diesen Vielkulturenstaat durch seine freiheitliche Ordnung erst möglich machte. Wenn sich diese Überzeugung auflöst oder wenn eine ihrer Säulen (Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte, Neutralität) zerstört wird, ist die Schweiz als Ganzes in ihrer Weiterexistenz gefährdet.

Bekenntnis zur föderalistischen Willensnation Schweiz

Unser Staat ist im Gegensatz zu fast allen Staaten Europas nicht durch Fürsten oder Könige erobert oder zusammengeschweisst worden.

Er ist vielmehr aus einem freiwilligen Zusammenschluss autonomer und sehr unterschiedlicher «Völker» – wie es in der früheren Bundesverfassung noch hiess – entstanden.

Die Kantone haben sich im Laufe von Jahrhunderten zu einer föderalen Schweiz zusammengeschlossen. Die Schweizer wollten so ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit sichern und für ihr eigenes Wohlergehen sorgen. In der Willensnation Schweiz ist der Föderalismus der einzige Weg, die Einheit zu leben. Und weil der Föderalismus wesensnotwendig für unser Land ist, gilt es, Sorge dazu zu tragen. Der Föderalismus gewährt die höchstmögliche direktdemokratische Mitbestimmung in überschaubarem Raum. Er verhindert eine Zentralmacht, die über den Kopf der Bürger hinweg regiert. Der Föderalismus ist aber auch ein wirtschaftliches Erfolgsrezept, indem er den Wettbewerb fördert. Je kleinräumiger die politische Einheit ist, desto besonnener wirtschaftet sie. Die kommunalen Finanzen sind in der Regel gesünder als die kantonalen und diese wiederum gesünder als die eidgenössischen. Das dezentrale beziehungsweise föderalistische System ist dem zentralistischen Aufbau überlegen.



Bürger im vollen Sinne

«Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsbürger Bürger im vollen Sinne sind.»

(Jacob Burckhardt: *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, 1905)

Abkehr vom Erfolgsrezept verhindern

Die bisherige Geschichte hat gezeigt, dass ein unabhängiger, föderalistischer, direktdemokratischer Staat auf der Basis einer liberalen Wirtschaftsordnung den Menschen Wohlstand, Freiheit und Sicherheit bieten kann. Das zeigen über 150 Jahre Frieden und Wohlergehen. Die Schweiz ist nach wie vor eines der reicheren Länder der Welt, aber sie hat die Spitzenposition eingebüsst, weil ein schleichend ausgebauter Sozial- und Umverteilungsstaat die Selbstverantwortung des Einzelnen zunehmend untergräbt. Die teilweise Abkehr vom Sonderfall hat der Schweiz jedenfalls keine Vorteile gebracht.

Direkte Demokratie als weltweiter Sonderfall

Seit Bestehen des Bundesstaates fanden in der Schweiz mehr Wahlen und Abstimmungen statt als in allen andern Ländern der Welt zusammen. Die Schweizer können in einem einzigen Jahr öfter abstimmen und wählen als beispielsweise die Engländer in ihrem ganzen Leben.

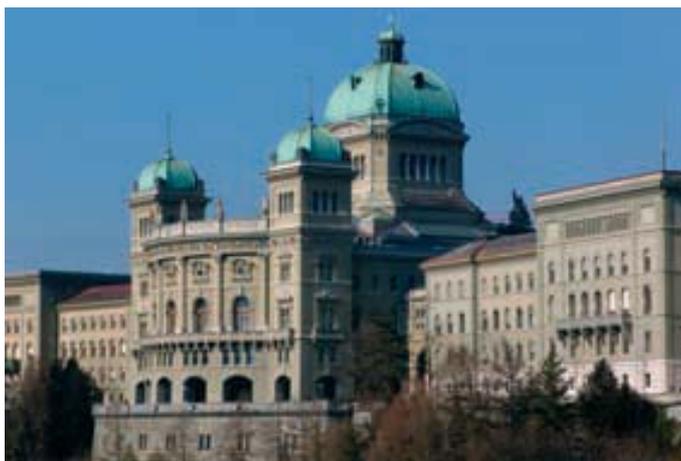
Wieder mehr Schweizer Qualität

Werte wie Zuverlässigkeit, Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Fleiss stehen traditionell für das Wesen der Schweizerinnen und Schweizer. Diese Werterhaltung prägte und prägt auch die schweizerischen Produkte und Dienstleistungen, die unter dem Begriff «Schweizer Qualität» überall in der Welt geschätzt werden. Leider ist man in den letzten Jahren von dieser Schweizer Qualität zunehmend abgewichen,



Echte Schweizer Qualität.

sei es in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft. An ihre Stelle trat der selbstgefällige Drang nach Prestige, Pomp und grossen Auftritten. Beides verträgt sich schlecht mit der Schweizer Qualität. Denn die Qualität unseres Kleinstaates und seiner Bevölkerung besteht nicht in glanzvollen Auftritten, vollmundigen Belehrungen und einem beeindruckenden «Image». Wir kennen weder Königspaläste noch Reiterstandbilder oder Seehelden auf Riesensäulen. Aber den zuverlässigen, fleissigen und ehrlichen Schweizern haben sich seit je überall in der Welt Türen geöffnet – weniger die prunkvollen Hauptportale als vielmehr die nützlicheren Lieferanteneingänge.



Die Geschichte der Schweiz spiegelt sich in der Architektur des Bundeshauses wider.

Souveränität heisst nicht «Alleingang», sondern Selbstbestimmung

Die Schweiz hat nie einen eigenbrötlerischen «Alleingang» in absolutem Sinn beschritten. Sie war nie losgelöst von ihrem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umfeld. Handel, Austausch, Verträge, ja Partnerschaften bestimmten seit jeher unser Land und seine Beziehungen zu andern Staaten. Doch trotz aller Verflechtungen hat die Schweiz das Prinzip der Souveränität bislang niemals preisgegeben. Seit 1848 stand fest, dass nur der Nationalstaat als massgebende politische Einheit Sinn macht. Der Weg der Freiheit und Unabhängigkeit wurde nicht verlassen.

Harmonisierung kein Ersatz für Freiheit

Seit einiger Zeit streben immer zahlreichere Vertreter in Politik, Verwaltung und Gesellschaft fast zwanghaft nach Internationalität. Sie leiden an den Beschränkungen unseres Kleinstaa-tes, welche ihre gross angelegten Pläne, Ideen und Visionen

schmerzlich begrenzen. Sie beurteilen den Kleinstaat nicht als unseren Vorteil, sondern als unsere Schuld. Sie erhoffen sich fast hingebungsvoll die Erlösung durch die Integration und meinen, dass damit dann unsere Probleme von alleine gelöst werden. Der schrittweise Abbau der Souveränität wird hierzulande mit den Modebegriffen Integration oder Harmonisierung vertuscht. Beide widersprechen aber dem freiheitlichen Gesellschaftsbild, denn sie enden in Nivellierung und Gleichschaltung, in Zwang und Bevormundung, in Zentralgewalt und Bürokratie.

Gedanken über den Kleinstaat

«Vielleicht entschliessen wir uns doch, dass wir nichts anderes wollen als diesen kleinen Staat: Ein festes Haus, mit offenen Türen gegen die Nachbarn, mit weiten Fenstern gegen die Welt hin. Dann kann der Kleinstaat bestehen, wenn er das ist: fest und offen!»

(Prof. Dr. Karl Schmid: Gedanken über unseren Kleinstaat, 1964)

Unser Bundesstaat hat Zukunft

Die Fähigkeit zur politischen Problemlösung ist und bleibt an handlungsfähige Nationalstaaten gebunden. Nur sie verfügen über die nötigen materiellen, personellen, finanziellen und auch militärischen Ressourcen. Die jüngsten weltpolitischen Krisen sprechen eine deutliche Sprache: In der Not spielen sofort – gerade auch in Europa – die nationalen Reflexe. Obwohl die Problemlösungsfähigkeit allein bei den Nationalstaaten läge, sind die EU-Instanzen bestrebt, möglichst viel Macht und Kompetenz auf sich zu vereinigen. Dieser Ausbau der Zentralgewalt geht nur auf Kosten der Demokratie, also der Mitbestimmungsrechte der einzelnen Bürger, sowie auf Kosten der Souveränität der Einzelstaaten. Für die Schweiz



hiesse ein EU-Beitritt die Preisgabe der Unabhängigkeit, des Föderalismus und der Volksrechte – und damit der Verlust von drei Säulen unseres Sonderfalls. Neuerdings strebt die EU auch eine gemeinsame Armee an. Damit würde der EU-Beitritt auch den Beitritt zu einem künftigen Militärbündnis und damit den Verlust der vierten Säule unseres Sonderfalls, der dauernd bewaffneten, immerwährenden, integralen Neutralität, bedeuten.

Die Stimme eines Nachbarn

«Kein Nachbar ist angenehmer als die Schweiz, für die es ein Grundsatz ist, ihr Eigentum zu schützen, nichts Fremdes zu erstreben und lieber zu nützen als zu schaden.»
(Samuel Freiherr von Pufendorf: *Die Verfassung des Deutschen Reiches*, 1667)

Standpunkte

Die SVP

- bekennt sich zum schweizerischen Sonderfall mit den vier Staatssäulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie und immerwährende, integrale, bewaffnete Neutralität;
- widersetzt sich den Versuchen von eigennützligen Politikern und der Verwaltung, den Sonderfall unter dem Vorwand von Integration und Harmonisierung preiszugeben;
- will einen handlungsfähigen Bundesstaat als bestes Mittel zur Lösung politischer Probleme.

Der Föderalismus bringt Bürgernähe und tiefere Staatsausgaben.



Bürger und Staat:

Demokratische Selbstbestimmung statt Staatsallmacht

Die Globalisierung und die daraus wachsende internationale Verflechtung führen zu einem immer grösseren Druck in Richtung Internationalisierung des Rechts, Zentralisierung und Registrierung. Der Föderalismus und die demokratische Selbstbestimmung sind bedroht. Bürgerinnen und Bürger sollen unter dem Deckmantel von Sicherheit und Effizienz vom Bund oder gar von internationalen Organisationen alles offenlegen und registrieren lassen.

Demokratische Rechte werden eingeschränkt, und Vorschriften sollen die Selbstbestimmung ersetzen. Die Kantone und Gemeinden bestimmen kaum mehr selber, sondern vollziehen vorwiegend noch das Recht des Bundes. Und die Bürgerinnen und Bürger sollen die Entscheide einfach noch absegnen.

Föderalismus fördert Wettbewerb und Effizienz

Föderalismus bedeutet, mit seinen Ideen und Talenten, seinen finanziellen Mitteln und seiner Arbeitskraft im Wettbewerb zu den anderen Gliedstaaten, aber auch zum Ausland, zu stehen. Analog zur freien Marktwirtschaft sollen Bürgerinnen und Bürger frei wählen können, welche Dienstleistungen, Steuersätze, Schulsysteme und gesetzliche Regelungen sie in Anspruch neh-

men möchten. Der daraus entstehende Wettbewerb zwischen den Kantonen schafft – analog zur Marktwirtschaft – positive Effekte wie Innovation, tiefe Steuern, Deregulierung und Effizienz.



Der Föderalismus steht bei all jenen in der Kritik, die darin ein Hindernis zum EU-Beitritt sehen oder ihre Zentralisierungsziele gefährdet sehen. Sie fordern die Abschaffung des Ständemehrs und machen geltend, die Kantone müssten besser miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Von einem Gegeneinander kann aber nicht die Rede sein. Die kantonale Zusammenarbeit funktioniert dort, wo sie nötig ist, hervorragend. Dies zeigen beispielsweise die Polizeikonkordate. Der Föderalismus stellt dabei sicher, dass die Zusammenarbeit nur dort stattfindet, wo sie nötig ist, und dass nicht alle Kantone von der Grenzstadt Genf bis hin zum Gebirgskanton Graubünden über ei-

nen Leisten geschlagen werden. Gesetzliche Vereinheitlichungen sind dort zu begrüßen, wo sie sinnvoll sind. Primär obliegt es aber den Kantonen, die Zusammenarbeit zu suchen. Jegliche Einmischung von internationaler Seite in die föderalistische Organisation und die kantonale Steuerhoheit ist daher strikt zurückzuweisen.



Entscheide auf Gemeindestufe – bürgernah und sachgerecht

Die Schweiz hat sich einstmals für Demokratie und Föderalismus entschieden, also für eine flache Machtverteilung. Dadurch werden die Entscheide möglichst dezentral beim und vom Bürger gefällt. Die kleinste politische und dem Bürger am nächsten stehende Einheit ist dabei die Gemeinde. Diese ist nicht einfach kleinstes Vollzugsorgan, sondern die bürgernaheste Entscheidebene.

Je mehr Entscheide auf Bundesebene getroffen werden, desto weniger bürgernah und sachgerecht drohen sie zu werden. Kantone und Gemeinden sollen sich deshalb nicht je länger, je mehr zu ausführenden Organen degradieren lassen, sondern sind gefordert, von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch zu machen, aber auch die Verantwortung dafür zu tragen. So kann es nicht Sache des Bundes sein, zu bestimmen, wie viele Krippenplätze in einer Gemeinde zur Verfügung stehen müssen, wann die Post geöffnet ist und wie hoch die Wassergebühren sind. All diese Dinge sind auf Gemeindeebene unter Berücksichtigung der lokalen Bedürfnisse zu entscheiden. Der Bund soll sich an das Subsidiaritätsprinzip halten und sich auf jene Aufgaben beschränken, die er am besten und effizientesten löst.

Dasselbe Prinzip hat auch für die Gemeindezusammenlegungen zu gelten. Die Gemeinden sollen selber darüber entscheiden, ob und wie weit sie sich zusammentun wollen. So ist sichergestellt, dass Zusammenlegungen nur dort erfolgen, wo sie Sinn machen und die Bevölkerung auch dahintersteht. Die diktierte «Fusionitis» über die Köpfe der Betroffenen hinweg widerspricht unseren demokratischen Grundprinzipien und untergräbt den bewährten und funktionierenden Föderalismus.

Das Initiativrecht in der Schweiz ist weltweit einzigartig und zeichnet unsere direkte Demokratie aus.



Eigenverantwortung und Demokratie statt Staatsallmacht

Die Tendenz wächst, den Menschen von der Wiege bis zur Bahre vom Staat begleiten und kontrollieren zu lassen. Wo immer ein Unglücksfall geschieht, erschallt der Ruf nach einem neuen Gesetz oder einem staatlichen Eingriff. Der Staat soll alles sichern und für alles garantieren. Nichts wird mehr der eigenen Verantwortung überlassen, nichts mehr der eigenen Initiative. Der eigenverantwortliche Bürger soll abgelöst werden vom braven Einwohner, der auf Befehle wartet. Politiker kritisieren Bürger, weil sie ein Referendum ergreifen, Gerichte setzen sich über die verfassungsmässigen Grundsätze hinweg und versuchen, die demokratischen Rechte der Bürger zu beschneiden. Diese Versuche, die demokratischen Rechte zu untergraben und die Justiz über die Demokratie zu stellen, sind zu unterbinden.

Standpunkte

Die SVP

- widersetzt sich der internationalen Einmischung in die innerschweizerischen Angelegenheiten und das föderalistische System der Schweiz;
- fordert, dass sich Bundesrat und Verwaltung nicht in Abstimmungskämpfe einmischen;
- bekämpft die Zentralisierungstendenzen und den Ausbau der Aufgaben des Bundes;
- lehnt die von oben verordnete Gemeindefusion ab;
- verteidigt die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger;
- fordert die Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit durch die Aufhebung der Rassismus-Strafnorm sowie durch die Abschaffung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus.



Aussenpolitik:

Weltoffene, selbstbewusste Interessenpolitik

Seit Jahren wird gebetsmühlenartig wiederholt, die Schweiz betreibe gegenüber dem Ausland eine Abschottungspolitik. Wer solches behauptet, kennt entweder das Ausland oder die Schweiz oder beides nicht. Unser Land war wirtschaftlich und kulturell schon immer aufs Engste mit dem Ausland verbunden. Im Vergleich zu andern Staaten ist die Schweiz ausserordentlich weltoffen. Die Europäische Union ist für uns eine gute und wichtige Partnerin. Aber nicht die einzige. Viel zu lange hat unsere Regierung wie ein Kaninchen vor der Schlange nach Brüssel und auf den europäischen Raum gestarrt und dabei übersehen, dass sich die dynamischsten Märkte derzeit in Ostasien und in den USA befinden.

Selbstachtung bringt Achtung

Die SVP will eine unabhängige und selbstbewusste Schweiz. Wer keine Selbstachtung aufbringt, kann auch keine Achtung vom Gegenüber erwarten. Als echte Patrioten haben wir uns nie gescheut, die Vorzüge der Schweiz zu betonen und zu erhalten. Dazu gehören die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität, die direkte Demokratie, der Föderalismus, die Gemeindeautonomie, die eigenständige Währung und die Steuerhoheit. Wir verstehen unter Aussenpolitik schweizerische Interessenpolitik. Jedes vernünftige und erfolgreiche Land hält es so. Darum hat die SVP schlecht ausgehandelte internationale Verträge immer wieder kritisiert.

Befreiung aus dem Korsett von internationalen Verträgen und Vorschriften

Es wird zunehmend üblich, dass die Schweiz internationale Vorschriften und Konventionen übernimmt und mit dem Segen der Parlamentsmehrheit dem Volk die Mitsprache dazu entzogen wird – und zwar für alle Zeit. So wird der Föderalismus über internationale Konventionen fortlaufend ausgehebelt. Zu nennen sind beispielsweise die Konventionen zum Rassismus, zu den Rechten des Kindes, zum Recht

auf Bildung, zu den Alpen usw. Nur wenn eine Konvention der politischen Mehrheit nicht passt, wie etwa im Drogenbereich, finden sich plötzlich Möglichkeiten, diese zu unterlaufen. Es ist Bestandteil unserer Demokratie, dass jeder Entscheid zu jedem Zeitpunkt wieder zur Diskussion gestellt werden und durch den Souverän allenfalls korrigiert werden kann. Auf dem Schleichweg über internationales Recht wird dieses Recht des Souveräns zunehmend ausser Kraft gesetzt.

Seltsames vom Ex-Aussenminister

«Die Wahrung des Landesinteresses kann nicht die einzige Richtschnur des aussenpolitischen Handelns sein.»
(Aussenpolitischer Bericht des Bundesrates unter Federführung von Joseph Deiss [CVP], 15. 11. 2000)

Gegen Eitelkeit und Profilierungssucht

Die SVP fordert seit je Verlässlichkeit und Berechenbarkeit in der schweizerischen Aussenpolitik. Leider hat sich in den letzten Jahren statt der bewährten Zurückhaltung immer mehr Besserwisserei, Schulmeisterei und Einmischung breitgemacht. Durch einseitige und moralisierende Parteinahme werden andere Staaten vor den Kopf gestossen und Handelspartner verärgert. Die persönliche Profilierungssucht, die Lust am Kongresstourismus und die Eitelkeit zahlreicher Politiker sollten sich wieder der Interessenpolitik zugunsten unserer Bürgerinnen und Bürger unterordnen.

Prestigesüchtiger Schweizer Bundespräsident

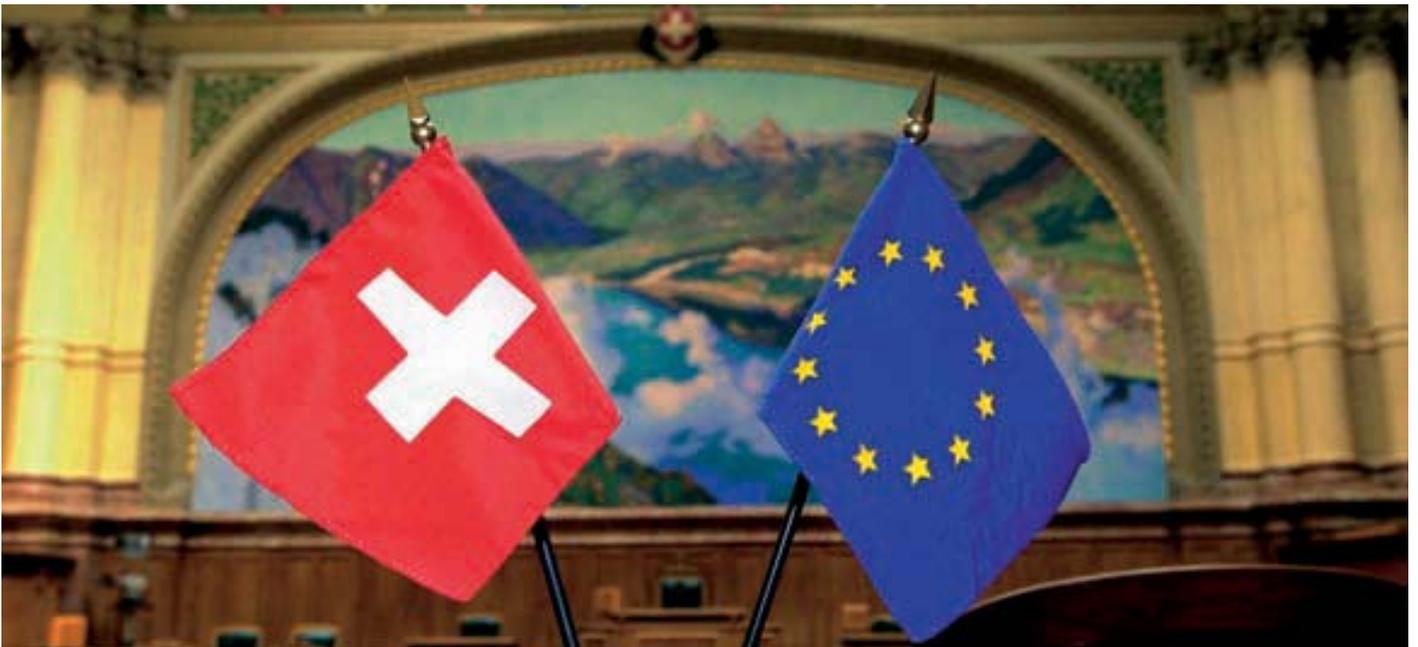
«Die EU hat uns in Brüssel mit ganz speziellen Ehren empfangen, was sonst nur Grossmächten wie den USA oder China vorbehalten ist.»
(Bundespräsident Joseph Deiss im «Blick», 21. 5. 2004)



EU-Beitrittsgesuch zurückziehen

Dank der SVP hat die Schweiz gegenüber der EU den bilateralen Weg eingeschlagen. Mit den jetzt bestehenden Verträgen sind nun alle wichtigen Dossiers mit der Europäischen Union geklärt. Damit ist der EU-Beitritt vom Tisch und sind weitere bilaterale Pakete, aber auch eine Annäherung in Form eines Rahmenvertrages, kein Thema. Wenn unsere Verwaltung weiterhin mit Feldstecher und Lupe nach Verhandlungsgegenständen sucht, schwächt dies unsere Position. Deshalb ist in Brüssel endlich Klarheit zu schaffen und das verhängnisvolle EU-Beitrittsgesuch von 1992 zurückzuziehen. Denn die EU hat sich in den letzten Jahren massiv verändert:

Aus einer lockeren, vor allem der wirtschaftlichen Liberalisierung verpflichteten Gemeinschaft ist eine Art «Überstaat» entstanden mit dem Ziel der politischen Vereinigung und gemeinsamer Aussen-, Sicherheits- und Innenpolitik sowie mit Einheitswährung. Die EU hat sich rasant vergrössert und scheint ihre Grenzen nicht mehr zu kennen. Wohin führt Europa? Über den Bosphorus und den Ural hinaus? Gehören islamische Mittelmeerstaaten wie Marokko, Tunesien oder die Türkei auch zum «europäischen Raum»? Wo die EU enden soll, weiss keiner der Europa-Architekten so genau. Dies muss uns weiterhin kritisch stimmen.



Ausser der SVP streben mittelfristig alle Bundesratsparteien einen EU-Beitritt an. Im Nationalratssaal wird von diesen Parteien sogar bereits die EU-Fahne gleichberechtigt neben die Schweizerfahne gestellt. Die SVP lehnt einen EU-Beitritt konsequent ab und fordert den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs.

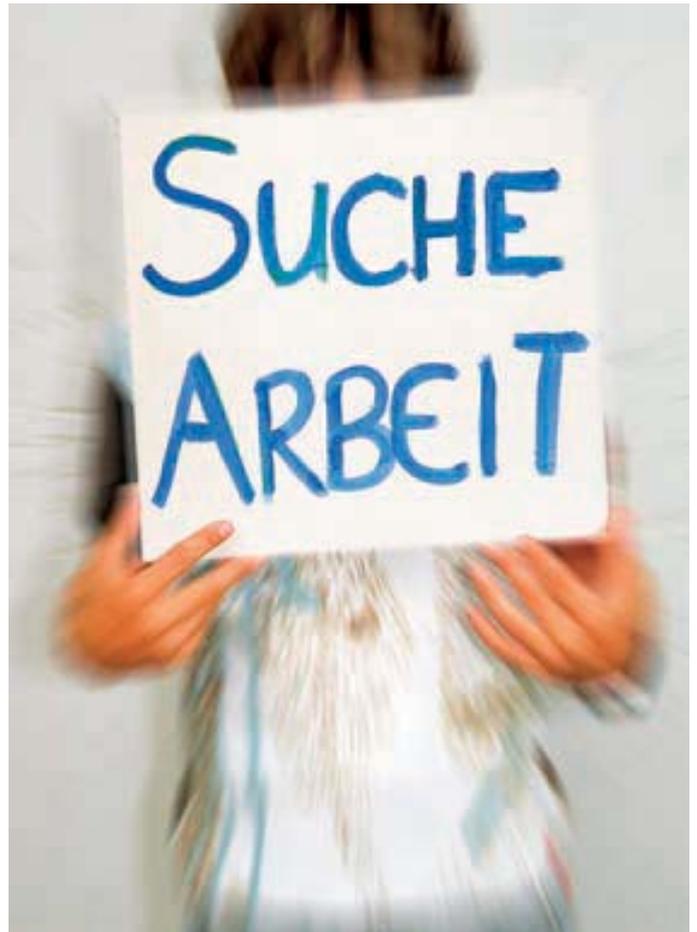
Nachteile der EU-Mitgliedschaft aufdecken

Die Schweiz muss auch gegenüber der EU wettbewerbsfähig bleiben. Das Nachlaufen, Nachäffen und Nachvollziehen war noch nie ein Erfolgsrezept unseres Landes. Wir wollen unsere Probleme eigenständig lösen und brauchen darum unsere eigene Gesetzgebung in einem souveränen, handlungsfähigen Staat. Wer glaubt, wir könnten unsere innenpolitischen Probleme mit einem EU-Beitritt besser bewältigen, ist auf dem Holzweg. Denn die EU-Staaten haben keine einzige jener Aufgaben bewältigt, die wir angeblich nur mit Hilfe dieser Union lösen können: Schuldenwirtschaft, Arbeitslosigkeit,





schleppendes Wachstum, wirtschaftliche Liberalisierung, ausufernder Sozialstaat, Bildungsmisere, Kriminalität, Asylmissbrauch und Masseneinwanderung. Eine EU-Mitgliedschaft würde schwere Nachteile mit sich bringen: weniger Lohn, höhere Zinsen, höhere Mieten und Hypothekarzinsen, zusätzliche Mehrwertsteuern, Prämien und Abgaben. Dazu kämen Nettoszahungen nach Brüssel in Milliardenhöhe, politischer Euro statt stabiler Franken, Verlust des Bankkundengeheimnisses mit gravierenden Folgen für den Finanzplatz. Staatspolitisch bedeutete ein EU-Beitritt die fast vollständige Preisgabe der Selbstbestimmung. Die vier Säulen unserer politischen Identität – Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte und immerwährende, integrale, bewaffnete Neutralität – müssten preisgegeben werden.



Lohnvergleich Schweiz – EU

Jahreslohn in Franken für einen Angestellten, 35-jährig, zwei Kinder:

Ingenieur:	Zürich: 107 500	Berlin: 74 531	Paris: 67 969
Volksschullehrer:	Zürich: 93 281	Berlin: 62 344	Paris: 38 594
Facharbeiter:	Zürich: 75 625	Berlin: 48 750	Paris: 25 469
Call-Center-Mitarbeiter:	Zürich: 58 125	Berlin: 24 781	Paris: 31 719

(UBS, Preise und Löhne, 2006)

In der EU ist die Arbeitslosigkeit deutlich höher als in der Schweiz.

SVP – die Neutralitätspartei

Die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität bietet nach wie vor die beste Überlebensstrategie für einen Kleinstaat. Sie schützt uns vor Kriegsbegeisterung, Medienmanipulation, voreiliger Parteinahme und Nachgeben unter Druck. Sie setzt den Wünschen der Eliten nach Grösse, Medienauftritten, Applaus und Ruhm enge Grenzen. Sie erlaubt uns unparteiische Hilfe, wo sie wirklich gebraucht wird. Die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität bietet uns im Zeitalter des internationalen Terrorismus die grössere Sicherheit als die Politik einer ständigen Einmischung. Darum macht diese bewährte Staatsmaxime unsere Welt ein Stück friedlicher und darf nicht leichtfertig aufgegeben werden. Aber sie braucht standfeste, selbstbewusste und intelligente Politiker, Diplomaten und Militärs. Im Gegensatz zu den andern Parteien hat sich die SVP in den letzten Jahren entschieden für die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität stark gemacht. Sie ist zur eigentlichen Neutralitätspartei geworden.

Hilflose Entwicklungshilfe

Die Milliardenkosten unserer Beziehungen zum Ausland werden unter den Begriffen von «Öffnung», «Gerechtigkeit» und «internationale Solidarität» weitgehend der Diskussion entzogen. Dabei zeigt ein Rückblick auf Jahrzehnte der Entwicklungshilfe, dass die Milliarden keinen nachhaltigen Effekt brachten. Vielmehr sind zahllose Mittel in die Hände korrupter Regierungen gewandert, die alles Interesse haben, die Entwicklung des Landes nicht zu fördern, um so zu weiteren Zahlungen in ihre Tasche zu kommen. Beträchtliche Teile der Entwicklungshilfe und damit unserer Steuergelder fliessen zudem in die Bürokratie internationaler Hilfsorganisationen. Entwicklungshilfe fördert oft bloss die Politisierung der Wirtschaft, denn statt zu produktiver Tätigkeit führt sie zum Verteilungskampf um die Hilfsgüter. Regelmässig eintreffende Gelder

Der Mercedes-Index

«Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Höhe der Entwicklungshilfe und der Anzahl der Mercedes-Limousinen in der Führungsriege afrikanischer Staaten. So sind alleine im kenianischen Haushalt für 2005/2006 5,3 Millionen Dollar für den Kauf einer neuen Mercedes-Flotte für das Büro des Präsidenten ausgewiesen. Weitere 5 Millionen Dollar sind für die Instandhaltung des existierenden Wagenparks vorgesehen. Der Grossteil der Bevölkerung sieht nichts von den Entwicklungshilfegeldern. Heute besitzen schätzungsweise 100 000 Afrikaner ein Vermögen von 680 Milliarden Dollar, während mehr als 300 Millionen Afrikaner trotz massiver Entwicklungshilfe mit 75 Cent am Tag auskommen müssen.»

(«Weltwoche», 27/2005)

aus dem Ausland zementieren bei den Empfängern eine fatalistische Nehmerhaltung und verhindern, dass die Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Die Schweiz wäre wahrscheinlich noch heute ein Entwicklungsland, wenn sie sich als einstiges «Armenhaus von Europa» auf Hilfsgüter von aussen hätte verlassen können. Ziel muss es sein, Hilfe zur Selbsthilfe und damit zur künftigen Eigenständigkeit zu leisten. Die SVP verlangt deshalb, dass sowohl die Zahlungen an internationale Organisationen wie an die Entwicklungshilfe weit kritischer als bisher überprüft werden.

Verwendung der Entwicklungshilfegelder

Mehr als die Hälfte der Entwicklungshilfe versickert in der Bürokratie!



Quelle: Antwort auf Frage (06.0588) Transparenz über Mittelverwendung der DEZA

Zwei gegensätzliche Beispiele: Mikronesien und Hongkong

Der Archipel Mikronesien im Pazifik wurde 1945 Treuhandsgebiet der USA und sofort vom Mutterland aus rundum versorgt. Dies führte zum Zusammenbruch jeder landwirtschaftlichen und gewerblichen Tätigkeit. Demgegenüber hat sich Hongkong trotz kargsten und engsten Bodenverhältnissen ohne jede Entwicklungshilfe zu einem der wohlhabendsten Plätze der Welt entwickelt – dank Marktwirtschaft, freiem Handel, niedrigen Steuern und ausgeglichenem Haushalt.

Standpunkte

Die SVP

- fordert eine weltoffene Aussenpolitik, die dem Interesse der eigenen Bevölkerung dient;
- fordert eine Abkehr vom einseitigen Aktivismus, der die bewährte Staatsmaxime der integralen, immerwährenden und bewaffneten Neutralität gefährdet;
- fordert, dass die besondere Prägung der schweizerischen Neutralität (integral, immerwährend und bewaffnet) als oberste Maxime der schweizerischen Aussenpolitik in der Bundesverfassung verankert wird;
- lehnt eine institutionelle Bindung der Schweiz an die EU (Rahmenvertrag) ebenso wie einen Beitritt ab und verlangt den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs;
- fordert grösstmögliche Zurückhaltung bei der Übernahme internationaler Rechtsbestimmungen, verbunden mit einer genauen Prüfung, ob deren Vereinbarkeit mit der schweizerischen Rechtsordnung gewährleistet ist;
- fordert eine Ausweitung des Staatsvertragsreferendums;
- widersetzt sich jeglichem Automatismus bezüglich Personenfreizügigkeit bei der Aufnahme neuer Mitgliedländer in die Europäische Union;
- verlangt eine rigorose Überprüfung der Effizienz unserer Entwicklungshilfe;
- fordert, dass die Entwicklungshilfe von der Kooperationsbereitschaft der Empfängerstaaten abhängig gemacht wird.

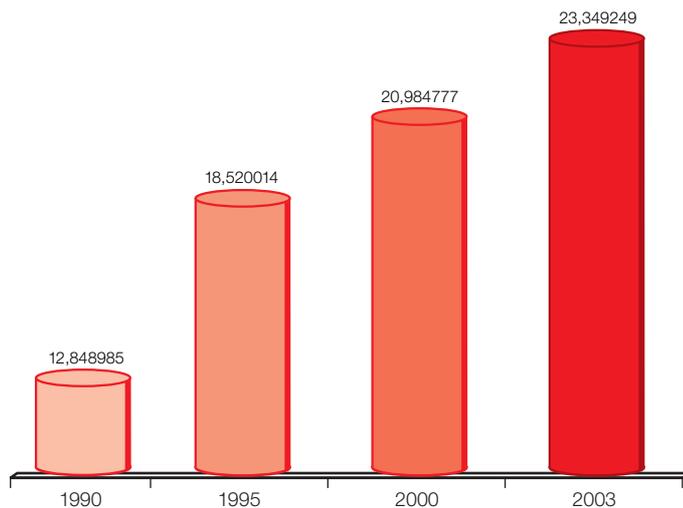
Steuern und Abgaben:

Mehr dem Bürger, weniger dem Staat

Wie alle westeuropäischen Staaten lebt auch die Schweiz seit Jahren über ihre Verhältnisse. Obwohl den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Abgaben aufgebürdet werden, vermögen diese die staatlichen Ausgaben nicht mehr zu decken. Die ständig wachsenden Staatsaufgaben haben die Steuern in die Höhe getrieben und die Bürokratie aufgebläht. Dies behindert die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, führt zu schleppendem Wachstum und damit zu steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Wohlstand. Auch die Schweizer Behörden haben in letzter Zeit immer neue, zusätzliche Steuern eingeführt: leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA), Erhöhung der Mehrwertsteuern, Besteuerung der Energie, höhere Tabak- und Alkoholsteuern usw.

Steuern runter!

Eine blühende, konkurrenzfähige Wirtschaft ist nur möglich, wenn die Bürger und die Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können. Heute müssen wir mehr als die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren) arbeiten. Mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts steht also den Bürgern nicht mehr zur



Quelle: EFD, Öffentliche Finanzen der Schweiz 2003

Wachstum der Gebühren (Milliarden Franken) 1990 bis 2003 bei Bund, Kantonen und Gemeinden

freien Verfügung. Was nichts anderes heisst, als dass jedes Prozent Steuererhöhung doppelt schmerzt. Eine Entlastung kann nur durch niedrige Steuern und Abgaben für die Bürger und weniger Ausgaben der öffentlichen Hand erreicht werden. Durch diesen Verzicht entstehen mehr private Investitionen, mehr Arbeitsplätze, mehr Wachstum, mehr Konsum und damit mehr Wohlstand für alle. Dafür setzt sich die SVP mit Realitätssinn und Rückgrat ein. Denn nur über diesen Weg gelangen wir wieder auf den Wachstumspfad. Die Wirtschaft muss wachsen, nicht der Staat. Die SVP-Vertreter wissen, dass jeder Franken, den der Staat ausgibt, zuerst durch die Wirtschaft und jeden und jeder von uns verdient werden muss. Darum bekämpft die SVP konsequent alle neuen Steu-

Der Staat zieht den Bürgern immer mehr Geld aus der Tasche.



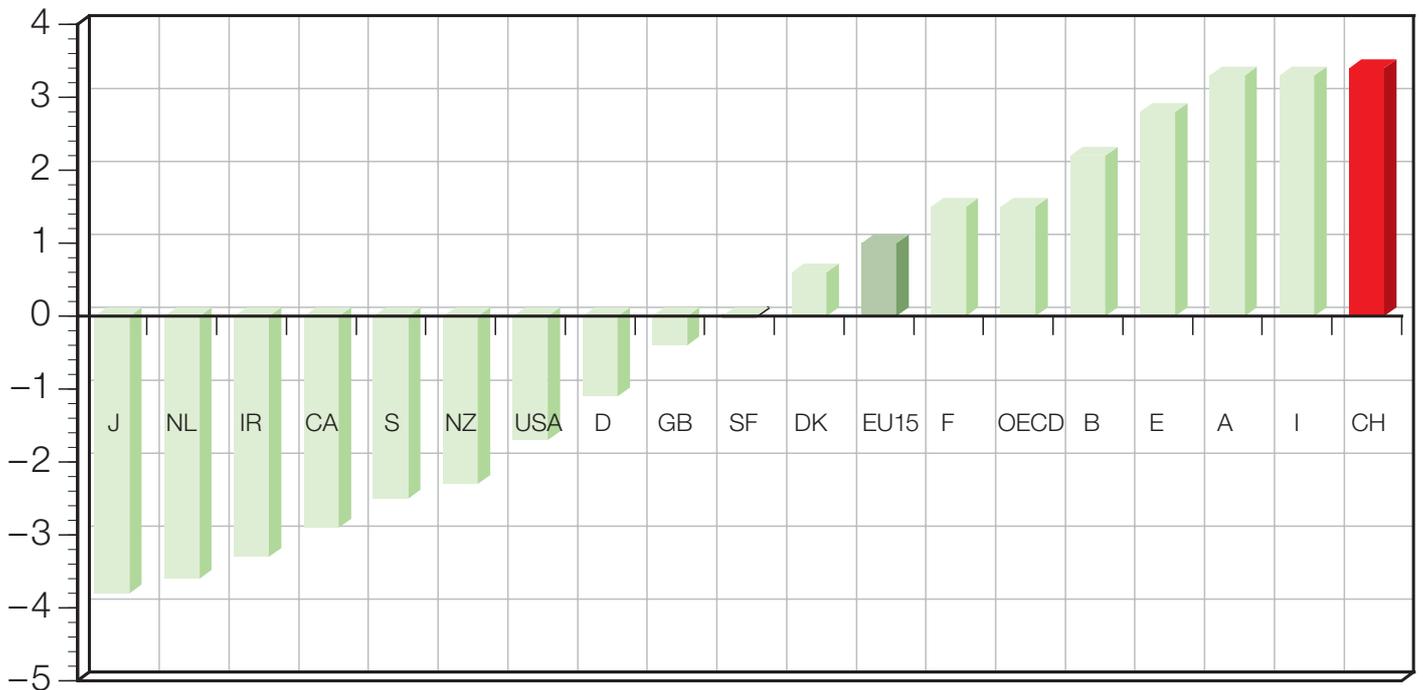


ern, Abgaben und Gebühren und fordert vielmehr eine steuerliche Entlastung. Darum befürwortet sie den gesunden kantonalen Steuerwettbewerb, aber auch Unternehmenssteuerreformen. Es kann nicht sein, dass Unternehmer die Gewinne zweimal versteuern müssen, einmal als Gewinn und beim zweiten Mal als Einkommen. Ziel muss es sein, im internationalen Vergleich zu den attraktivsten Unternehmensstandorten zu zählen. Daher fordert die SVP auch die Befreiung der Unternehmen von der direkten Bundessteuer.

Acht neue Steuern der Linken verhindern

Wer arbeitet oder ein Leben lang gearbeitet hat, wer für sich und seine Familie sorgt, wer etwas Geld gespart hat, ist immer mehr der Dumme. Denn die Linken haben es auf Ihren Lohn und Ihr Bankkonto abgesehen. Der Präsident der SP Schweiz plant gemäss Tages-Anzeiger vom 13. August 2004 nicht weniger als sieben neue Steuern: weitere Lohnprozente für Arbeitnehmer, weitere Lohnprozente für Arbeitgeber, Erbschaftssteuer, Kapitalgewinnsteuer, Abgaben auf Atomstrom,

Wachstum der Fiskalquote 1990 bis 2004 (absolut, in Prozent)



Quelle: Staatsrechnung 2005

Luxussteuer, Schenkungssteuer und Reichtumssteuer. Nicht zu vergessen, dass ausgerechnet die Linke darüber hinaus noch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer befürwortet, obwohl dies gerade diejenigen am meisten trifft, welche die Linke zu vertreten behauptet, nämlich die ärmeren Haushalte. So zerstören die Umverteiler und Staatsprofiteure unsere nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit. So gehen Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand verloren. Denn jede Steuererhöhung, jede neue Gebühr entzieht der Wirtschaft und jedem Einzelnen von uns Milliarden und zerstört dadurch Arbeitsplätze. Die SVP setzt sich ein für die Tüchtigen und Arbeitswilligen. Für Frauen und Männer, die wissen, wo das Geld verdient wird, die für sich und ihre Familien sorgen statt auf Kosten der Steuerzahler zu leben. Sie bekämpft daher die Bestrebungen, den Bürgerinnen und Bürgern noch mehr aus der Tasche zu ziehen, auch die für 2008 geplante Erhöhung der LSVA.

Eine liberale Aussensicht

«Die USA, Deutschland und die Schweiz sind im Grunde sozialistische Länder. (...) Wenn der Staat über die Besteuerung und Umverteilung fast 50 Prozent der Einkommen kontrolliert, bedeutet das, dass er fast die Hälfte der Ressourcen der Produkte und der Dienstleistungen kontrolliert. Ich nenne das Sozialismus, und Sie?»
(Nobelpreisträger Milton Friedman, «Facts», 18. 6. 1998)

Schluss mit der Bestrafung des Mittelstandes!

Leistung muss sich wieder lohnen. Das heutige Steuersystem bestraft den leistungswilligen Mittelstand. Die starke Progression belastet diesen am stärksten, und immer wieder werden neue Gebühren erhoben, die vor allem diesen Bevölkerungsteil treffen. Der Mittelstand trägt damit die Hauptlast der steigenden Staatsquote. In keinem Industrieland der Welt ist die Staatsquote seit 1990 so angewachsen wie in der Schweiz. Die Fiskalquote (das Verhältnis zwischen allen Steuereinnahmen und dem Bruttoinlandprodukt) war in der Folge im Jahr 2004 bereits höher als diejenige von den USA und Japan. In der Schweiz lag sie zu diesem Zeitpunkt bei 29,4 Prozent. Darin sind die Prämien für die berufliche Vorsorge und die Krankenversicherung noch nicht einmal enthalten. Dies bedeutet, dass die Bürger jedes Jahr bis fast zu den Sommerferien arbeiten müssen, um allein die Steuergelüste des Staates zu befriedigen. Früher, im «finsternen Mittelalter», hatten die Menschen einen «Zehnten» abzuliefern – heute hat sich dieser «Zehnte» verdreifacht. Mit allen Sozialversicherungen bringt es die Schweiz heute sogar auf eine Zwangsabgabenquote von rund 60 Prozent.



Wozu zahlen wir eigentlich noch Steuern?

Zusätzlich zu den Steuern sind auch die Gebühren seit 1990 markant angestiegen, nämlich um mehr als 80 Prozent. Den Schweizer Haushaltungen und Betrieben werden inzwischen über 23 Milliarden Franken jährliche Gebühren abgenommen. Unter dem Titel des Umweltschutzes und der verbrauchsorientierten Gebühren werden immer mehr und immer höhere Gebühren erhoben. Dabei geht es nicht wie vorgegeben um Lenkung, sondern um höhere Einkünfte für die Staatskasse. Der Staat erhöht die Gebühren, Prämien und Taxen massiv, ohne im Gegenzug die Steuern zu senken. Die nicht-steuerlichen Einnahmen sind in allen Kantonen ausser Schwyz und Zug stärker angestiegen als die Steuereinnahmen. Dies war für die Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden der bequemste Weg, um unter Umgehung von Steuererhöhungen (und damit unter Umgehung des Stimmvolks) zu neuen Einnahmen zu gelangen. Angesichts dieser massiven Gebührenerhöhung für Privathaushalte und Unternehmen stellt sich allmählich die Frage, wozu wir eigentlich noch Steuern zahlen müssen.

Standpunkte

Die SVP

- bekämpft konsequent alle neuen und die Erhöhung bisheriger Steuern, Gebühren und Zwangsabgaben;
- fordert eine Steuerentlastung des Mittelstandes durch Steuersenkungen und eine Milderung der Progression;
- fordert die Abschaffung der Stempelsteuer;
- fordert die Abschaffung der doppelten Besteuerung der Unternehmensgewinne sowie die Befreiung der Unternehmen von der direkten Bundessteuer;
- befürwortet den Steuerwettbewerb unter Kantonen und Gemeinden im Interesse einer tieferen Steuerbelastung.

Unternehmen und Gewerbe:

Es ist Vorschrift – sagt der Bürokrat



Von den fast 4 Millionen Stellen in der Schweiz werden drei Viertel in den KMU, also kleinen und mittelgrossen Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden, gestellt. Die KMU bilden somit das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Gerade sie sind auf einen guten Wirtschaftsstandort angewiesen – sonst haben sie unser Land unter Umständen rasch verlassen. Dies weiss die SVP als kompetenteste Vertreterin von Wirtschaft und Gewerbe: Unter ihren Volksvertretern im Parlament sind ein Drittel Unternehmer und Gewerbetreibende. Zählt man die Bauern und die selbstständigen Juristen noch dazu, sind es sogar zwei Drittel der Fraktion, die tagtäglich in ihrem Betrieb mit der unsäglichen administrativen Flut kämpfen.

Gegen unnötige Vorschriften

Unternehmen und Gewerbebetriebe werden durch staatliche Reglementierung geplatzt und in ihrer Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit bedroht. Durch eine zunehmende Gesetzes- und Vorschriftenflut, aber auch komplizierte Abrechnungen wie zur Mehrwertsteuer, sind Arbeitsplätze gefährdet. Ein Korsett von Auflagen im Bereich des Bauens, der Raumplanung, der Betriebsführung sowie bei Versorgung und Entsorgung schränkt die wirtschaftliche Entwicklung ein oder würgt sie sogar ab. Darum kämpft die SVP für bessere Bedingungen: für tiefere Steuern, gegen die doppelte Besteuerung der Unternehmensgewinne, für günstige Zinsen, billige Energie, raschere und einfachere Bewilligungsverfahren sowie ganz allgemein für weniger Bürokratie und eine einfachere Administration.



Unnötige Vorschriften erschweren die Geschäfte für unsere KMU, welche das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft bilden.



Mehr Markt, weniger Intervention und Filz

Die SVP widersetzt sich energisch der schleichenden Einführung von sozialistischem, planwirtschaftlichem Gedankengut ins schweizerische Wirtschaftsleben. Sie will mehr Markt in Wirtschaft und Gewerbe und wendet sich darum gegen zwangsstaatliche Vorschriften und Interventionismus. Das Mittel des Verbandsbeschwerderechts wird zunehmend zu Eingriffen missbraucht, die Wachstum und Wohlstand verhindern, und gehört darum abgeschafft. Es kann nicht angehen, dass dem Interesse von Wenigen das Interesse von Vielen geopfert wird. Sonst verhindern wir notwendige Investitionen in die Zukunft und sägen uns den Ast ab, auf dem wir alle sitzen. Erste Erfolge in der Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts konnte die SVP im Parlament bereits erreichen, aber noch ist das Ziel nicht erreicht.

Staatliche Vorschriften sind wenn immer möglich abzubauen. So ist beispielsweise das Monopol der SUVA heute überholt. Die Zahl der in der SUVA Zwangsversicherten sinkt Jahr für Jahr. Trotzdem sind die Verwaltungskosten viermal so hoch wie bei anderen Sozialversicherungen. Mehr Markt brächte einen effizienteren Mitteleinsatz und damit eine wirtschaftsfreundlichere Versicherung, und ein Skandal wie die SUVA-Immobilien-Affäre könnte wohl vermieden werden.

Bürokratie belastet Unternehmen

Immer mehr bürokratische Auflagen und Reglementierungen belasten den arbeitenden Mittelstand und das Gewerbe. Jeder der 300 000 Schweizer KMU-Betriebe ist heute mit 650 unbezahlten Stunden Papierkrieg beschäftigt. 1986 waren es noch 370 Stunden. Das sind unproduktive Kosten von 7 Milliarden Franken im Jahr.

Der SUVA-Skandal

Der Immobilienskandal hat die Schwächen der SUVA deutlich an den Tag gebracht. Bei der Bestückung von Führungspositionen und der Auftragsvergabe haben parteipolitische Verflechtungen gegenüber Kompetenz den Vorrang. Im Verwaltungsrat finden sich:

Franz **Steinegger**, ehem. Präsident FDP Schweiz; Dr. Rudolf **Stämpfli**, FDP, Präsident Arbeitgeberverband; Peter **Hasler**, FDP, ehem. Direktor Arbeitgeberverband, ehem. SP-Mitglied; Werner **Messmer**, Nationalrat FDP, Präsident Baumeisterverband; Jean-Claude **Rennwald**, Nationalrat SP, Gewerkschaft UNIA; Colette **Nova**, SGB-Sekretärin; Meinrado **Robbiani**, Nationalrat CVP; Karl **Tschuppert**, alt Nationalrat FDP.





Arbeitsplätze sichern

Noch haben wir eine vergleichsweise tiefe Arbeitslosigkeit. Allerdings hat sich in den letzten Jahren im Vergleich zu früher eine hohe Sockelarbeitslosigkeit etabliert. Selbst in Phasen der Hochkonjunktur geht die Arbeitslosigkeit nicht mehr markant zurück. Dies kommt daher, dass der Staat der Wirtschaft und der Bevölkerung jedes Jahr mehr Geld entzieht und gleichzeitig die Linke und die Gewerkschaften mit ihren Forderungen dafür sorgen, dass Arbeitskräfte die Betriebe immer teurer zu stehen kommen. So fehlen den Firmen die Mittel zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Auch die grosse Anzahl von nicht qualifizierten Ausländern trägt wesentlich zur Problematik bei.

Die Gewerkschaften preisen sich als Verteidiger der Interessen der Arbeitnehmer. Mit ihren Forderungen haben sie jedoch mehr Arbeitsplätze abgeschafft als die Globalisierung.

Mit ihrer Politik der überzessenen Lohnforderungen und der Streiks setzen sie alles daran, den Aufschwung wieder in die Knie zu zwingen und der Wirtschaft den Wind aus den Segeln zu nehmen. Damit treiben sie ihre Mitglieder letzten Endes in die Abhängigkeit von Streikkassen, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe. Es ist alles daran zu setzen, diese Mechanismen transparent zu machen.

Für einen starken Finanzplatz

Der Schweizer Finanzplatz erarbeitet einen grossen Teil des schweizerischen Wohlstands. 10 Prozent der Steuereinnahmen, 14 Prozent der Wertschöpfung und 5 Prozent der Beschäftigung fallen auf diesen Sektor. Diese Stärke darf auch unter dem Druck der EU oder der OECD beziehungsweise ausländischer konkurrierender Finanzplätze nicht preisgegeben werden. Die in- und ausländische Kundschaft unseres Finanzplatzes benötigt die Gewähr, dass Diskretion und Privatsphäre hierzulande weiterhin respektiert werden. Darum setzt sich die SVP dafür ein, dass das Bankkundengeheimnis nicht weiter aufgeweicht wird.

Auflagen behindern auch den Tourismus

Der Tourismus mit seinen zahlreichen Arbeitsplätzen ist für die Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung. Der einzigartigen landschaftlichen Schönheit unseres Landes stehen ungünstige Faktoren wie ein starker Franken, hohe Kosten oder veraltete Strukturen gegenüber. Damit die Branche aus eigener Kraft weiterhin oder noch vermehrt mit innovativen Angeboten aufwarten kann, unterstützt die SVP den Erhalt des exportorientierten reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie. Bürokratische und regulierende Auflagen hingegen schwächen die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe und verteuern das Angebot.



Standpunkte

Die SVP

- kämpft für mehr Freiraum und weniger Regulierungsflut für unsere Betriebe;
- fordert die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts;
- verlangt eine Vereinfachung der Mehrwertsteuer und eine Befreiung der Betriebe von der direkten Bundessteuer;
- fordert eine Befreiung vom Statistikaufwand für kleine Unternehmen;
- setzt sich für den Mehrwertsteuersondersatz für die Hotellerie und Gastronomie sowie eine Vereinfachung des Vollzuges der Mehrwertsteuer, welche heute innovative Angebote im Tourismus behindert, ein.



Die Schönheit der Schweiz als Tourismus-Destination.

Finanzen:

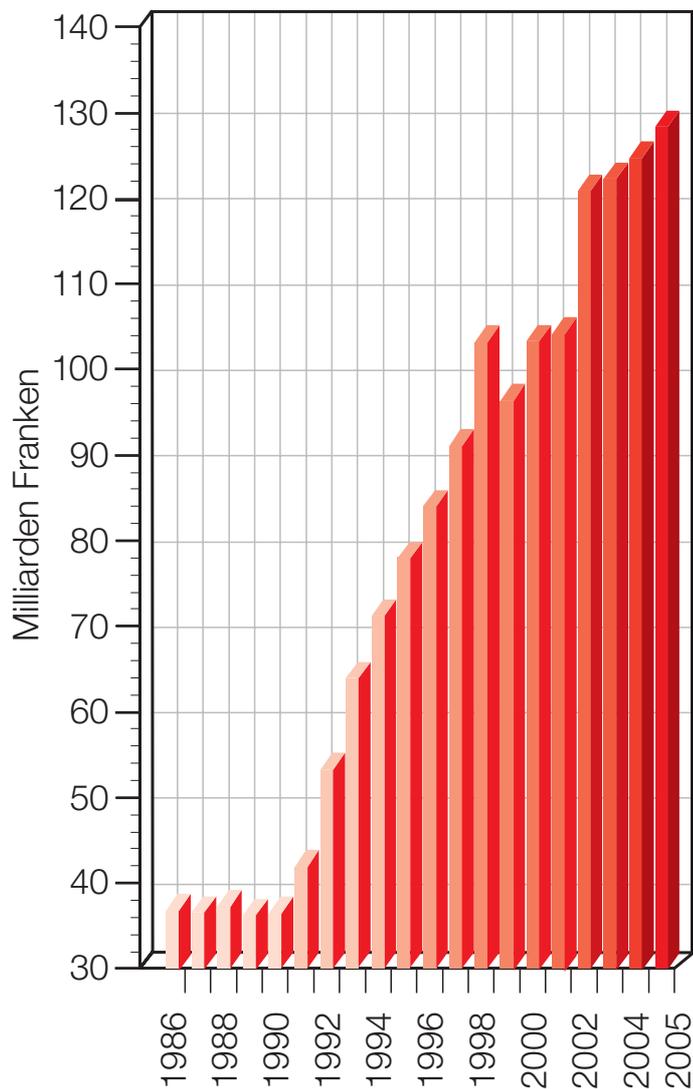
Das Märchen von der «Sparwut»

Zahlen sind unbestechlich: Die finanzpolitische Lage unseres Landes ist desolat. Obwohl man ständig von Sparen spricht, steigen die Staatsausgaben unentwegt weiter. 2006 bis 2010 nehmen die Ausgaben in der ordentlichen Rechnung des Bundes um 19 Prozent zu. Dies trotz aller so genannter Spar- und Entlastungsprogramme. Das sind im Durchschnitt 4,5 Prozent pro Jahr, also mehr als das Wirtschaftswachstum und die Teuerung. Die geplanten Ausgaben von 2010 sind fast doppelt so hoch wie 1990. Doch dieses beständige Ausgabenwachstum wird in weiten Teilen geleugnet. Man verbreitet die Mär, der Staat spare Geld, die Ausgaben würden gesenkt, der Gürtel werde enger geschnallt. Transparenz wird vorsätzlich vermieden. Die Linken reden von «kaputt sparen» und «den Staat aushungern». Diese Aussagen sind falsch. Das Budget des Bundes hat sich in zwanzig Jahren verdoppelt.

Schuldenberg trotz Schuldenbremse

Seit Gründung unseres Bundesstaates im Jahr 1848 bis 1990 – also in 142 Jahren – hat der Bund 38,5 Milliarden Schulden angehäuft. Allein in den folgenden fünfzehn Jahren kamen über 90 Milliarden hinzu! Ende 2005 ist der Schuldenberg allein des Bundes auf 130,3 Milliarden angewachsen. Zählt man die Schulden von Kantonen und Gemeinden dazu, sind es insgesamt 250 Milliarden. Dies bedeutet einen Anstieg von über 25 Milliarden zwischen den Jahren 2001 und 2006 allein beim Bund. Und all das geschieht trotz «Schuldenbremse» zugunsten eines ausgeglichenen Haushaltes, welche 84 Prozent der Stimmbürger im Dezember 2001 beschlossen haben. Dies geschieht, obwohl der Bundesrat die Sanierung der Bundesfinanzen als oberstes Legislaturziel 2003–2007 beschlossen hat. Wer hier von «Sparwut» oder «Sparhysterie» spricht, hat jeden Realitätsbezug verloren. Das Gegenteil ist wahr: Wir leben ständig über unsere Verhältnisse und gehen mit der Kreditkarte unserer Kinder einkaufen. Unter schön

Entwicklung der Bundesschulden
1986 bis 2005



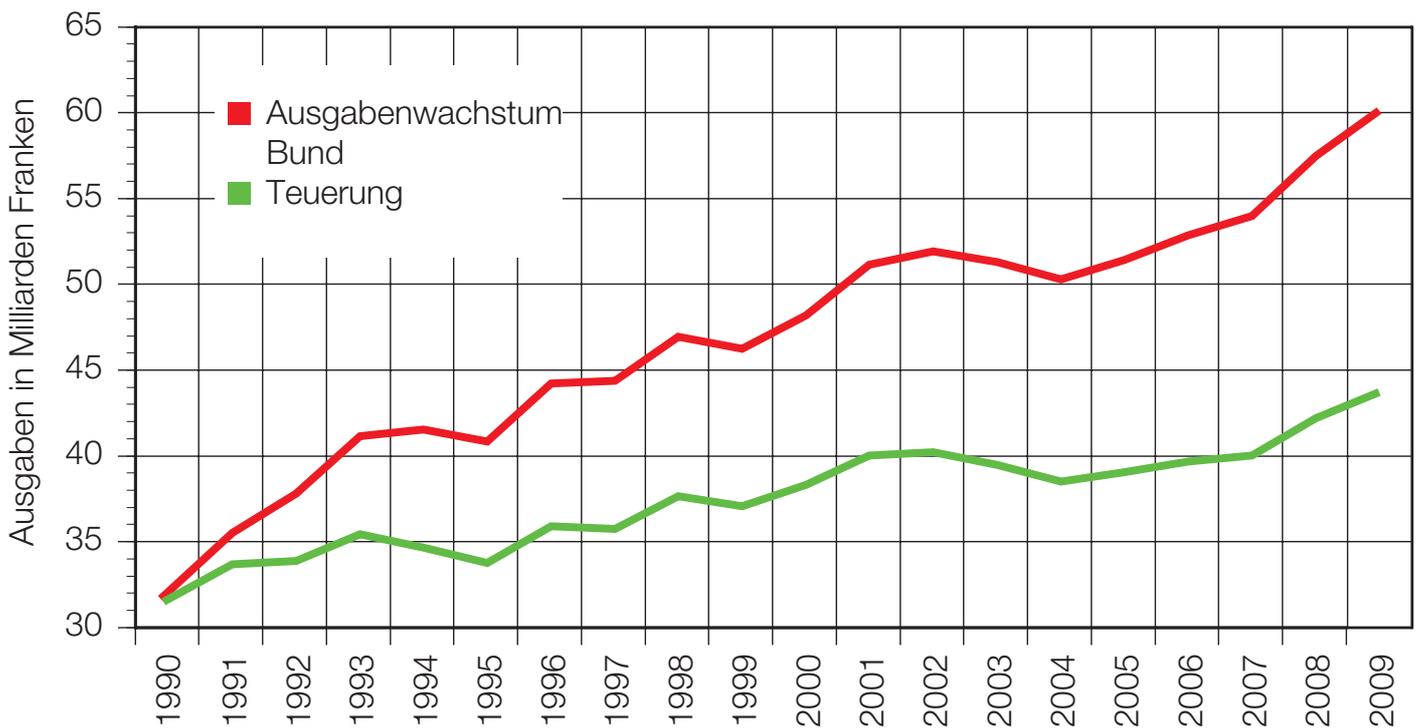


klingenden Wörtern wie «sozial» und «solidarisch» muten die Linken und ihre Mitläufer den kommenden Generationen eine unverantwortliche Schulden- und Steuerlast zu. Denn Schulden von heute sind Steuern von morgen.

Anstieg der Staatsausgaben bald höher als Bruttoinlandprodukt

1990 bis 2003 wuchsen die Staatsausgaben und die Sozialwerke jährlich um 4,5 Prozent mehr als doppelt so schnell wie das nominelle Bruttoinlandprodukt (2,1 Prozent). Wenn die Staatsausgaben und Sozialwerke in diesem Tempo weiter wachsen, werden sie in zwanzig Jahren das nominelle Bruttoinlandprodukt übersteigen.

Ausgabenwachstum Bund 1990 bis 2009



Quelle: EFD, BFS

Entwicklung der Ausgaben aller 7 Departemente zwischen 2003 und 2009 gemäss Finanzplan

Eidg. Finanzdepartement (EFD, Bundesrat H.-R. Merz, FDP)	+ 50%
Eidg. Departement des Innern (EDI, Bundesrat P. Couchepin, FDP)	+ 22%
Eidg. Departement des Äusseren (EDA, Bundesrätin M. Calmy-Rey, SP)	+ 13%
Eidg. Departement für Umwelt, Energie, Verkehr und Kommunikation (UVEK, Bundesrat M. Leuenberger, SP)	+ 7%
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD, Bundesrätin D. Leuthard, CVP)	+ 6%
Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS, Bundesrat S. Schmid, SVP)	- 6%
Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD, Bundesrat Chr. Blocher, SVP)	- 10%

Gehen wir den «deutschen Weg»?

Die SVP will diese verheerende Entwicklung stoppen, solange wir dazu noch in der Lage sind. Wir müssen nicht erst die in Deutschland gemachten Fehler wiederholen und dann einen mühsamen Umkehrprozess einleiten. In den Unternehmen und Betrieben der Wirtschaft war es in den vergangenen Jahrzehnten selbstverständlich, mit tieferen Kosten höhere Leistungen zu erbringen. Demgegenüber hat der Bund in den letzten Jahrzehnten alle seine Probleme einfach mit Geld zugedeckt. Die beiden SVP-Bundesräte Schmid und Blocher haben in ihren Departementen gezeigt, dass echtes Sparen auch beim Staat möglich ist. Was im Verteidigungsdepartement und im Justiz- und Polizeidepartement möglich ist, muss auch in den andern Departementen möglich sein. Denn es geht um Geld, das der Wirtschaft und den Bürgern entzogen wird.

Milliardenlöcher bei den Bundes-Pensionskassen stopfen

Die Pensionskassen des Bundes und seiner Regiebetriebe sind in katastrophalem Zustand. Dies, obwohl der Bund seit 1998 bereits 34 Milliarden zur ausserordentlichen Sanierung der einzelnen Kassen – sowohl der eigenen Publica wie auch

der Pensionskassen von SBB, Post, Skyguide und RUAG – aufgewendet hat. Die Pensionskasse der SBB verzeichnete Ende 2004 rund 2500 mehr Rentenbezüger als Beitragszahlende. Die Deckungslücke beträgt 2,4 Milliarden, das heisst, alle Bahnpassagiere müssten ein ganzes Jahr auf jedes gekaufte Billett einen Aufpreis von 10 Franken zahlen, ohne weniger zu fahren! Bei der Pensionskasse der Post beträgt die Deckungslücke sogar 3,5 Milliarden. Der Bund und seine Regiebetriebe greifen zudem zum Mittel der Frühpensionierung und der Abschiebung in die Invalidenversicherung, wofür wiederum die Steuerzahler geradestehen müssen. Die Rentenleistungen entsprechen längst nicht mehr den Beiträgen und müssen dringend korrigiert werden. Die SVP ist nicht bereit, dem Steuerzahler weitere Sanierungsmassnahmen aufzubürden. Dieser muss bereits für seine eigene Rente aufkommen. Auch für die Pensionskassen des Bundes muss gelten: Wer sich frühpensioniert, soll eine Rentenkürzung hinnehmen.

Staatshaushalt sanieren

Eine Gesundung des öffentlichen Haushaltes bedarf konkreter Massnahmen. Als erster Schritt ist bei all den neuen Kässelis und bei den verschiedensten Arten von Transferzahlungen, mit welchen das Schaffen neuer Ausgaben in den letzten Jahren verschleiert wurde, Ordnung zu schaffen. Erst wenn Transparenz herrscht, wird es möglich sein, den Überblick über die Ausgaben zu erhalten. In einem zweiten Schritt sind diese Ausgaben dann zu plafonieren. Die Defizite dürfen nicht durch Erhöhung der Einnahmen «saniert» werden. Der Staat ist durch Steuersenkungen zur Ausgabendisziplin zu zwingen. Gesetze ohne gleichzeitige Sicherstellung der Finanzierung der entsprechenden Aufgaben sind zu bekämpfen. Der heutige Aufgabenkatalog und die Subventionsliste sind zu überprüfen und Überflüssiges ist zu streichen. Unabwendbare neue Ausgaben sind immer durch die Streichung anderer zu kompensieren.



Standpunkte

Die SVP

- fordert endlich volle Transparenz über die Finanzlage des Bundes und die Vorlage einer Aufgabenverzichtsplanung mit dem Ziel, die Staatsquote auf das Niveau von 1990 zurückzuführen;
- verlangt die Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene;
- tritt ein für eine Verschärfung der Schuldenbremse und einen Schuldenabbau bis auf das Niveau von 2001, als die Schuldenbremse in Kraft trat;
- fordert ein Entlastungsprogramm, um die Defizite in den Jahren 2008–2010 zu beheben.

Sicherheit:

Kampf der Kriminalität

Die Gewährung der Sicherheit und Freiheit für alle Bürgerinnen und Bürger ist die wichtigste aller Staatsaufgaben. Die Herausforderungen im Kampf gegen die Kriminalität wachsen. Einbrüche, Diebstähle, Raub, Drohungen, Vandalismus, Gewalttaten und eine hohe Ausländerkriminalität bedrohen die Sicherheit des Einzelnen.

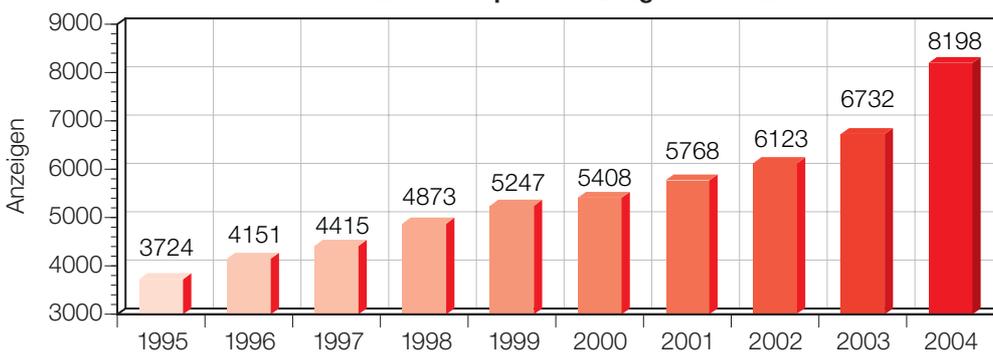
Vor allem die schwächeren Glieder unserer Gesellschaft stehen der zunehmenden Gewalttätigkeit und Rücksichtslosigkeit ohnmächtig gegenüber. Viele Frauen und ältere Menschen getrauen sich abends und nachts nicht mehr auf die Strasse. Dabei ist die Aufklärungsquote von Verbrechen gering. Das Risiko, für eine Straftat zur Rechenschaft gezogen zu werden, nimmt ständig ab. Kein Wunder, steigt die Zahl der schweren Delikte. Pro Tag werden inzwischen über 900 Straftaten begangen! Besonders bedenklich ist dabei die wachsende Zahl der vorsätzlichen Körperverletzungen, welche sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat.

Sicherheit trotz offenen Grenzen gewährleisten

Mit dem Abbau der Grenzkontrollen im Rahmen der Umsetzung des Schengen-Vertrags wird sich das Problem der Kri-



Vorsätzliche Körperverletzung 1995 bis 2004



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2005, Bundesamt für Polizei

Ausländerkriminalität konkret

«Die insgesamt 6111 Gefängnisplätze der Schweiz waren im September 2005 zu **81 Prozent durch Ausländer** belegt.»

(Bundesamt für Statistik)

Internationale Kriminalität

«Das zusammenwachsende Europa eröffnet kriminellen Organisationen neue Möglichkeiten, und die EU mit ihren leichter zu überwindenden Ostgrenzen kann ein nahe liegendes Ziel aller grösseren kriminellen Organisationen werden.»

(Sicherheitsbericht der Bundespolizei, 2004, S. 12)

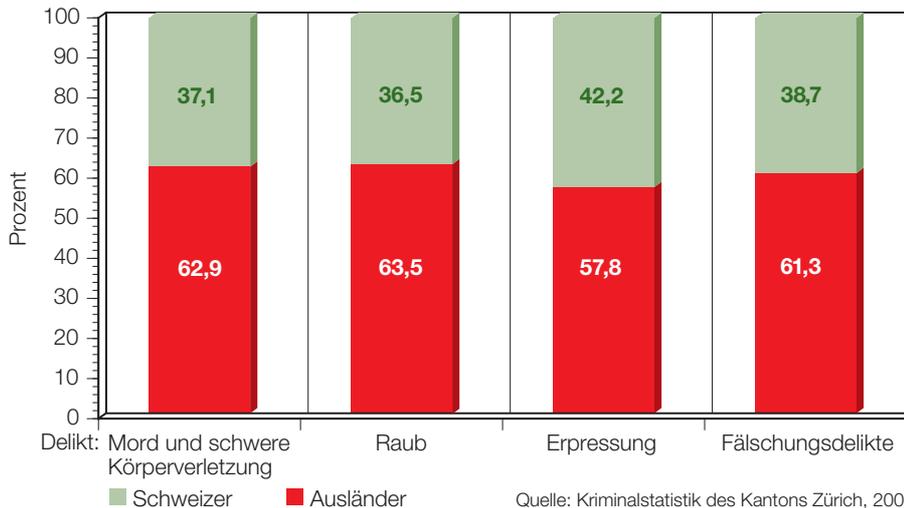
minalität noch verschärfen. Kriminelle werden ungehindert überall in der EU ihren Machenschaften nachgehen können. Schon heute klagen die Kantone über zu wenig Polizisten im Kampf gegen die Kriminalität. Zur Gewährleistung der Sicherheit sind eine personelle Umschichtung und allenfalls Aufstockung im Polizeibereich unumgänglich. Das heisst, die Polizei hat sich primär Sicherheitsaufgaben zu widmen und nicht fiskalischen Massnahmen wie dem Verteilen von budgetierten Bussen an Parksünder.

Strafvollzug verschärfen und Recht rasch und konsequent anwenden

Wird ein Straftäter überführt, dauert das Verfahren sehr lange. Die Urteile fallen oft so milde aus, dass von Abschreckung keine Rede mehr ist. Notwendig sind daher nicht nur eine gezielte polizeiliche Präsenz und rasches Eingreifen, sondern auch eine Justiz, die diesen Namen verdient. Die richterlichen Instanzen sind gefordert, Recht im Sinne des Gesetzgebers und im Interesse der Allgemeinheit zu sprechen. Zudem sind Instanzen für rasche Entscheide einzuführen.

Gemeingefährliche Täter – insbesondere Sexual- und Gewaltstraftäter – sind von den Gerichten zum Schutz der Öffentlichkeit auf unbestimmte Zeit zu verwahren. Der Strafvollzug dient neben der Vorbereitung des Wiedereintritts in unsere Gesellschaft vor allem dem Sühnegedanken, der Abschreckung und dem Schutz der Gesellschaft. Ein Gefängnis darf kein Hotel sein, in dem auf die individuellen Wünsche jedes Insassen zuvorkommend Rücksicht genommen wird. Der heutige

Ausländerkriminalität im Kanton Zürich 2005



Standard ist klar zu hoch und zu teuer. Er wirkt insbesondere für Kriminaltouristen kaum abschreckend. Im Gegenteil: Aufgrund der Tatsache, dass in schweizerischen Gefängnissen ein Lohn verdient werden kann, erscheinen einigen Delinquenten unsere Strafanstalten sogar attraktiv! Kein Wunder, ist die grosse Mehrzahl der Häftlinge Ausländer. Die Schaffung von Möglichkeiten, ausländische Häftlinge ihre Straftat im Ausland verbüssen zu lassen, ist daher rasch in die Tat umzusetzen. Zudem ist der Standard in den Gefängnissen nach unten anzupassen. Straftäter sind nach Verbüßung der Haftstrafe konsequent auszuschaffen.

Der Jugendkriminalität entgegenwirken

Die Jugendkriminalität wächst, was sich insbesondere an den Gewalteskalationen in der Schule, aber auch in Sportarenen

und in den Städten zeigt. Aktuell zählen wir in der Schweiz bis zu 3 Körperverletzungsdelikte pro Tag durch Jugendliche. Dies ist unter anderem auf die Laisser-faire-Politik der letzten Jahre und die lasche Zuwanderungspolitik zurückzuführen. Erziehung und Disziplin waren lange verpönt, offene Grenzen für alle hingegen in. Dieser Entwicklung ist entschlossen entgegenzuwirken. Hier sind alle gefordert: Eltern, Lehrer und Vereine. Es ist aber auch seitens des Staates härter durchzugreifen. Die Eltern sind zur Verantwortung zu ziehen. Nach Möglichkeit ist bereits den Anfängen zu wehren. So sind Delikte von Schülern mit Arbeitseinsätzen zu ahnden. Gewalttätige Jugendliche sind in gesonderten Einrichtungen unterzubringen und zu unterrichten. Unverbesserliche kriminelle ausländische Jugendliche sind mit ihren Eltern des Landes zu verweisen.



Linke Chaoten am Werk: Solche Szenen sollen bei uns nicht Alltag werden!



Recht und Ordnung in den Städten wieder herstellen

Städte und Agglomerationen leiden besonders unter der Zunahme von Gewaltdelikten und Vandalismus. Grossereignisse müssen immer häufiger von grösseren Polizeiaufgeboten begleitet werden. Ein Ausgang in der Stadt kann je länger, je mehr nur in der Gruppe überhaupt noch ins Auge gefasst werden. Öffentliche Einrichtungen werden regelmässig zerstört und müssen mit grossem finanziellem Aufwand wieder hergestellt werden. Oft bleibt als einfachstes Mittel nur die Überwachung durch Kameras. Ziel muss es sein, die Ordnung in den Städten wieder herzustellen. Auch hier gilt es, die nötigen Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht Sinn sein, Parksünder zu bestrafen, aber in unmittelbarer Nähe stattfindende Vandalenakte unbeachtet zu lassen. Der Schwerpunkt der Polizei hat bei der Bekämpfung von Kriminalität und Vandalismus zu liegen.

Gesunden Menschenverstand walten lassen

Bei allen Bemühungen gibt es dennoch keine umfassende Sicherheit, denn eine solche würde auch die Freiheit ersticken. Freiheit bedeutet für einen Staat wie für den einzelnen Menschen immer auch ein gewisses Mass an Risiko. Sicherheit und persönliche Freiheit können nicht immer in volle Übereinstimmung gebracht werden, aber die Sicherheitsmassnahmen können so gestaltet werden, dass die Verhältnismässigkeit gewahrt wird. Die persönliche Freiheit von unbescholtenen Personen und ihre Privatsphäre ist zu gewährleisten und jeder Ansatz eines «Schnüffelstaates» zu vermeiden.

Die Stimme der Freiheit

«Wer Sicherheit sucht und dafür Freiheit opfert, hat weder das eine noch das andere verdient.»
(Benjamin Franklin, 1706–1770, amerikanischer Politiker und Schriftsteller)

den. Wenn wir Schweizer die Wahl haben zwischen Freiheit und Sicherheit, müssen wir auch in Zukunft die Freiheit wählen – dafür stehen über 700 Jahre Geschichte.

Um auch in Zukunft sowohl die Sicherheit wie auch die Freiheit zu gewährleisten, sind aber auch die Richter gefordert. Wird der Strafrahmen nicht fallgerecht genutzt, sieht sich der Gesetzgeber gezwungen, das Gesetz strenger zu formulieren und damit auch den Freiraum stärker zu beschränken. Oder aber es fehlt an der Akzeptanz der Urteile, wenn kleine Delikte im Verkehr massiver geahndet werden als Körperverletzungsdelikte. Bei jedem Urteil ist daher im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger Augenmass und gesunder Menschenverstand gefragt.

Standpunkte

Die SVP

- fordert eine gezieltere Polizeipräsenz, eine härtere Justiz und einen Strafvollzug, der vermehrt wieder der Abschreckung dient;
- verlangt die Einführung von Schnellrichtern;
- fordert eine fallgerechte Ausnützung des Strafrahmens durch die Richter;
- begrüsst die Schaffung von Möglichkeiten, wonach ausländische Straftäter ihre Haftstrafe im Ausland verbüssen;
- befürwortet die lebenslange Verwahrung von nicht therapierbaren, extrem gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechern;
- verlangt, dass die Rechte der Opfer Vorrang haben gegenüber den Rechten der Straftäter;
- verlangt, dass die Sicherheitsmassnahmen der Verhältnismässigkeit und den Freiheitsrechten der Bürger Rechnung tragen.

Bedrohungsgerechte Milizarmee



Der Staat trägt die Verantwortung für den Schutz der eigenen Bevölkerung vor fremder Gewalt. Er steht damit heute vor neuen Herausforderungen. Die «Neuen Kriege» sind zunehmend entstaatlicht, kommerziell und asymmetrisch, das heisst, immer öfter sieht sich ein Staat mit seinen regulären Streitkräften konfrontiert mit autonom operierenden Kämpfern. Die neue Kampfform der weltweiten Auseinandersetzung heisst Terrorismus. Terroristen sind nicht einfach Amokläufer, sondern gezielt eingesetzte Kämpfer im Dienste einer Ideologie oder einer Religion. Die alte Trennung von Krieg und Frieden, Soldat und Zivilist, Freund und Feind, Soldat und Verbrecher, innen und aussen, wird zunehmend verwischt. Wir beobachten Bürgerkriege, Terror- und Antiterrorkriege, Interventionskriege; alle mit jeweils eigenen Ursachen, Akteuren, Abläufen, Strategien, Gewinnern und Verlierern. Immer voller Leid, Tod und Zerstörung. Hier aber Partei nehmen zu wollen, schwächt uns in der Bekämpfung des Terrorismus. Denn wer

Instrument des Widerstandes

«Der Impuls, der in der Schweiz seit Jahrhunderten das Wehrwesen belebt, ist nicht der Wille zur Macht, sondern der Wille, der Macht zu widerstehen.»

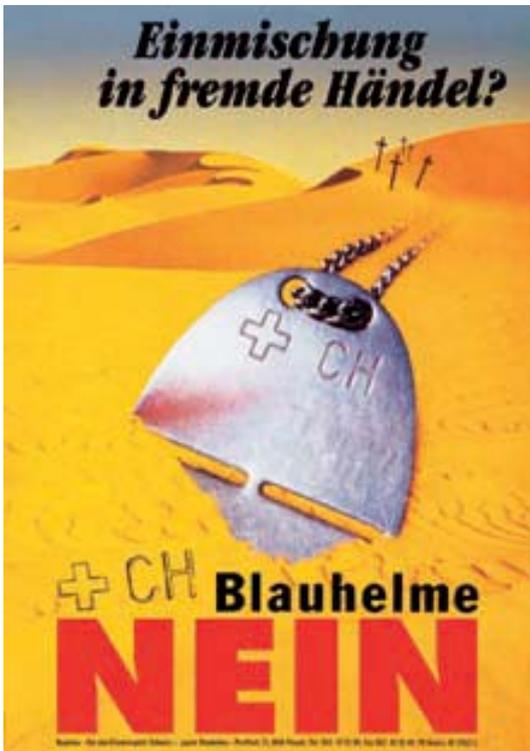
(Prof. Dr. Karl Schmid: Versuch über die schweizerische Nationalität, 1957)

sich in einen Konflikt hineinziehen lässt, wird auch Zielscheibe.

Was haben wir zu verteidigen?

Auch in Zeiten des sicherheitspolitischen Umbruchs geht es um unsere Unabhängigkeit, um unsere Eigenverantwortung in der direkten Demokratie, um unsere Freiheit sowie um die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität als Überlebensstrategie des Kleinstaates. Es geht um den Schutz von Leib und Leben, um den Vorrang des Rechts bei der Streitschlichtung und um den geordneten Gang von Gesellschaft und Wirtschaft.





Verantwortung nicht abschieben

Wir spüren den Machtanspruch grosser Staaten und internationaler Organisationen im Ringen um eine neue globale Weltordnung. Wir erleben auch in unserem Land den vielfältigen Versuch, das Gewaltmonopol des Nationalstaates zu unterhöhlen und die militärpolitische Verantwortung auf undurchsichtige übernationale Bürokratien abzuwälzen. Das verfassungsrechtliche Prinzip der immerwährenden, integralen und bewaffneten Neutralität wird immer mehr zum Spielball erfindungsreicher Interpreten. Der Kleine am Rockzipfel der Grossen erhofft sich vergeblich einen Sicherheitsgewinn. Denn der Grosse zerrt ihn mit in seine Abenteuer. Der Wunsch nach kollektiver Sicherheit ist meist ein Ausdruck der Schwäche, ein Weg, um die individuelle Verantwortung nicht übernehmen zu müs-

sen. Unsere Zubringerdienste an die Nato – in Form der so genannten «Partnerschaft für den Frieden» – sind daher problematisch.

Neuen Bedrohungsformen begegnen

Trotz neuen Bedrohungsformen dient unsere Armee auch weiterhin der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens. Die Armee verteidigt unser Land und dessen Bevölkerung. Die Absage an die souveräne Verteidigung unseres Landes ist daher keine Lösung. Wir brauchen vielmehr ein dem strategischen Wandel angepasstes, nüchternes und realistisches neues Bedrohungsverständnis. Wir müssen die heutigen Verwundbarkeiten der modernen, eng vernetzten Gesellschaft kennen und schützen lernen. Es gilt, schon in der Planung zu vermeiden, verwundbare Zentren zu schaffen. Gefragt sind Konzentration auf das Wesentliche, Dezentralisierung, Delegation von Verantwortung nach unten, Handlungsfähigkeit in Krisen, höchste Flexibilität. Der vom Bundesrat beschlossene Krisenstab zur Einübung und Bewältigung katastrophaler Lagen geht in die richtige Richtung.



Truppeneinsatz im Mattenquartier Bern, Unwetter 2005.



Miliz als bewährte Lösung stärken

In der Schweiz ist die Strategie einer Milizarmee tief verwurzelt, die nicht in Kasernen auf ihre Einsätze wartet, sondern integriert ist in Gesellschaft und Wirtschaft und dann für den Schutz sorgt, wenn er nötig ist. Dazu gehört auch das Aufbewahren der Dienstwaffe im Haus, bewährter Ausdruck der Wehrbereitschaft und des traditionell verantwortungsvollen Umgangs mit Waffen der Schweizer Armeeangehörigen. Die neuen Bedrohungsformen rufen nach Sicherungsaufträgen, die angesichts knapper Finanzen nur mit einer Milizarmee bewältigt werden können. Die letzte Verantwortung liegt beim Souverän, beim Bürger. Dieser Schutz ist nicht ohne persön-

liche Opfer zu haben. Doch bildet die Miliz neben der immerwährenden, integralen und bewaffneten Neutralität eine hohe Schwelle gegen militärische Abenteuer von Regierung und Verwaltung, vor dem Nichternstnehmen von Gewalt und Krieg. Die Miliz bietet gute berufliche, fachliche und menschliche Qualität auf allen Stufen. Deshalb muss die Miliz möglichst auf allen Stufen angemessen vertreten sein. Wo Gewaltmittel eingesetzt werden, ist klare Führungsverantwortung nötig. Jeder muss seinen Auftrag, seine Kompetenzen und Mittel kennen. Wir brauchen eine wohlvorbereitete, im Ernst-

fall bis hin zum Armeeeinsatz fähige Staatsführung, die alle notwendigen Dienste im Verbund und stufengerecht einsetzen kann.

Der Auftrag der Armee

«Heute muss die Armee das Know-how für den Krieg behalten und auch unterhalb der Kriegsschwelle das Land verteidigen können: Raumsicherung, Objektschutz, Katastrophenhilfe, Luftraumüberwachung.»
(Bundesrat Samuel Schmid, «Facts», 19.1. 2006)



Primat der Landesverteidigung sichern

Die Armee reformen der letzten Jahre haben nicht zum Vertrauen der Bevölkerung in die Landesverteidigung beigetragen. Die Armee muss sich nun darauf konzentrieren, die Armee XXI kompromisslos umzusetzen, zu konsolidieren und insbesondere die Schwachpunkte der Reformen zu eliminieren. Weitere Massnahmen sollen nur dann vorgenommen werden, wenn sie einem objektiven oder dringenden Bedürfnis entsprechen. Die internationale Ausbildungszusammenarbeit und bewaffnete Auslandseinsätze sind nicht noch weiter auszubauen. Für die SVP hat die Landesverteidigung unter Wahrung von Neutralität, Milizprinzip und allgemeiner Wehrpflicht nach wie vor oberste Priorität. Die Armee ist optimal auszurüsten und mit realistischen Übungen zu befähigen, den Verteidigungsauftrag und alle Schutzaufträge zugunsten der Bevölkerung jederzeit zu erfüllen. Die Armee ist keine Hilfspolizei, muss aber bei akuten und schwerwiegenden Bedrohungen wie Grosskatastrophen die zivilen Behörden wirksam unterstützen, um Land und Bevölkerung zu schützen.

Standpunkte

Die SVP

- beurteilt die integrale, immerwährende und bewaffnete Neutralität als wirksamstes Instrument gegen den internationalen Terrorismus;
- setzt sich ein für eine moderne, leistungsfähige und glaubwürdige Milizarmee;
- fordert eine miliztaugliche Ausbildung, eine angemessene Vertretung der Miliz in möglichst allen Kommandofunktionen und eine optimale Aufwuchsfähigkeit;
- verlangt die Landesverteidigung als primären Auftrag der Armee;
- lehnt den Beitritt der Schweiz zu Militärbündnissen wie der Nato ab;
- befürwortet subsidiäre Einsätze bei Naturkatastrophen primär im Inland;
- lehnt Auslandseinsätze der Schweizer Armee grundsätzlich ab. Ebenso dürfen keine obligatorischen Wiederholungskurse im Ausland durchgeführt werden;
- fordert ein freiheitliches Waffenrecht, welches das ausserdienstliche Schiesswesen nicht behindert sowie die Aufbewahrung der Ordonnanzwaffe zu Hause auch nach erfüllter Dienstpflicht erlaubt.

Asylpolitik:

Erfolge dank konsequentem Handeln

Die überwiegende Mehrheit der Personen, die in der Schweiz Asyl begehren, sind keine Flüchtlinge. Sie sind nicht an Leib und Leben gefährdet, erhoffen sich aber hier einen besseren Lebensstandard. Viele leben von der Sozialhilfe, manche sind in einträgliche Schleppergeschäfte und in den Drogenhandel verwickelt. Rechnet man die Zahl der vorläufig aufgenommenen Personen zu jener der anerkannten Flüchtlinge dazu, so macht das Total lediglich rund 24 Prozent aller Asylentscheide aus. Somit werden über 75 Prozent aller Asylgesuche un begründet oder gar missbräuchlich gestellt. Dies darf in Zukunft

nicht mehr möglich sein. Es ist ein Hauptziel der SVP und des zuständigen SVP-Bundesrats, die Zahl der Gesuchsteller ohne echte Asylgründe zu senken. Hier sind bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen: Die Zahl der Asylgesuche ist kontinuierlich gesunken. Erstmals in der Asylgeschichte betreibt die Schweiz damit eine erfolgreichere Abschreckungspolitik gegen den Asylrechtsmissbrauch als ihre europäischen Nachbarn.

Die ergriffenen Massnahmen, insbesondere die stark verkürzten Verfahren und der Sozialhilfestopp für Personen mit einem Nichteintretensentscheid, zeigen Wirkung.

Vollzugsprobleme beheben

Die grössten Probleme bestehen noch immer im Vollzug. Zahlreiche abgewiesene Asylbewerber (wie auch andere illegal Anwesende) verlassen das Land nicht. Die meisten Asylsuchenden legen ihre Identität nicht offen und weisen keine Ausweispapiere vor. Kann dem Herkunftsland die Identität nicht belegt werden, ist dieses Land nicht verpflichtet, einen abgewiesenen Asylbewerber wieder zurückzunehmen. Wenn Missbrauch gefördert, verteidigt oder sogar durch die Institutionen begünstigt wird, ist die Politik gefordert. Mit dem neuen, vom Departement Blocher vorgelegten und an der Urne mit Zweidrittelsmehrheit angenommenen Asylgesetz besteht berechnete Hoffnung, dass sich die Asylzahlen weiter verringern, die Kosten sinken und der Missbrauch bekämpft werden kann.



Wer ist der Dumme im Asylwesen?

«Dumm sind nicht diejenigen, die dieses System ausnützen, sondern diejenigen, die dieses System zur Verfügung stellen.»

(Bundesrat Christoph Blocher, Albisgüetli-Tagung, 20.1.2006)



Anerkannte Flüchtlinge integrieren

Anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, von denen die grosse Mehrheit in der Schweiz bleibt, sind mangelhaft integriert. Ihre Erwerbsquote ist viel zu tief. So arbeiten bei den erwerbsfähigen vorläufig Aufgenommenen nur gerade 34 Prozent, bei den anerkannten Flüchtlingen sind es gar nur 24,2 Prozent. Die Integrationsbestrebungen haben ihr Ziel verfehlt. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die Anreize zur Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen ungenügend sind. Die Sozialhilfe ist oft höher als der für eine Erwerbstätigkeit ausbezahlte Lohn. Somit besteht kaum Veranlassung, eine Arbeit anzunehmen.

Wenig Anreiz für Erwerbsarbeit

Eine vierköpfige Familie mit anerkanntem Flüchtlingsstatus erhält nicht nur eine Wohnung und die Krankenkassenprämien für die ganze Familie bezahlt, sondern darüber hinaus noch mehrere Tausend Franken im Monat, ohne dafür das Geringste zu arbeiten. Warum also sollte sich ein Elternteil für einen weit niedrigeren Lohn als Verkäufer, Hilfsarbeiter oder Serviceangestellter abrackern?

Ärgernis Rekursweg beseitigen

Zwar konnte die Verfahrensdauer der Asylgesuche im Allgemeinen erheblich verkürzt werden. Doch die Gesamtdauer der Verfahren ist immer noch zu lang. Vor allem der Rekursweg zieht sich zu oft über Monate und gar Jahre hin. Die Rekursinstanz lässt sich unter Berufung auf ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gerne Zeit mit ihren Pendenzen. Zudem fällt sie immer wieder Entscheide, die das Wohl und die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung ausser Acht lassen. So wird immer wieder auch Kriminellen und Gewalttätigen Aufenthalt gewährt. Ein Problem ist dabei nach wie vor die «Asylindustrie», die mit ihren zahlreichen Sozialarbeitern, Hilfswerk-

Die Roma-Familie aus Rüşchlikon

Zwei Jahre lang verschleppte die Asylrekurskommission den Entscheid über die sattsam bekannte Roma-Familie aus dem Kosovo, die seit 1997 im Asylverfahren in der Schweiz lebt und ein schönes Haus im Grünen bewohnt. Der Vater sitzt wegen häuslicher Gewalt im Gefängnis. Der Sohn hat einen Mann mit einem Messer schwer verletzt. Eine Tochter wurde als «jüngste Gewalttäterin der Schweiz» bekannt. Die Steuerzahler hat dieser Sozialunsinn bislang weit mehr als eine Million gekostet.

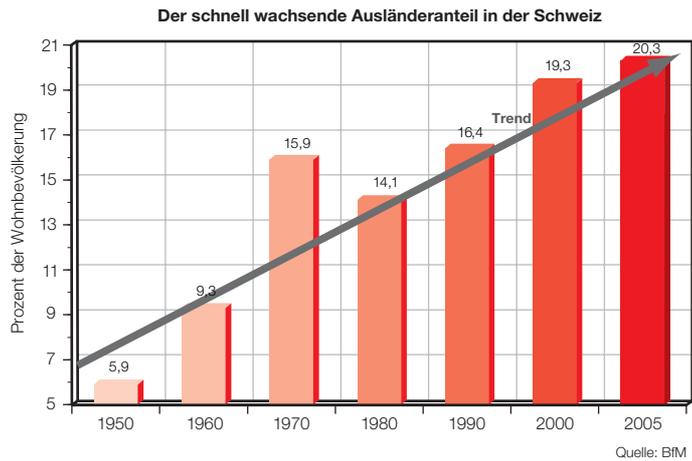
lern und Asyljuristen von den Missständen und von hohen Bewerberzahlen lebt und darum wenig Interesse an Lösungen zeigt. Wenn wir die Gesamtkosten des Asylwesens auf die tatsächliche Zahl der Anerkannten herunterrechnen, kostet ein echter Flüchtling eine Million. Ist das noch humanitär, zumutbar oder intelligent? Um hier Gegensteuer zu geben, müssen die Verfahren massiv gestrafft und so viele Entscheide wie möglich bereits in den Empfangszentren gefällt werden. Zudem sind kriminelle Asylsuchende auszuweisen.

Standpunkte

Die SVP

- fordert ein konsequentes Durchgreifen zur Unterbindung der Missbräuche und Missstände im Asylwesen;
- unterstützt alle Massnahmen, um die Vollzugsprobleme im Asylwesen zu beseitigen;
- befürwortet die Streichung der Nothilfe für abgewiesene renitente Asylbewerber;
- verlangt ein kurzes Verfahren, welches das Interesse der einheimischen Bevölkerung im Auge behält.

Zuwanderung bremsen



Ins Reich der modernen Märchen gehört die Behauptung, die Schweiz schotte sich ab, sie sei vom Ausland isoliert und friste das Dasein einer einsamen Insel inmitten von Europa. Tatsache ist, dass pro Jahr 100 000 Menschen in unser Land einwandern, fast die Hälfte davon als Familiennachzug. Kaum ein anderes Industrieland der Welt hat im Verhältnis zu seiner Bevölkerung eine solch starke Zuwanderung. Mit mehr als 20 Prozent hat die Schweiz einen der weltweit höchsten Ausländeranteile – bei sehr hoher Einbürgerungsrate pro Kopf der Bevölkerung. Dabei sind Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene noch nicht einmal eingerechnet. Die SVP hat als einzige Partei davor gewarnt, dass die Schweiz mit dieser laschen Zuwanderungspolitik an die Grenze ihrer Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft kommt. Dies hat weder etwas mit «Ausländerfeindlichkeit» noch mit «Abschottungspolitik» zu tun, sondern mit echter Sorge um die Stabilität der Gesellschaft. Erst in jüngster Zeit sind die anderen bürgerlichen Parteien zum Schluss gekommen, dass die SVP Recht hat. Die Linke aber hält nach wie vor an ihrer Multikultivision fest, obwohl diese längst gescheitert ist.



Sind wir bald Fremde im eigenen Land?

Massenzuwanderung verhindern

Leider hat die Schweiz die Kontrolle über die Qualität der Zuwanderung durch internationale Verträge mehr und mehr aus der Hand gegeben. Die Preisgabe des Saisonierstatuts erwies sich als schwerer Fehler, denn heute beträgt der Familiennachzug über 40 Prozent der Zuwanderung. Die Behauptung, allein die Zuwanderung gewährleiste weiterhin Wachstum und sichere Sozialwerke, ist aufgrund der Erfahrungen vergleichbarer Staaten höchst fragwürdig. In den Niederlanden wurde festgestellt, dass der durchschnittliche Immigrant den Staat mehr kostet als er ihm bringt. Für Deutschland hat das renommierte Münchner Ifo-Institut errechnet, dass ein durchschnittlicher Zuwanderer mehr als 25 Jahre im Land leben müsste, um dem Staat mehr zu geben als er erhält. Tatsache ist allerdings, dass 80 Prozent bereits früher in die Heimat zurückkehren oder sterben. Der Wohlfahrtsstaat lässt sich demnach nur retten, wenn entweder die freie Zuwanderung oder aber das Prinzip des sofortigen Zugangs zu allen Sozialleistungen eingeschränkt wird.

Ein Nobelpreisträger zur Masseneinwanderung

«Freie Zuwanderung wird dann fragwürdig, wenn sie den Einwanderern Zugang zu einem über Jahrzehnte, ja Jahrhunderte ausgebauten «Volksvermögen» sowie zu Sozialleistungen aller Art gibt.»

(Nobelpreisträger Gary Becker, «Neue Zürcher Zeitung», 8. 7. 2004)

Zuwanderung zum Sozialsystem stoppen

Noch gilt die Schweiz als Staat mit hoher Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft. Nur wird diese Bereitschaft ausgereizt, und der wachsende Unmut der Bevölkerung gegenüber einer grenzenlosen Einwanderung hat durchaus seine Gründe. Die Erwerbsquote der Neueinwanderer ist gegen



Ausländer beziehen dreimal häufiger Sozialhilfe als Schweizer.

über derjenigen der Vorgängergenerationen dramatisch gesunken. Der Anteil der Erwerbstätigen unter den Einwanderern hat sich seit 1990 von 53 Prozent auf 38 Prozent verringert. Wir beobachten vermehrt eine Zuwanderung zum Sozialsystem statt zum Arbeitsmarkt – eine Folge unseres ausgebauten Wohlfahrtsstaates. Eine freizügige Zuwanderung kann nur in einer freiheitlichen Marktwirtschaft funktionieren. Es strapaziert das Zusammenleben, wenn die Immigranten überproportional in der Arbeitslosigkeit (fast 40 Prozent), in der Kriminalität (54 Prozent), in der Invalidität (über 40 Prozent der IV-Leistungen), im Gesundheitssystem, in sonderpädagogischen Angeboten oder in der Fürsorge landen.

Wer sich nicht an die Regeln hält, muss gehen

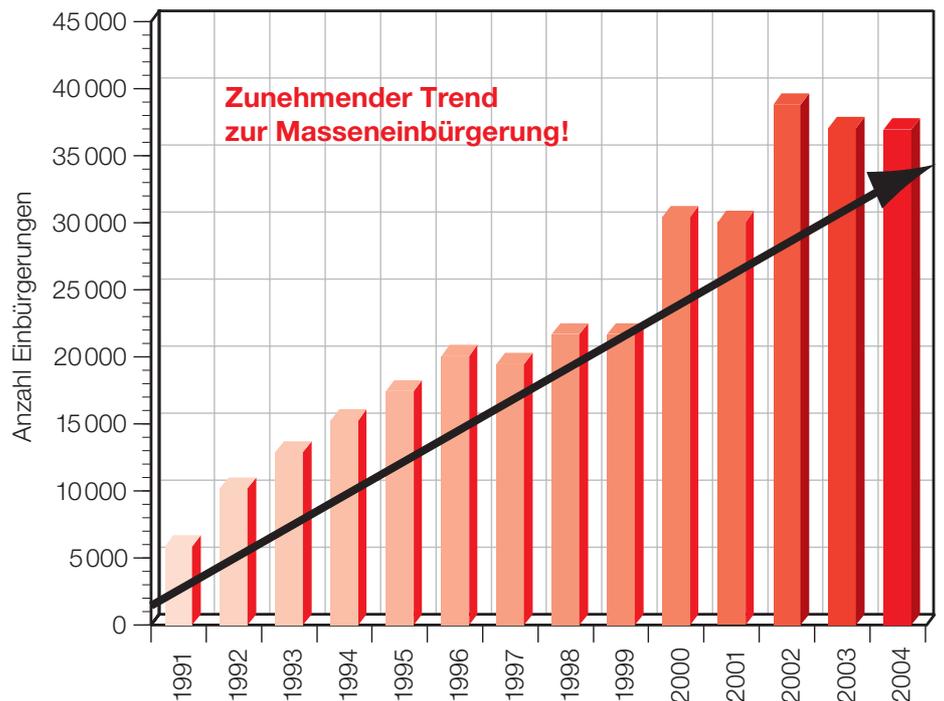
Noch herrschen keine Zustände wie in den französischen oder englischen Vororten. Dennoch ist Achtsamkeit geboten, dass nicht auch bei uns Parallelgesellschaften entstehen, die kaum Berührung mit der Schweizer Gesellschaftsordnung

haben und unser freiheitliches Gedankengut ablehnen. Wer in der Schweiz leben will, muss sich an die geltenden Regeln halten oder aber das Land verlassen. Auch das Problem der gegen 100 000 illegal anwesenden Personen – oft verharmlosend als «Sans papiers» bezeichnet – darf keinesfalls so «gelöst» werden, dass man diese einfach legalisiert. Vielmehr ist gegen die illegale Zuwanderung konsequent vorzugehen. Ebenso ist gegen die Unterhöhnung unseres Staates durch die

schleichende Einführung fremden Rechts vorzugehen. So sind die Richter gefordert, Recht auf der Basis unserer christlich-abendländischen Grundwerte zu sprechen und Praktiken, die diesen Grundwerten widersprechen (Frauenbeschneidung, Stellvertreterehe, «Ehrenmorde», «Vielweiberei», Frauendiskriminierung) nicht zu tolerieren. In der Schweiz hat Schweizer Recht zu gelten.



Die Einbürgerungspraxis in der Schweiz muss geändert werden!



Quelle: BfM



Einbürgerung als letzter Schritt der Integration

Für die SVP ist die Einbürgerung der letzte, nicht der erste Schritt der Integration. Die Schweizer Staatsbürgerschaft beinhaltet – weltweit einzigartig – die direkte Mitbestimmung in Bund, Kanton und Gemeinde auch bei Sachvorlagen. Dies bedingt ein hohes Mass an Integration, Verständnis für unsere

politischen Verhältnisse und gute Kenntnisse mindestens einer Landessprache. Die Einbürgerungsentscheide von Gemeindeversammlungen und Kommissionen sind zu akzeptieren. Die SVP bekämpft den Automatismus und das gerichtliche Beschwerderecht bei Einbürgerungen und lehnt das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer ab.

Standpunkte

Die SVP

- fordert eine Ausländerpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Schweiz orientiert;
- setzt sich für die strikte Durchsetzung schweizerischer Gesetze, Grundwerte und Regeln ein;
- fordert eine obligatorische, formelle Loyalitätserklärung jedes Einbürgerungswilligen zur Bundesverfassung und zur Rechtsordnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- lehnt die generelle Legalisierung illegal Anwesender ab und fordert ein striktes Vorgehen gegen die illegale Zuwanderung;
- lehnt die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer ab;
- hält fest, dass Integration nicht Sache des Staates, sondern Sache der Ausländer ist; an die Integration sind hohe Anforderungen zu stellen;
- fordert, dass nur in die Schweiz einwandern darf, wer sich verpflichtet, während mindestens 3 Jahren keine Sozialhilfe zu beziehen;
- verlangt, dass nur eingebürgert werden darf, wer zuvor eine Niederlassungsgenehmigung erworben hat;
- verteidigt das Recht der Bürgerinnen und Bürger, demokratisch über Einbürgerungen zu befinden, und lehnt jeglichen Automatismus in diesem Bereich ab;
- fordert, dass grundsätzlich nicht eingebürgert werden darf, wer eine IV-Rente, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe bezieht;
- fordert, dass ausländische Straftäter, welche schwere Delikte oder Gewaltverbrechen begangen haben, des Landes zu verweisen sind;
- fordert die Schaffung einer Rechtsgrundlage, um bei schweren Delikten oder Gewaltverbrechen jenen Tätern, welche in den vergangenen 5 Jahren eingebürgert worden sind, die schweizerische Staatsbürgerschaft wieder aberkennen zu können.

Der Bauer ist Unternehmer



Die Bundesverfassung und das Landwirtschaftsgesetz weisen dem Bauernstand bedeutende Aufgaben zu. Die Landwirte sollen verhindern, dass die Landschaft vergandet und dass sich abgelegene Gebiete entvölkern. Die Bauern haben einen Mindestgrad an Selbstversorgung mit hochwertigen, gesunden Produkten sicherzustellen. Sie erfüllen diese Aufgaben aber unter immer schwierigeren Bedingungen. Der Schweizer Bauernstand ist von zwei Seiten her bedroht: Die Linken hetzen gegen die Bauern, weil sie angeblich zu teuer produzieren und zu konservativ wählen. Die extremen Liberalisierer wiederum wollen die Bauern ganz dem freien Markt überlassen und vergessen, dass sie Aufgaben übernehmen, die nichts mit dem Markt zu tun haben: Sie schützen die Landschaft und sichern die dezentrale Besiedlung. Und wer ernährt die Bevölkerung im Notfall? Ein Bundesamt? Die SBB? Der Gewerkschaftsbund? Oder doch eher die Schweizer Bauern?

Zu den Kosten der Landwirtschaft

«Der öffentliche Verkehr kostet uns mittlerweile 7,6 Milliarden im Jahr. Doppelt so viel wie die ganze Landwirtschaft. Diese riesigen Flächen in den Gebieten der Alpen, des Juras, des Mittellandes werden erhalten für den halben Betrag der Bahndefizite!»

(Bundesrat Christoph Blocher, Rencontres nationales, Montreux, 11.11.2005)

Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft

Auch wenn die Landwirtschaft ein paar Besonderheiten aufweist, ist sie auch ein wichtiger Teil der Wirtschaft. Vor allem in ländlichen Gebieten kommt ihr eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung zu. In der Schweiz sind in der Landwirtschaft selbst sowie in den ihr vor- und nachgelagerten Betrieben rund 250 000 Personen beschäftigt; dazu kommen noch etwa 150 000 Männer und Frauen, die im Gross- und Detailhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätig sind. Eine wichtige Funktion erfüllt die Landwirtschaft zudem auch für den Tourismus, der ebenfalls ein wichtiges Standbein der Schweizer Wirtschaft darstellt.

Aus dem Vorschriftenkorsett befreien

Die Nahrungsmittelproduktion ist Sache der Bauern. Also sollen sie entscheiden, was sie produzieren, wie sie produzieren und wie viel sie produzieren. Hier braucht es nicht ausufernde agrarbürokratische Kontrollen. Die zunehmende Bevormundung und Gängelung der Bauern mit einer Flut von Formularen und Papieren muss ein Ende finden. Bei der Produktion soll jeder Landwirt sein eigenes unternehmerisches Risiko tragen und sich nach den Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten ausrichten. Hier soll grundsätzlich der Markt die erbrachten Leistungen bezahlen und über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Grundlage dazu ist ein



Raumplanungsgesetz, das den Bauern den nötigen unternehmerischen Spielraum bietet.

Leistungsabgeltungen sind keine Subventionen

Den Schutz des Lebensraumes und die dezentrale Besiedlung des Landes können die Bauern nicht zu üblichen Markt-

bedingungen gewährleisten. Darum entschädigt der Staat die Bauern mit Direktzahlungen. Das sind keine Subventionen, sondern Abgeltungen für erbrachte Leistungen. Sie werden ausgerichtet, ob der Bauer nun einen Gross- oder Kleinbetrieb besitzt, ob er voll- oder nebenberuflich Landwirtschaft betreibt, ob er arm oder reich ist.



Wettbewerb braucht gleiche Spiesse

«Durch den drastischen Abbau des Grenzschutzes geraten die inländischen Produzentenpreise und damit die Einkommen der Bauernfamilien immer stärker unter Druck. Wir Bauern wollen wettbewerbsfähiger werden. Dies ist aber nur in beschränktem Mass möglich, denn wir arbeiten in einem teuren Kostenumfeld, mit schwierigen topografischen und klimatischen Bedingungen und mit einschränkenden Auflagen. Wir haben zudem einen vom Volk abgesegneten Verfassungsauftrag zu erfüllen. Damit dieser erfüllt werden kann, ist eine überbordende, die Existenz der Bauernfamilien gefährdende Grenzöffnung zu bekämpfen.»

(Nationalrat Hansjörg Walter, WTO-Medienkonferenz, Genf, 28. 6. 2006)

Milliardenausfälle durch WTO

Die Situation für die künftige Landwirtschaft spitzt sich dramatisch zu: Im schlimmsten Fall setzt die WTO einen Zollabbau in der Höhe von drei Milliarden durch. Das hiesse konkret drei Milliarden weniger für die Landwirtschaft, was dem gesamten Verdienst der Schweizer Bauern entspricht. Bei zehn Milliarden Rohertrag ergäbe dies etwa 30 Prozent Ausfall. So kann der Bauernstand nicht überleben. Darum muss jetzt für die Zukunft eine neue Landwirtschaftspolitik gestaltet wer-



den, die den Bauern das Überleben und der Schweiz die Sicherstellung der Landschaftspflege und der Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln erlaubt.

Jenseits von Angebot und Nachfrage

Allzu oft vergisst man, dass die multifunktionale Landwirtschaft über die Nahrungsmittelproduktion und die Sicherung der dezentralen Besiedlung hinaus auch in Zukunft für unser Land Leistungen erbringen wird, die nicht in Franken und Rappen messbar sind. Sie bilden eine wichtige Basis für eine stabile Gesellschaft, für intakte Familienstrukturen, für unser Kulturgut, für eine gesunde Arbeitshaltung. Tüchtige, fleissige und eigenverantwortliche Bauernfamilien stellen das Rückgrat unseres Landes dar. Viele Bauern im Nebenerwerb sind eine wichtige Stütze in zahlreichen Gewerben und Unternehmen.

Standpunkte

Die SVP

- fordert eine Landwirtschaftspolitik, die im Interesse einer sicheren Versorgung unserer Bevölkerung mit einheimischen Produkten das Überleben der Bauern ermöglicht;
- setzt sich ein für mehr unternehmerische Freiheit für unsere produzierenden Bauern durch weniger Auflagen und weniger Gebühren, Abgaben und Steuern;
- fordert ein freiheitliches Raumplanungsgesetz;
- verlangt leistungsgerechte Direktzahlungen als Abgeltung des verfassungsmässigen Auftrags der Bäuerinnen und Bauern zur Landschaftspflege und zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung.



Die Landwirtschaft leistet einen massgeblichen Beitrag zur Erhaltung der Schönheit unseres Landes.

Leistung fordern – Leistung fördern



Im Bildungswesen teilen sich Bund und Kantone die Verantwortung. Diese Zusammenarbeit ist zu stärken, eine Zentralisierung aber abzulehnen. Reformen allein machen noch keine bessere Schule. Speziell die Volksschule muss zur Ruhe kommen, damit sich die Lehrer wieder auf ihre eigentliche Arbeit der Wissens- und Fähigkeitsvermittlung besinnen können. Disziplin, Fleiss und Leistung bilden das Fundament jeder erfolgreichen Ausbildung. Die bequeme, leistungsverweigernde Pädagogik der linken 68er-Generation ist folgeschwer gescheitert. Eine Pädagogik – sei es in Schule oder Elternhaus –, die nur aus kuscheliger Atmosphäre und Wohlfühlen besteht und jede messbare Leistung vermeidet, betrügt die Kinder um andere, ebenso wichtige Eigenschaften: Durchhalten, Verantwortungsbewusstsein, Leistungsbereitschaft, Zielorientierung. Es braucht wieder hohe Standards in der Bildung. Geld allein macht noch keine guten Schulen. Das zeigt

ein Vergleich mit anderen Ländern und deren Ergebnissen. Die Qualität hängt weniger vom Einsatz öffentlicher Mittel ab als vom Willen, Herausragendes zu leisten.

Volksschule: mehr Kompetenzvermittlung statt Reformitis

Allzu viele Schulabgänger weisen eklatante Schwächen in der Sprachfähigkeit auf, besonders in der Rechtschreibung. Manche Schulabgänger haben Mühe, überhaupt einen einfachen Text zu verstehen. Auch in Mathematik und Naturwissenschaften sind alarmierende Lücken festzustellen. Dabei gehören solche Grundfertigkeiten zu den selbstverständlichen und verbindlichen Zielen im Bildungswesen. Statt ständig auf Reformexperimente zu setzen, soll die Schule den Schülerinnen und Schülern wieder die grundlegenden Kernkompetenzen beibringen. Wo es nötig ist, sind fremdsprachige Schüler separat zu unterrichten, damit die Leistung und Qualität der Regelklassen nicht leidet. Dieser Unterricht ist von den Eltern mitzufinanzieren. Schüler müssen klar definierte Leistungen erbringen und sind an ihren Resultaten zu messen. Fehlende Disziplin, Gewalt, Zigaretten, Alkohol und Drogen dürfen an den Schulen nicht geduldet werden.

Ein kluges Wort

«Hohe Bildung kann man dadurch beweisen, dass man die kompliziertesten Dinge auf einfache Art zu erläutern versteht.»

(George Bernard Shaw, 1856–1956, Dramatiker, Schriftsteller und Nobelpreisträger)



Berufsbildung: duales System bewahren

Die Kombination von betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsfachschule (duales System) hat sich bewährt und ist ausländischen Modellen der Berufsbildung überlegen. Betriebe, die Lehrling ausbilden, sollen steuerlich entlastet werden. Die SVP lehnt die Schwächung dieses Systems durch die Einführung staatlicher Lehrwerkstätten ab. Vielmehr ist die Berufsbildung aufzuwerten und den Absolventen einer höheren Berufsbildung und der höheren Fachprüfungen ein angemessener Zugang zu den Fachhochschulen zu gewähren.



Voraussetzungen für Lehrstellen und Lehrlinge verbessern

Lehrlinge auszubilden, ist in den letzten Jahren unattraktiv geworden. Immer kompliziertere Auflagen, eine Verschulung der Lehre und höhere Kosten machen die Lehrlingsausbildung insbesondere für kleinere Betriebe unattraktiv. Gleichzeitig ist das Bildungsniveau der Volksschule so gesunken, dass die Schulabgänger oft den Anforderungen der Lehrbetriebe nicht mehr ge-

nügen. Der Konkurrenzdruck ausländischer Firmen, die auf den Schweizer Markt drängen und günstiger anbieten als Schweizer Firmen, die in den Nachwuchs investieren, erschwert die Situation zusätzlich. Ein akuter Lehrstellenmangel ist die Folge. Mit einer Steigerung des Bildungsniveaus und administrativen und steuerlichen Entlastungen für diejenigen Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, kann dieser Trend umgekehrt werden.

Gymnasien und Universitäten: höhere Anforderungen notwendig

Die höhere Bildung an Gymnasien und Universitäten hat die Folgen der 68er-Politik zu tragen. Das Niveau der gymnasialen Maturität ist gesunken, die Naturwissenschaften wurden massiv abgewertet. In der Wirtschaft fehlen schon heute Nachwuchskräfte, und Gymnasien und Universitäten werden bald international nicht mehr mithalten können. Die SVP fordert, dass wieder höhere Anforderungen an die Gymnasialisten und Studierenden gestellt und die Gymnasialzeit verkürzt wird. Insbesondere sind die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer zu stärken.

Die Gymnasialzeit soll eine umfassende Allgemeinbildung vermitteln und damit die humanistische Tradition des Abendlandes bewahren und stärken.





Mehr Autonomie und Marktwirtschaft an den Hochschulen

Die SVP unterstützt die ETH und die Universitäten in ihren Bestrebungen nach mehr Autonomie und marktwirtschaftlicher Ausrichtung. Diese Bildungseinrichtungen müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung von theoretischer Kompetenz, auf wissenschaftliches Arbeiten und auf die Spitzenforschung legen. Die Studienangebote sollen sich vermehrt auf die Anforderungen des Marktes ausrichten. An den wirtschaftlichen Bedürfnissen vorbei ausgebildete Studierende sorgen nicht für Wertschöpfung, sondern blähen im Gegenteil den Sozial- und Versorgungsstaat auf. Bildung ist ein wertvolles persönliches Gut, das auf einer eigenverantwortlichen Basis am besten gedeiht. Mit neuen Darlehenssystemen kann ein verantwortungsvoller Umgang mit den persönlichen und finanziellen Ressourcen im Bildungsbereich gefördert werden.





Zielgerichtete Forschung

Die vorhandenen Forschungsmittel sind vermehrt auf wachstumsrelevante Bereiche zu konzentrieren, die Wertschöpfung bringen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken. Zielgerichteten, überschaubaren inländischen Forschungsvorhaben ist bei staatlich finanzierten Projekten der Vorzug zu geben. Gleichzeitig sind aber die Rahmenbedingungen für die privat finanzierte Forschung zu verbessern. Um die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und den Hochschulen zu unterstützen, sind Steuerabzugsmöglichkeiten für in Forschung und Bildung investiertes Kapital vorzusehen. Die Innovationskraft wird gefördert, wenn sich die Forschenden am finanziellen Erfolg ihrer Forschungen beteiligen können.

Standpunkte

Die SVP

- fordert die separate Unterrichtung von fremdsprachigen Kindern, wo nötig; dieser Unterricht ist von den Eltern mitzufinanzieren;
- verlangt eine Steigerung des Bildungsniveaus der Volksschule durch strengere Lehrpläne und Leistungs- und Verhaltensbeurteilungen in Form von Noten;
- setzt sich ein, dass die Berufslehre nicht zugunsten der gymnasialen Ausbildung vernachlässigt wird;
- unterstützt die Förderung von Lehrstellen durch administrative und steuerliche Entlastungen für diejenigen Betriebe, die Lehrlinge ausbilden;
- will, dass die Fachhochschulen praxisorientierte und international anerkannte Abschlüsse erteilen können;
- fordert im Interesse der Qualität und der Effizienz eine vermehrte Konzentration des Hochschulangebots;
- verlangt die primäre Verwendung von Forschungsgeldern im eigenen Land.

Für sichere Sozialwerke

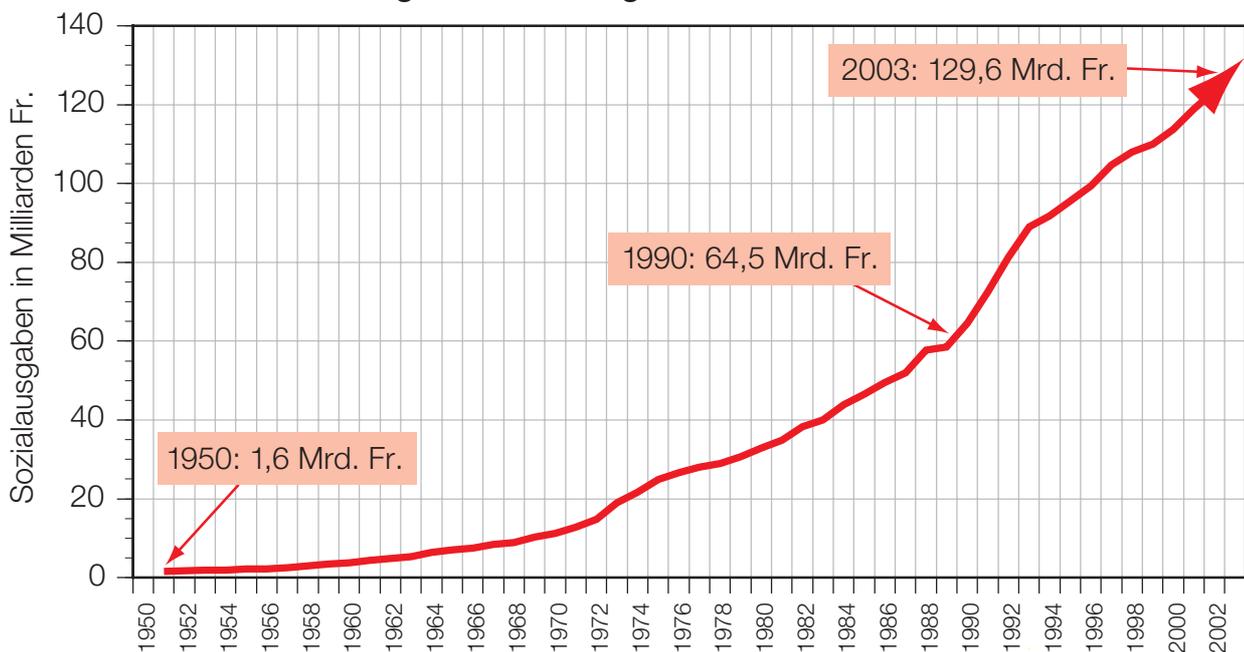
Wenn weiterhin eine Mehrheit den Sozialstaat mittragen soll, muss dieser eng definiert sein. Wer wirklich Hilfe braucht, soll Hilfe bekommen. Der ehrliche Arbeiter und Steuerzahler soll aber nicht für Scheininvaliden und Arbeitsscheue büßen. Es darf nicht sein, dass immer weniger Bürger arbeiten, Sozialabgaben leisten, Steuern zahlen und das Gefühl bekommen, sie seien in unserer Gesellschaft die Dummen. Im Jahre 1950 – kurz nach Einführung der AHV – betragen die Sozialausgaben in der Schweiz noch 1,6 Milliarden. Bis 1990 – vor Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes – erhöhten sich die Ausgaben auf 64,5 Milliarden. Darauf erfolgte der Dammbbruch: 2003 haben sich die Kosten auf gut 129 Milliarden

verdoppelt. Das heisst, dass sich gemessen an der volkswirtschaftlichen Leistung (Bruttoinlandprodukt) die Sozialausgabenquote von 19,3 (1990) auf 29,9 (2003) erhöht hat. Dabei fehlt es an einer Leistungskoordination zwischen den einzelnen Sozialversicherungen. Die Folge davon sind teure Überversicherungen.

Das Gegenteil von «Sozialabbau»

Wer angesichts solcher Zahlen von «Sozialabbau» spricht, hat jeden Bezug zur Realität verloren. Fast jeder dritte erwirtschaftete Franken fliesst heute in den Sozial- und Versorgungsstaat. Der ständige Ausbau ist unrealistisch, übersteigt

Entwicklung der Sozialausgaben in der Schweiz 1950 bis 2003



Quelle: BfS, Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit vom 29. 5. 2006

allmählich unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und geht auf Kosten der künftigen Generationen. Damit ist der Wohlfahrtsstaat als Gesamtes in Frage gestellt. Die Linken und ihre Mitläufer handeln unverantwortlich, wenn sie den Bürgern eine Totalversorgung zum Nulltarif vortäuschen. Denn diese lässt sich nur über ständig höhere Zwangsabgaben und neue Milliardenschulden finanzieren.

Altersversorgung sichern



Die AHV steckt wegen der demografischen Entwicklung in erheblichen Finanzierungsproblemen. Ohne Änderung der aktuellen Gesetzgebung wird dem AHV-Fonds Ende 2012 das Geld ausgehen. Darum setzt sich die SVP dafür ein, dass die AHV-Renten auch in Zukunft gesichert sind. Ab 2009 soll für Männer und Frauen ein Rentenalter von 65 Jahren eingeführt werden. Auf die Einführung einer nicht finanzierbaren Überbrückungsrente, die falsche Anreize setzt, ist zu verzichten. In einem zweiten Schritt muss 2008 zügig eine umfas-

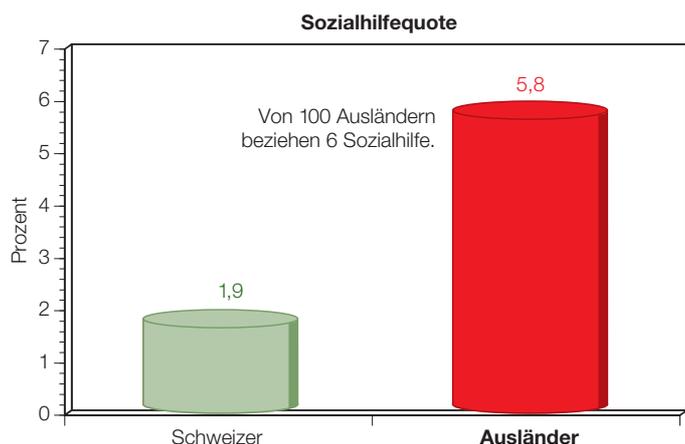
sende AHV-Revision durchgeführt werden, die flexible Lösungen nach dem Versicherungsprinzip beinhaltet. Zudem muss der Bundesanteil der überschüssigen Goldreserven der AHV zugute kommen.

Handlungsbedarf bei Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenversicherung (ALV) ist stark von der jeweiligen Konjunktursituation abhängig. Die Finanzierungssituation ist heute kritisch. 2003 bis 2005 hat die ALV gegen 5 Milliarden Defizit erzeugt. Mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit wird die ALV zusätzlich belastet. Zur längerfristigen Sicherung der Arbeitslosenversicherung und zur Verminderung der Anreize zum Missbrauch ist eine Anpassung an das OECD-Niveau nötig. Ebenso ist die missbräuchliche Verlängerung der Bezugsdauer durch die Kantone zu verhindern. Die Massnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt sind auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Hierbei sind auch die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) gefordert. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser aufwendig eingerichteten Zentren befriedigt bisher nicht.

Das Problem der Arbeitsscheuen

In den Städten nimmt die Zahl der Fürsorgeabhängigen im zweistelligen Prozentbereich zu. Unser Sozialstaat kommt an seine Grenzen. Dies nicht zuletzt aufgrund der Zuwanderung zum Sozialsystem. Zahlreiche Achtzehn- bis Fünfundzwanzigjährige werden nach Schule und Ausbildung direkt von der Fürsorge übernommen. Immer mehr Oberstufenschüler schreckt eine Zukunft als «Sozialhilfebezüger» nicht ab. Wer sich bereits in so jungen Jahren an den Versorgungsstaat gewöhnt, wird der Allgemeinheit über Jahrzehnte zur Last fallen. Die grosse arbeitende Mehrheit hat aber ein Recht auf Schutz vor dieser wachsenden Anspruchsmoralität. Es darf nicht sein, dass die Werk tätigen jeden gescheiterten Lebensentwurf oder gar eine falsche Migrationspolitik finanzieren müssen.



Hilfswerker definieren Armut

Wenn – wie es die Linken und manche Vertreter von Hilfswerken tun – eine Million Menschen unserer Bevölkerung grundsätzlich für «arm» erklärt wird, wird es immer Arme geben. Eine ganze Reihe von Interessengruppen haben sich inzwischen der Umverteilung verschrieben und schaffen mit fragwürdigen Standards immer mehr Bedürftige. So werden Ansprüche legitimiert, die unser gesellschaftliches Gefüge unterhöhlen und die Solidarität überstrapazieren. Der Sozialstaat muss im Sinne einer echten Fürsorge jenen unter die Arme greifen, die diese Hilfe wirklich benötigen. Und er hat abgewirtschaftet, wenn er nicht mehr unterscheidet zwischen Bedürftigen und Profiteuren

Eine linke Stimme zur Invalidenversicherung

«Es ist kein Missbrauch, wenn jemand das System geschickt für sich ausnutzt.»

(Beatrice Breitenmoser, SP, damals IV-Chefin, «Rundschau» von SF DRS, 8.10. 2003)

Schluss mit dem IV-Missbrauch durch Scheininvaliden

Die Invalidenversicherung wurde geschaffen, um Invalidität mit geeigneten, einfachen und zweckmässigen Eingliederungsmassnahmen zu vermindern oder zu beheben und allenfalls ökonomische Folgen der Invalidität auszugleichen. Immer häufiger wird diese Versicherung jedoch von Scheininvaliden missbraucht. Gegenwärtig schreibt die Invalidenversicherung deshalb jährlich rund 2 Milliarden Schulden. Seit Jahren macht die SVP auf Missbräuche in der Invalidenversicherung aufmerksam. Dass es eine wachsende Zahl «Scheininvaliden» gibt, ist mittlerweile als Tatsache akzeptiert. Dennoch steigen die Ausgaben für die IV kontinuierlich an: Betrugten sie 1990 noch 4 Milliarden pro Jahr, sind es heute dreimal so viel. Bezogen 1990 noch 164 000 Menschen eine IV-Rente, sind es heute 270 000. Jeder 5. Mann im 64. Lebensjahr bezieht eine IV-Rente. Gerade auch bei Staatsangestellten ist die Zunahme der IV-Fälle erschreckend. Den grössten Zuwachs verzeichnen die Fälle mit unklaren Befunden wie Rückenleiden oder psychische Krankheiten. Wenn jede persönliche Unpässlichkeit plötzlich als Einstieg für eine Rente genügt, muss man sich über diesen Anstieg nicht wundern. Die SVP verlangt für die Sanierung der IV nicht neue Milliarden, sondern eine neue Definition, wer invalid ist und wer nicht. Dazu gehört eine rückwirkende Überprüfung bereits gesprochener Renten. Die gegenwärtig laufende 5. IV-Revision wird nicht ausreichen, um die Probleme zu lösen. Die SVP hat deshalb bereits eine 6. IV-Revision gefordert.

Das Modell des roten Basel

«Der typische neue Sozialhilfe-Fall ist jung, ausländisch und arbeitslos.»

(Rolf Maegli, SP, Vorsteher der Sozialhilfe Basel-Stadt, «Basler Zeitung», 17. 4. 2003)

Neue Krankheitsbilder zum Einstieg in die Invalidität

«Eine Vielzahl neuer Krankheitsbilder dient als kaum überprüfbarer Einstieg in die Invalidität. Ich will Ihnen nur ein paar Beispiele nennen: **Soziale Phobie, Internet-Sucht, erhöhter Cholesterin-Spiegel, Übergewicht, Menopause, Reizdarmsyndrom, Schlafstörungen, Verstopfungen, Burnout-Syndrom, Hyperaktivität, starkes Schwitzen, Entwurzelungssyndrom, psychosoziale Depression, Tinnitus (Pfeifen im Ohr), Vitaminmangel.**»

(Bundesrat Christoph Blocher vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, 25. 10. 2004)



Standpunkte

Die SVP

- fordert eine umfassende Leistungskoordination zwischen den einzelnen Sozialversicherungen zur Vermeidung von Überversicherung;
- verlangt zur Sicherung der AHV
 - das Rentenalter 65 für Männer und Frauen;
 - die Zuteilung des Bundesanteils am Nationalbankgold an die AHV;
 - die Anpassung der ins Ausland bezahlten Renten an die lokale Kaufkraft;
- befürwortet eine umfassende IV-Revision zur Unterbindung des Missbrauchs durch
 - eine Anpassung der Leistungen;
 - eine Reduktion des Bezückerkreises durch Bekämpfung der Scheininvalidität;
 - die Anpassung der ins Ausland bezahlten Renten an die lokale Kaufkraft;
 - Anreize für Arbeitgeber zur Beschäftigung von potenziellen IV-Rentnern;
- fordert zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung
 - eine Verlängerung der Mindestbeitragsdauer;
 - eine Anpassung der Leistungsdauer und Leistungshöhe ans OECD-Niveau;
 - die Unterbindung der Verlängerung der Bezugsdauer durch die Kantone;
- lehnt die zunehmende Normendefinition durch Hilfswerker ab;
- Im Bereich der Sozialhilfe sind Anreize zu schaffen, dass sich Arbeiten lohnt (Bonus-Malus-System).

Unser Gesundheitssystem ist krank



Unser Gesundheitswesen krankt leider im Moment ebenso wie die Betroffenen, die dessen Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Als einzige Partei hat die SVP 1994 das Krankenversicherungsgesetz (KVG) bekämpft und auf die drohende Explosion der Prämien aufmerksam gemacht. Im Abstimmungskampf wurde dieser Einwand bestritten mit der Behauptung, die Prämien würden praktisch nicht ansteigen. Seither sind sie entgegen allen bundesrätlichen Prognosen dauernd gestiegen; seit der Einführung des KVG im Jahre 1996 um fast 70 Prozent! Die Menschen wissen kaum mehr, wie sie allmonatlich das Geld für ihre Krankenkasse aufbringen können. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist heute auf staatliche Prämienverbilligungen angewiesen. Die Prämienverbilligung lindert zwar den Druck, verschleiert gleichzeitig aber auch die Kostenexplosion und verhindert so die dringend nötigen Reformen. Ein solches Gesundheitssystem ist nicht mehr gesund. Durch zunehmend neue Aufgaben im Leistungskatalog sowie wegen mangelndem Sparwillen fast aller am Gesundheitswesen Beteiligten sind die Gesundheitskosten in alarmierendem Masse angestiegen.

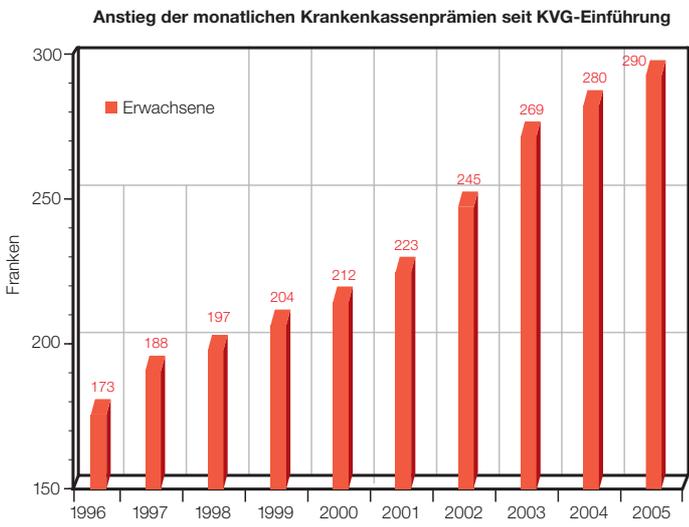
Ruth Dreifuss (SP) zu den Krankenkassenprämien

«Ich rechne damit, dass der Anstieg ab 1998 und 1999 gebremst wird.»
(«Tages-Anzeiger», 6. 10. 1996)

«Die Kostenentwicklung flacht ab von Jahr zu Jahr. (...) Unsere Massnahmen zur Kostendämpfung greifen jedes Jahr besser.»
(«Blick», 7. 7. 2001)

Gesundung dank Prämienenkungsinitiative

Der Bundesrat experimentiert im Gesundheitswesen plan- und konzeptlos herum. Eine Revision des Krankenversicherungsgesetzes ohne klare Zielsetzung verkommt zu einer Dauerbaustelle ohne greifbare Resultate. Eine KVG-Revision ist gescheitert, und die laufende, wenig koordinierte Detailrevision auf Gesetzes- und Verordnungsebene bleibt ohne Wirkung. Die SVP-Prämienenkungsinitiative ist im Moment das einzige brauchbare Konzept zur Verhinderung der Kos-



Quelle: Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2005



tenexplosion. Sie schafft die notwendige Verfassungsbestimmung, um eine auf Transparenz ausgerichtete Gesundheitspolitik des Bundes zu ermöglichen. Ziel ist es, alle Leistungen mit einer Vollkostenrechnung durchschaubar zu machen. Leistungserbringer und Nachfrager sollen wirtschaftliche Freiheit bekommen, ohne dass die Versicherten auf ein auswählbares, obligatorisch versichertes und vorbehaltlos zugängliches Grundleistungsangebot verzichten müssen.

Was gehört zur Grundversorgung?

Die Gesundheitskosten betragen heute über 50 Milliarden im Jahr. Die Prämien sind für allzu viele unbezahlbar geworden. Darum verlangt die SVP eine solide, leistungsfähige Grundversicherung und tiefere Prämien. Notwendig ist ein transparenteres Gesundheitswesen mit Anreizen zu besserem Kostenbewusstsein bei Versicherten, Versicherern, Ärzten, Pharmaindustrie, Therapeuten und Spitälern. Wir stellen uns der unbequemen Frage, was in die Grundversicherung gehört und was eben nicht. Wo endet die medizinische Grundversorgung und wo beginnt der Wellness-Bereich, der uns allen zwar gut tut, dessen Kosten aber nicht die Allgemeinheit bezahlen muss? Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert die Gesundheit als «Zustand völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens». Wer die Gesundheit so weitgehend definiert, treibt die Kosten dermassen in die Höhe, dass letztlich das ganze System zusammenbricht. Darum fordert die SVP eine solide Grundversicherung mit tiefen Prämien.

Kampf den Drogen

Rauschgifte sind keine Genussmittel, sondern Stoffe, die in kürzester Zeit zu Abhängigkeit führen und Körper und Geist zerstören. Ziel der Drogenpolitik der SVP ist es, den Drogenhandel zu bekämpfen, den Einstieg in den Konsum zu verhindern und die Süchtigen in die Suchtfreiheit zu führen. Die

Legalisierung so genannt «weicher Drogen» wie Haschisch oder Marihuana wird strikt abgelehnt. Diese Pflanzen sind alles andere als harmlos und weisen heute einen THC-Gehalt auf, der weit höher und damit gefährlicher ist als die Ursprungsgewächse. Die SVP wendet sich auch gegen die staatliche Verabreichung von Drogen an Süchtige. Denn die Heroinabgabe führt nicht zur Heilung der Drogenkranken, sondern entspricht einer staatlich unterstützten Verlängerung der Drogensucht. Hart vorzugehen ist auch gegen den Verkauf und Konsum von Kokain und von so genannten Partydrogen.



Standpunkte

Die SVP

- fordert mittels Volksinitiative eine solide, schlanke Grundversicherung mit tiefen Prämien;
- verlangt eine transparente Gesundheitspolitik mit Vollkostenrechnung;
- fordert eine leistungsfähige Grundversicherung mit besseren Anreizen zum Kostenbewusstsein bei allen Beteiligten des Gesundheitswesens;
- wendet sich gegen eine planwirtschaftliche «Staatsmedizin» und kämpft statt dessen für Wahlfreiheit und Wettbewerb im Gesundheitswesen;
- setzt sich für eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung ein – insbesondere auch im ländlichen Raum;
- lehnt die Legalisierung jeder Art von Drogen ab.

Probleme lösen statt verdrängen



Rot-grüne Verkehrspolitik: Stau!

Ein funktionierender Verkehr bildet die Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft und für unseren Wohlstand. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) setzt aber unter der Leitung von Bundesrat Leuenberger (SP) lieber auf Verhinderungs- und Verteuerungspolitik. Mit dem ideologischen Mahnfinger werden Autofahrer ermahnt, diskriminiert und schliesslich zur Kasse gebeten. Die SVP wehrt sich gegen diese Politik und verteidigt die freie Wahl des Verkehrsmittels. Die Mobilität benötigt alle Verkehrsträger: Strassen, Schiene, Wasser und Luft, den privaten wie den öffentlichen Bereich. Kein Verkehrsträger soll aus ideologischen Gründen diskriminiert werden.

Verkehrspolitik auf der Verliererstrasse

Die schweizerische Verkehrspolitik gehört zu den grossen Verliererinnen der letzten Jahre: Ob Flugverkehr (Flugsicherheit, Luftverkehrsabkommen mit Deutschland, Swiss-Milliarden), Strassenverkehr (Transitgeschenke an die EU, Stau, wachstumsfeindlicher Agglomerationsverkehr) oder Schienenverkehr (Neat-Milliardenloch, unattraktiver Güterverkehr, jährliche Milliardendefizite bei der Eisenbahn) – in all diesen Dossiers agiert Bundesrat Leuenberger höchst unglücklich.

Verlagerungspolitik auf Schiene gescheitert

Die Eisenbahnrechnung wies schon 2002 ein Defizit von 7,598 Milliarden aus. Die gemäss bundesrätlichen Versprechungen angepeilten 650 000 verlagerten Lastwagen bis ins Jahr 2009 werden wohl kaum erreicht. Mitte der Achtzigerjahre lief sogar ein grösserer Anteil der Gütertransporte über die Schienen als heute. Trotz Milliardeninvestitionen ist keine echte Verlagerung erkennbar. Die Verlagerungspolitik ist also gescheitert – und niemand gibt es zu. Durch die Bilateralen Verträge holten wir uns Hunderttausende EU-Lastwagen ins Land – obschon der Bundesrat den Stimmbürgern versichert hat, die Verträge würden «keine Lastwagen-Lawine» nach



sich ziehen. Aus europapolitischen Rücksichten ist man den Forderungen der EU weitgehend nachgekommen. Die Schweiz verlangte ursprünglich 600 Franken pro Transifahrt. Am Ende brachte es der Verkehrsminister auf lächerliche 325 Franken. So kann keine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene erfolgen. Ebenso störend ist, dass für die inländischen Transporteure strengere technische Auflagen gelten wie für diejenigen aus der EU.

Die Kosten der Eisenbahn-Grossprojekte entwickeln sich ganz anders, als damals bei der Abstimmung vorgegaukelt. Die Schere zwischen Versprechungen und effektiven Kosten klafft immer weiter auseinander.

Das Neat-Milliardenchaos

Das Schweizer Stimmvolk sagte im September 1992 Ja zur Neuen Europäischen Alpen-Transversale (Neat). Doch zu welcher Neat? Im Abstimmungskampf sollte die Neat rund 10,8 Milliarden kosten – inklusive Kredite für Unvorhergesehenes. Mittlerweile werden bereits 24 Milliarden veranschlagt. Laut



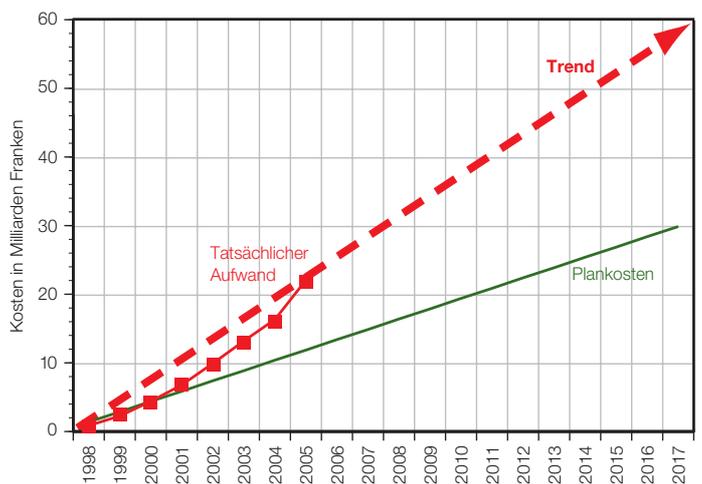
NEAT: nicht nur ein Loch im Berg, sondern auch in der Bundeskasse.

Der rote Filz in der Verkehrspolitik

Bundesrat Moritz **Leuenberger** (SP), Chef des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK); UVEK-Generalsekretär Hans **Werder** (SP); ehem. SBB-CEO Benedikt **Weibel** (SP); Cargo-Direktor Daniel **Nordmann** (SP, Psychologe und alt Gewerkschafter); SP-Ständerat Ernst **Leuenberger** (langjähriger Präsident der Eisenbahner-Gewerkschaft und der zuständigen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen); Nationalrat Peter **Vollmer** (SP, Direktor Verband öffentlicher Verkehr VÖV).

der Risikoanalyse könnten die Kosten für die beiden Achsen noch einmal um weitere Milliarden ansteigen, und es drohen Milliardendefizite bei den Betriebskosten. Ausserdem zeigt sich, dass die Darlehen des Bundes, mit denen 25 Prozent der Investitionen finanziert wurden, nicht wie versprochen zurückbezahlt werden können.

Entwicklung der Kosten der Eisenbahn-Grossprojekte



Probleme mit dem Flugverkehr

Die SVP hat das desaströse Bundes-Engagement an der Fluggesellschaft Swiss von allem Anfang an energisch bekämpft. Die Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Die andern sprachen von rosigen Perspektiven, Top-Kapitalisierung und besten Aussichten für kommende Allianzen. Doch die Swiss schrieb jeden Tag Verluste von eineinhalb Millionen. Mittlerweile sind 2,5 Milliarden der öffentlichen Hand vernichtet. Die Firma wurde dramatisch reduziert und hat ihre Selbstständigkeit verloren. Die Verhandlungen Bundesrat Leuenbergers über ein Luftverkehrsabkommen mit Deutschland erwiesen sich als Debakel. Uns wurde von Deutschland gegen die Interessen des Flughafens ein einseitiges Abkommen aufgezwungen. Das neue Anflugregime diskriminiert die Schweiz und macht Hunderttausende wütend und schlaflos. Es ist höchste Zeit, dass neue Verhandlungen hier Abhilfe schaffen.



Das Resultat der Politik von Bundesrat Leuenberger (SP).

Flughafen-Infrastruktur sichern

Unsere Flughäfen sind Drehscheiben des regionalen und internationalen Handels und des Tourismus. Die Infrastruktur der Flughäfen ist eine wesentliche Basis unserer Wertschöpfung und verdient auch die notwendigen Rahmenbedingungen. Die technische Entwicklung der Flugzeuge macht eine ständige Weiterentwicklung der Infrastruktur nötig. Während der Bundesrat bei der Bahn aber alle Hebel in Bewegung setzt, um die Infrastruktur auszubauen, wird den Flughäfen kaum Beachtung geschenkt. Das Verbandsbeschwerderecht erweist sich dabei auch hier als zusätzlicher Hemmschuh für die Entwicklung, ebenso die Plafonierung von Flugbewegungen. Anstatt die Flughäfen zu behindern, ist ihnen der nötige Freiraum zu gewähren. Die SVP setzt sich auch dafür ein, dass ein Teil der Mineralölsteuern, die der Flugverkehr an den Bund abliefern, an die Flughäfen für den Unterhalt der Infrastruktur zurückfliesst.

Verflüssigung statt Abzockerei und Verhinderungspolitik

Vom gesamten Personenverkehrsaufkommen bewältigt der Individualverkehr gegen 80 Prozent. Im inländischen Güterverkehr beträgt der Anteil des privaten Nutzfahrzeugverkehrs rund 86 Prozent. Der Kollektivverkehr wäre niemals in der Lage, die Transportbedürfnisse unserer Volkswirtschaft zu befriedigen. Darum bekämpft die SVP die zunehmende Verketzerung und Kriminalisierung der Bürgerinnen und Bürger am Steuer. Die offensichtliche Abzockerei durch horrende Bussen und Herabsetzung der Geschwindigkeitstoleranz darf nicht hingenommen werden. Die Autofahrer entrichten heute schon 7,6 Milliarden Abgaben, wobei die Strassen nur 6,8 Milliarden kosten. Ziel der linken Verkehrspolitik unter der Ägide von Bundesrat Leuenberger ist es, den Verkehr durch Stau oder Strassenzölle (Road Pricing bzw. Mobility Pricing) zu behindern und so die Mobilität von Bürgern und Wirtschaft ein-

zuzuschränken. Dabei wird die Benachteiligung von Randgebieten bewusst in Kauf genommen. Seit Inkrafttreten des schlecht verhandelten Landverkehrsabkommens kämpft die Schweiz mit permanentem Stau. Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA hat nur dem Gewerbe geschadet, statt den Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Die SVP fordert eine Verflüssigung des Verkehrs durch Investitionen in die Strasseninfrastrukturen.



Standpunkte

Die SVP

- tritt ein für die freie Wahl der Verkehrsmittel und lehnt verkehrsbehindernde Schikanen wie das Mobility Pricing oder die Plafonierung der Anzahl Flugbewegungen ab;
- fordert die sofortige Fertigstellung der beschlossenen Teile des Nationalstrassennetzes und die Inangriffnahme der Engpassbeseitigung;
- wehrt sich gegen schlecht geplante, überbeuerte Verlagerungsprojekte auf die Schiene;
- verlangt eine transparente, sichere Kostenschätzung über die Eisenbahn-Grossprojekte und eine zweite Volksabstimmung über die FinöV-Kosten und deren Finanzierung;
- fordert eine Neuordnung des Transitverkehrs, insbesondere des Schwerverkehrs auf der Nord-Süd-Achse;
- fordert Neuverhandlungen mit Deutschland über den Flugverkehr mit dem Ziel der Rückkehr zum alten Anflugregime;
- setzt sich für die Entwicklung der Flughäfen zugunsten von Wirtschaft und Tourismus ein;
- verlangt den Ausbau des Strassennetzes, insbesondere in den Agglomerationen.

Die neuen Abzockautomaten – bare Schikane für die Verkehrsteilnehmer.

Energie:

Sichere Versorgung mit günstiger Energie

Die Energiepolitik der Schweiz steht an einem Scheideweg. Mit dem Auslaufen der Stromverträge mit französischen Kernkraftwerkbetreibern und dem Ende der Betriebsdauer der KKW's Beznau I und II sowie Mühleberg wird die Schweiz spätestens ab 2020 ein gravierendes Stromversorgungsproblem haben. Der Energieverbrauch nimmt nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit rasant zu. Es müssen Massnahmen getroffen werden, damit unser Land auch in Zukunft über eine sichere und günstige Stromversorgung verfügt. Die Idee einer 2000-Watt-Gesellschaft ist eine Utopie, die uns nicht weiterbringt. Es geht nicht an, aus ideologischen Gründen auf eine sichere Energieversorgung für unser Land und seine Bevölkerung zu verzichten. Auch bei gesteigerter Energieeffizienz und Sparmassnahmen wird der Energiebedarf in Zukunft nicht mehr gedeckt werden können. Das Problem ist sofort anzupacken.

Strom aus einheimischer Produktion

Die Schweiz ist in der glücklichen Lage, über weitreichende Wasserressourcen zu verfügen. Die schweizerische Stromproduktion stützt sich auf die zwei Hauptpfeiler Wasser- und Kernkraft. Diese machen mit gut 95 Prozent den Grossteil



Atomstrom ist CO₂-neutral.

unserer Energieversorgung aus. Alternative Energieformen können selbst bei starker Förderung im Jahre 2035 maximal 10 Prozent unseres Energiebedarfes decken und somit die bewährten Energieträger Wasser und Kernkraft nicht ersetzen. Der Ausbau der Wasserkraft ist im Auge zu behalten. Gleichzeitig ist aber schon heute der Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke durch neue effiziente Kernkraftanlagen planerisch an die Hand zu nehmen. Vorräte sind genügend vorhanden. Die heute noch offene Frage der Entsorgung der Abfälle ist rasch und im Inland zu lösen.

Saubere Energie – besserer Umweltschutz

Die effizientere Nutzung der Kernenergie bietet saubere Energie und kann einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Problems leisten. Die Schweiz hat einen hohen Standard im Bereich des Umweltschutzes erreicht. Zahlreiche Emissionsgrenzwerte sind strenger als die europäischen Grenzwerte. Weitere Massnahmen drängen sich nicht auf. Wenn jedoch durch den Fortschritt der Wissenschaft wie beispielsweise durch die effizientere Nutzung von Kernenergie weitere positive Effekte erzielt werden können, ist dies zu begrüssen.

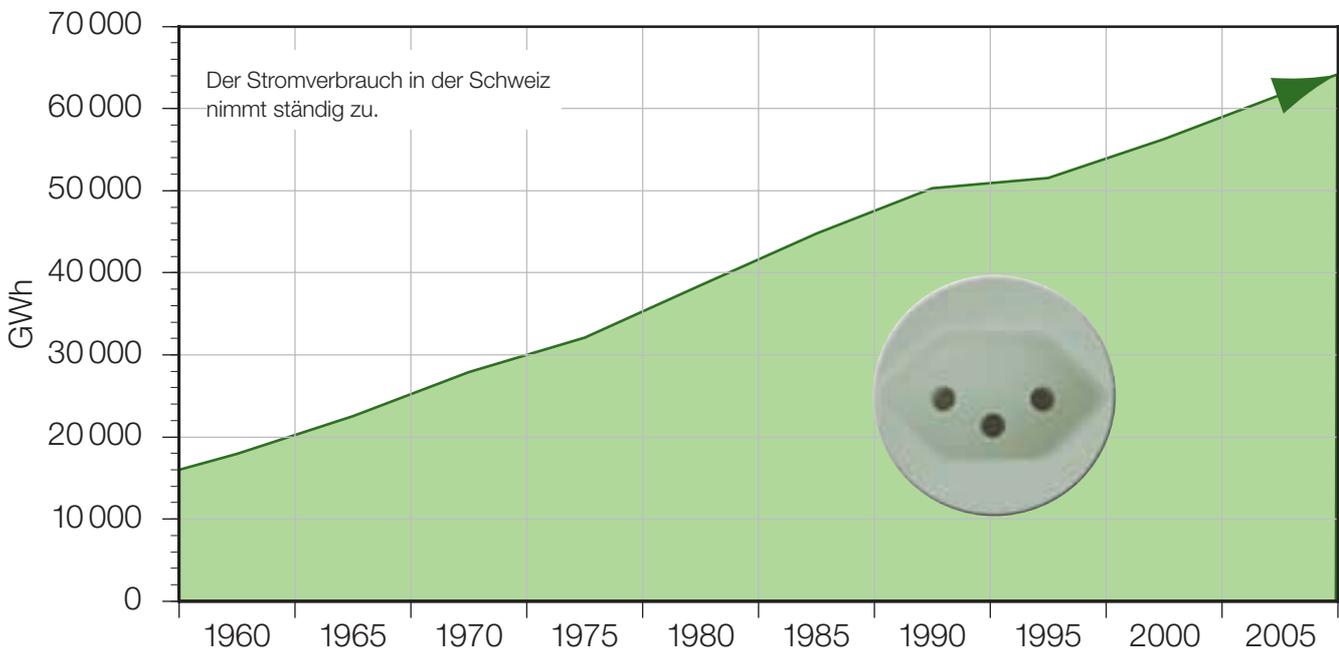


Biomasse von wachsender Bedeutung

Energie aus Biomasse hat das Potenzial, in Zukunft neben der Wasserkraft eine der wichtigsten alternativen Energieformen zu werden. Ihre CO₂-Neutralität ist insbesondere im Hinblick auf die laufenden Verpflichtungen der Schweiz in Bezug auf das Kyoto-Protokoll von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig ist sie eine der wenigen nachwachsenden einheimischen Ressourcen für die Energieproduktion. Holz ist dabei die mit Abstand wichtigste Biomasse-Ressource der Schweiz. Daneben gibt es aber noch weitere Möglichkeiten, Energie aus Biomasse zu gewinnen. Hierbei ist insbesondere auf eigens zur Energiegewinnung erzeugte Biomasse wie Raps oder Zucker zu verweisen. Beide Stoffe können dazu verwendet werden, die Abhängigkeit von fossilen Energie-



Stromverbrauch in der Schweiz 1960 bis 2005

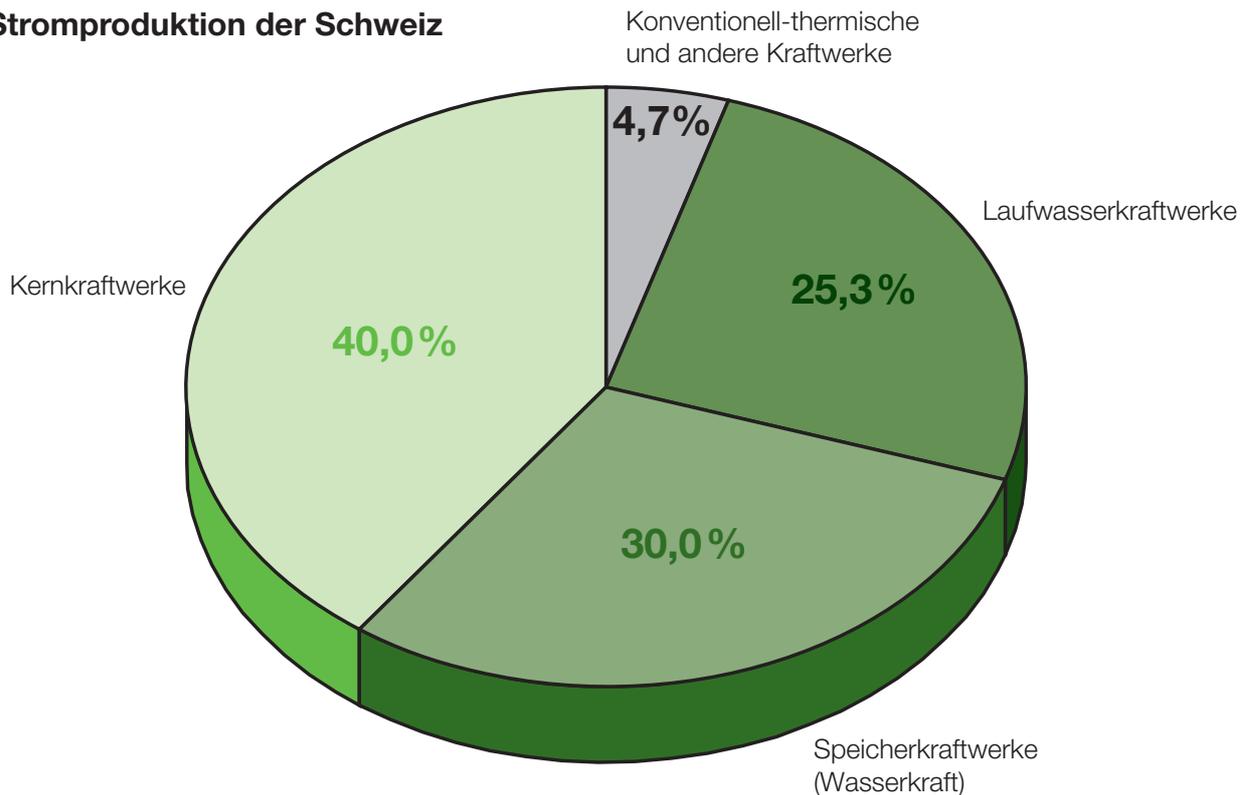


trägern im Treibstoffbereich zu vermindern. Die Erzeugung von Biomasse ermöglicht ausserdem die Erschliessung neuer Betätigungsfelder für die einheimische Land- und Forstwirtschaft. Günstige Rahmenbedingungen für diese Bereiche erlauben es diesen Wirtschaftszweigen, einen wichtigen Beitrag zur einheimischen Strom- und Treibstoffproduktion zu leisten.

Günstige Energie statt Ideologiebatzen

Eine günstige Energieversorgung ist zentral für unser Land. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes versuchen linke Parteien mit tatkräftiger Unterstützung ihres zuständigen Bundesrates immer wieder, die Energie mit zusätzlichen Steuern und Abgaben zu belasten und zu verteuern. Sie nützen damit nicht der Umwelt, sondern schaden unserer Wirtschaft. Darum lehnt die SVP die CO₂-Abgabe und jede «ökologische Steuerreform» ab. Unsere Kern- und Wasserkraftwerke produzieren schadstoffarme einheimische Energie zu günstigen Preisen.

Die Stromproduktion der Schweiz



Standpunkte

Die SVP

- befürwortet die Weiterführung der Kernenergie als sichere, saubere und die Unabhängigkeit sichernde Energieform. Damit wird ein Beitrag gegen die Klimaerwärmung geleistet;
- befürwortet den Ausbau der Wasserkraft (insbesondere Pumpspeicher-Kraftwerke);
- begrüsst die Verwendung von erneuerbarer, günstiger einheimischer Energie wie etwa Biomasse sowie die Festlegung von Rahmenbedingungen, welche diesen Energieformen eine Entfaltung im Markt ermöglichen;
- lehnt Initiativen ab, welche zu neuen Abgaben und Umverteilungsaktionen führen.



Medien:

Vielfalt statt Einfach



Der Freiheit der Medien kommt in jeder Demokratie eine zentrale Bedeutung zu: Fernsehen, Radio und Presse sind für die Meinungsbildung und Meinungsverbreitung entscheidend. Leider steht es mit der Meinungsvielfalt in unserem Land nach dem Durchmarsch der linken 68er-Generation durch die Medienlandschaft schlecht.

Längst wird nicht mehr fundiert und kritisch berichtet, sondern einseitig und monoton. Einige wenige Zeitungsverlage bringen unter verschiedenen Titeln immer dieselben Berichte und Kommentare. Monopolistische und zwangsfinanzierte Fernseh- und Radioanstalten verhindern echten Wettbewerb und Vielfalt. Die Staatsverwaltung führt grosse eigene PR-Apparate, die ihr helfen sollen, ihre Ziele durchzusetzen.



Eine repräsentative Umfrage

«Zusammen mit Télévision Suisse Romande (TSR) hatte «Le Temps» ein Meinungsforschungsinstitut beauftragt, die Berufsrealität von 200 repräsentativ ausgewählten West- und Deutschschweizer Journalisten zu untersuchen (...).

Der Anteil an Wählerinnen und Wählern linker Parteien ist bei den Journalisten mit 60 Prozent doppelt so gross wie bei der Gesamtbevölkerung.»

(«Der Bund», 25. 9. 2001)



Das Gift der Staatspropaganda

Die verdeckte, aber zielgerichtete Einflussnahme unserer Regierung auf die Meinungsträger in unserem Land hat zu einer Angleichung der Presse und der Medien geführt. Unsere Zeitungen verbreiten weitgehend die gleiche gouvernementale linksliberale Botschaft; Unterschiede gibt es nur noch in der Tonlage. Bundesbern hat es nicht mehr nötig, nach den Medien zu greifen, denn es hat sie schon weitgehend in der Hand. Schätzungsweise 750 so genannte Kommunikationsberater teilen sich 290 Vollzeitstellen in der Bundesverwaltung. Dies ist für unser Land gefährlich, denn die Demokratie



ist die Staatsform der Alternativen: Es kann nur unterschiedliche, nicht falsche oder richtige Meinungen geben.

Mehr Wettbewerb für Radio und Fernsehen

Der Staat soll höchstens die Grundversorgung mit Radio und Fernsehen abdecken. Diese muss ein Minimum an Information, Kultur und Unterhaltung gewährleisten. Auch die Versorgung der Randregionen mit Kommunikations- und Mediendienleistungen ist sicherzustellen. Für diese Aufträge erhebt die SRG ihre Gebühren. Die Sicherstellung der Grundversorgung erfordert aber keine Monopolstellung. Spartenprogramme wie Jugendradio, Jazzradio oder volkstümliche Sender gehören nicht zur Grundversorgung. Hier soll der Wettbewerb spielen, so dass private Anbieter die gleich langen Spiesse haben wie die SRG. Privaten Sendern soll zudem insbesondere mit weniger Werbeverboten Raum gelassen werden. Zudem darf die Privatisierung der SRG kein Tabu sein.

Für eine vielfältige Zeitungslandschaft

Durch einen zunehmenden Konzentrationsprozess ist heute die Zeitungsvielfalt ebenso bedroht wie die Meinungsvielfalt. Regionale unabhängige Zeitungen werden immer rarer. Einige Wenige diktieren die Meinung, welche die Presse zu vertreten hat. Die SVP setzt sich ein für eine Meinungs- und Pressefreiheit, die diesen Namen verdient. Den wirksamsten Beitrag an die Erhaltung einer vielfältigen Zeitungslandschaft könnte der Bund durch den konsequenten Verzicht auf eigene PR-Agenten, Kommunikationsbeauftragte und eigene Hochglanzbroschüren leisten. Je mehr Regierung und Verwaltung die Diskussion öffentlicher Angelegenheiten den Medien überlassen, desto attraktiver und vielfältiger werden die Berichte und Meinungen.

Für fairen und professionellen Journalismus

Guter Journalismus soll fair, sachlich und professionell sein. Motiv eines guten Journalisten muss es sein, die Wirklichkeit





abzubilden statt seinem politischen Standpunkt zum Durchbruch zu verhelfen und ihm missliebige Personen oder Parteien zu verunglimpfen. Seltsamerweise unterscheiden sich die Sachberichte über politische und wirtschaftliche Ereignisse immer mehr, während sich die Meinungsspalten oft bis ins Detail gleichen. Bei einem guten Journalismus müsste es eigentlich umgekehrt sein. Der Missbrauch einer nationalen oder regionalen Monopolstellung zum Kampagnenjournalismus ist zu verurteilen. Es darf nicht sein, wenn statt einer vielfältigen und unabhängigen Ausbildung die Konzerne ihre Macht auch für die direkte Aus- und Weiterbildung der Journalisten ausnutzen.

Standpunkte

Die SVP

- setzt sich ein für die Meinungs- und Angebotsvielfalt in der Medienlandschaft;
- verlangt ein Unterbinden der Staatspropaganda durch PR-Beauftragte der Verwaltung;
- fordert substanzielle Gebührensenkungen beim monopolistischen Radio und Fernsehen sowie mehr Werbefreiheit für die privaten Anbieter;
- erwartet eine Medienlandschaft mit funktionierendem Wettbewerb, vielfältigem Angebot und unabhängiger Journalistenausbildung.

Kultur ist Sache der Kultur



Kultur ist das menschliche Streben und Schaffen zur Verwirklichung seelischer und geistiger Werte. Sie kann vom Staat nicht «verordnet», aber allenfalls gefördert werden. Die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt des Landes haben uns bislang vor einer «Staatskultur» und entsprechenden Fördermassnahmen bewahrt. Denn jede «Staatskultur» (auch die Unterordnung unter den EU-Kulturdirigismus) gefährdet die kulturelle Freiheit und Vielfalt und führt zu korruptionsähnlichen Mauseheien zwischen Politikern und Kulturschaffenden. Stattdessen ist das private Mäzenatentum gezielt zu fördern und steuerlich zu begünstigen. Kultur ist grundsätzlich weder Sache des Bundes noch der Kantone noch der Gemeinden. Kultur ist primär Sache der Kultur. Somit kann die staatliche Kulturpolitik lediglich ergänzenden Charakter haben.

Wider die subventionierte Mitte-links-Kultur

Bei einer nationalstaatlich geförderten Kultur besteht die Gefahr, dass die Regierung jene Kultur bevorzugt, die ihr politisch nahe steht. So hat der Bundesrat, der jahrelang einen Mitte-links-Kurs verfolgte, auch eine entsprechende Kultur gefördert. Mit Hilfe staatlicher Kulturstiftungen wurden selektiv bestimmte Ausdrucksformen der Kultur und der Kulturkritik betont, ohne dass eine entsprechende wirtschaftliche und durch die Nachfrage gestützte Basis vorhanden gewesen wäre. Die Problematik der öffentlichen Förderung liegt darin, dass diese ihrem Wesen nach immer selektiv und gegenüber allen Nichtgeförderten diskriminierend ist.

Volkskultur ist gelebte Kultur

Volkskultur erfährt kaum staatliche Förderung. Sie lebt vom freiwilligen und enthusiastischen Engagement von Einzelnen und von Vereinen. Laientheater, Gesangsvereine, Musikformationen, Trachtengruppen bis hin zu Guggenmusiken; sie alle streben weniger nach abstrakten Auszeichnungen von internationalen Kulturkritikern als vielmehr nach dem, was Kultur im Wesen ausmacht: das Bedürfnis, etwas zu schaffen, was Freude macht. Sie alle schaffen damit echte gelebte Kultur, nahe am Bedürfnis des Publikums. Je mehr die staatliche Förderung der Kultur wächst, desto mehr geht diese gelebte Volkskultur verloren. Staatliche Förderung kann somit dort, wo sie nicht fördert, zerstörerisch wirken.

Etatismus oder Freiheit?

In der Kulturpolitik und insbesondere in der Filmförderung stellt sich die Frage, ob sich die etatistische oder die freiheitliche Linie durchsetzt. Das Infragestellen und Streichen von Fördermitteln darf nicht mit «Zensur» verwechselt werden. Das Kulturschaffen darf und soll auch gesellschafts- und staatskritisch sein, denn dies ist eine ihrer wichtigen Funktionen. Kultur muss nicht einfach nur «gefallen» und unterhalten,

sie soll auch zum Nach- und Mitdenken und Mitfühlen anregen und anstiften. Gegen eine eigenständige «linke Kulturszene» ist so wenig einzuwenden wie gegen eine klassische «bürgerliche» Opern-, Konzert- und Schauspielkultur oder Kulturereignisse im Bereich Volkstümliches und Folklore. Kein Kulturbereich hat einen verbrieften Anspruch auf staatliche Förderung oder kann einen fixen Anteil am «Kuchen» der Kulturförderung erheben. Ebenso wenig soll Kulturpolitik dazu dienen, einer bestimmten Kultur zur Dominanz zu verhelfen beziehungsweise einer anderen entgegenzuwirken.

Angebot und Nachfrage auch in der Kultur

Je zentraler und je nationaler die Kulturförderung betrieben wird, desto fragwürdiger wird sie. Öffentliche Kulturförderung auf lokaler und regionaler Ebene ist darum weniger problematisch, weil es zu einem «Wettbewerb der Förderer» und einer Vielzahl politischer und geschmacklicher Schattierungen kommt. Die SVP will auch in der Kulturpolitik den Wettbewerb der Ideen und das marktwirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage spielen lassen. Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt. Wer Kitsch konsumieren will, soll dies ebenso können wie jene, die Kunst-Performances an der Grenze des guten Geschmacks als Kultur geniessen. Dies darf aber nicht mit Steuergeldern finanziert und somit behördlich abgesegnet werden.



Standpunkte

Die SVP

- befürwortet eine lebendige, freie Kultur und bekämpft jede Art von «Staatskultur»;
- will privates Mäzenatentum steuerlich begünstigen;
- setzt sich dafür ein, dass Kulturförderbeiträge nicht unter Diskriminierung der Volkskultur verteilt werden;
- bekämpft die staatliche Bevorzugung des linken Kulturschaffens und die verfilzten Förderungsstrukturen.

Sport:

Sport spornt Körper und Geist an

Vernünftig betriebener Sport dient der Gesundheit des Einzelnen wie des ganzen Volkes. Eine sinnvolle sportliche Betätigung erhält die körperliche und geistige Gesundheit und Leistungsfähigkeit und fördert die Integration in die Gemeinschaft. Der Sport ist eine Lebensschulung für die Jugend, aber auch eine ideale Begegnungsform für die gesamte Gesellschaft. Dem Bund kommt eine koordinierende und fördernde Bedeutung zu. Die Förderung des Sports soll – abgesehen vom Schul- und Jugendsport – aber nicht in erster Linie Staatssache sein.



Gemeinsam für die Schweiz einstehen.

nahme und Selbstbeherrschung, aber auch Wettkampfbereitschaft und gesunden Ehrgeiz. Der unermüdlichen freiwilligen und oft ehrenamtlichen Arbeit, die in den Vereinen geleistet wird, kommt dabei hohe Bedeutung zu. In den Vereinen und Verbänden lernen Junge schon frühzeitig, Verantwortung und sogar Führungsfunktionen zu übernehmen. Der Sport bedeutet aktive Freizeitgestaltung und reduziert das Risiko, in die Drogensucht abzugleiten. Der Schulsport bietet Abwechslung im schulischen Alltag, der Breitensport einen Ausgleich zum Berufsalltag.

Jugend- und Breitensport beginnt im Verein

Im Sport können Selbstbewusstsein, aber auch Frustrtoleranz trainiert werden. Kinder und Jugendliche lernen Rücksicht-

Die sportliche Aktivität verschafft dem Menschen körperliches und geistiges Wohlbefinden und erhält seine Leistungsfähigkeit.



Tausende von Freiwilligen machen es aus

«Die eidgenössische Hochschule für Sport Magglingen bietet verschiedene Ausbildungen im Sport an, (...) und wir unterstützen den Spitzensport (...). Im Weiteren sind es die Kantone, die Verbände und die Vereine mit Tausenden von Freiwilligen, die unsere Sportbewegung ausmachen.»

(Bundesrat Samuel Schmid, «Neue Zürcher Zeitung», 24. 12. 2005)

Spitzensport motiviert

Der Breitensport bildet eine wichtige Basis für den Spitzensport. Umgekehrt motivieren die Höchstleistungen von Spitzensportlern insbesondere die Jugend zum Sport. Sportliche Talente sollen durch ein Ausbildungsangebot gefördert werden, das schulische und berufliche mit professioneller sportlicher Ausbildung verbindet. Sportliche Grossereignisse wie die Fussball-Europameisterschaft 2008 wirken für das ganze Land verbindend und motivierend und sind darüber hinaus von beträchtlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung. Die Euphorie für solche Anlässe wird aber auch immer häufiger dazu missbraucht, um mehr Bundesmittel für das eine oder andere Projekt zu erhalten. Solchen Begehrlichkeiten ist nicht nachzugeben. Der Erfolg ist dann garantiert, wenn sich die Bevölkerung begeistert und die Wirtschaft sich im privaten Sponsoring engagiert.



Fairplay statt Doping und Gewalt

Exzesse an Grossveranstaltungen, aber auch Dopingskandale im Spitzensport haben dem positiven Ruf des Sports in den letzten Jahren teilweise geschadet. Immer wieder scheinen nicht mehr Fairness und ehrlicher Wettstreit im Vordergrund zu stehen, sondern eigennützige Tricks, schnelles Geld und das Faustrecht. Die SVP befürwortet ein rigoroses Durchgreifen gegen Dopingsünder und gegen die Gewalt von Hooligans in und um die Stadien. Innerhalb des Stadions sind hier primär die Veranstalter gefordert. Sie erzielen hohe Einnahmen durch sportliche Events und haben dafür im Gegenzug ihren Beitrag zur Sicherheit zu leisten. Ausserhalb des Stadions und bei internationalen Events wie der Euro 08 hat aber auch der Staat seinem Auftrag zur Gewährleistung der Sicherheit nachzukommen. Hingegen sind jegliche Quersubventionierungen von Events über Sicherheitsbudgets abzulehnen. So geht es nicht an, über Kreditanträge unter dem Deckmantel des Sicherheitsbudgets zusätzliche finanzielle Mittel für die Kassen der Austragungsorte abzuzweigen.

Standpunkte

Die SVP

- tritt für den Sportunterricht an Schulen und ein Talent förderndes Ausbildungsangebot ein;
- misst dem Spitzensport und sportlichen Grossereignissen gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung zu;
- setzt sich ein für dopingfreien Sport und fordert ein kompromissloses Vorgehen gegen Hooligans und Vandalismus.

Miteinander statt gegeneinander

Dem Miteinander statt Gegeneinander zwischen den Generationen kommt für die Zukunft grosse Bedeutung zu. Der Zusammenhalt von Alt und Jung ist Voraussetzung für die Stabilität unserer Gesellschaft. Vereinsamung, Vereinzelung und Trennung machen die Menschen oft unglücklich, leidend und sogar krank. In der Gemeinschaft mit Mitmenschen finden sie Geborgenheit, Sicherheit und Glück.



nicht Sache des Bundes, sondern obliegt Kantonen und Gemeinden, denn diese kennen die Bedürfnisse am besten. Ziel ist es nicht, flächendeckend Betreuungsangebote einzurichten, sondern die Initiative möglichst Privaten zu überlassen. Der Staat muss dort helfen, wo es nötig ist, nicht aber eine Betreuungsform aufzwingen. Das Tragen der innerfamiliären Verantwortung ist der Anspruchshaltung gegenüber dem Staat vorzuziehen.

Die traditionelle Familie stärken

Ehe und Familie bildet nach wie vor die Grundlage und den Kern unserer Gemeinschaft. Jedes Paar ist frei, seine Familienform zu wählen, trägt aber auch die Verantwortung für die Folgen des gewählten Wegs. Traditionelle Familien mit ihren Kindern verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung des Staates und der Gesellschaft. In diesen Familien wird ein wesentlicher Beitrag zur Gesellschaft geleistet. Die Eltern sind verantwortlich für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder. Dabei lernt das Kind gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen. Die Familie sorgt für Geborgenheit und Zuwendung und für gegenseitige Unterstützung während des ganzen Lebens. Für Kinder, die ohne den Schutz der Familie aufwachsen müssen, sind genügend Betreuungsplätze anzubieten. Dies ist aber

Familienförderung fängt primär bei den Steuern an. Die SVP setzt sich deshalb für steuerliche Erleichterungen zugunsten der Familie ein. Dabei gilt es, Eltern ebenso zu entlasten wie Personen, die für ihre Angehörigen sorgen. So wird die Eigenverantwortung gestärkt und werden diejenigen belohnt, die für sich und ihre Familie sorgen.

Alleinstehende nicht diskriminieren

Gegen die Hälfte der schweizerischen Haushalte sind heute Einpersonenhaushalte. Egal, ob diese Lebensform frei gewählt oder durch das Schicksal bestimmt ist: Der Staat darf nach Meinung der SVP die Alleinstehenden weder gesellschaftlich diskriminieren noch ungebührlich zur Kasse bitten. Vielmehr leisten auch Alleinstehende und Einzelhaushalte ihren Beitrag für die Gemeinschaft, da sie die Infrastrukturen



für Familien, Kinder und Ausbildung mitfinanzieren, ohne direkt davon zu profitieren. Auch sind sie oft gute Konsumenten und leisten damit einen wichtigen Beitrag an unsere Volkswirtschaft. Die SVP wendet sich gegen Versuche, die heute vorhandene Solidarität der Alleinstehenden zusätzlich zu strapazieren.

Frau und Mann: Partner in Beruf und Politik

Frau und Mann sind gleichwertige und gleichberechtigte Partner. Sie sollen eine ihrer Situation entsprechende Lebensform und Arbeitsteilung anstreben, bei der beide – und vor allem auch die Kinder – nicht zu kurz kommen. Die SVP steht für eine Politik, in der Frauen und Männer sich miteinander, nicht gegeneinander engagieren. Nicht wer Frau oder Mann ist, sondern wer sich am besten eignet, soll ein Amt bekleiden. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Mann und Frau sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit. Ein Gleichheitswahn durch umfassende bürokratische Rege-

lungen dient diesem Ziel aber ebenso wenig wie ein Kampf der Geschlechter. Die SVP wehrt sich daher gegen die Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in der Familie, in der Gesellschaft, im Beruf und in der Politik.

Unsere Jugend – unsere Zukunft

Kleinkinder benötigen zumindest eine feste Bezugsperson, damit ihre spätere psychische Stabilität nicht gefährdet ist. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen, Mittagstische usw. können und sollen die elterliche Liebe und Fürsorge nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder liegt von deren Geburt bis zur Volljährigkeit in der Verantwortung der Eltern und kann nicht einfach an den Staat delegiert werden. Wichtig sind für unsere Jugend Unterstützung und Anerkennung sowie gute Entwicklungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Familie bietet dafür die idealen Voraussetzungen. Die SVP unterstützt Vereine und Jugendverbände als wichtige Träger einer sinnvollen Lebens- und Freizeitgestaltung.

Für eine aktive Alterspolitik

Zurzeit leben in unserem Land 1,2 Millionen AHV-Bezüger. Die betagten Mitmenschen haben nach ihrem langen Arbeitsleben ein Anrecht auf angemessenen Wohlstand und – wenn nötig – eine genügende Betreuung. Die ältere Generation soll im Gesellschaftsleben mitwirken können, solange es ihre geistigen und körperlichen Kräfte gestatten. Immer weniger Berufstätige zahlen für die soziale Sicherheit von immer mehr Betagten. Der Sicherung der erreichten Altersvorsorge ist darum volle Beachtung zu schenken. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Krankenkassen auch die spitalexterne Pflege (Hauspflege) finanziell angemessen unterstützen. Alterszentren sind örtlich zentral in dörflichen oder städtischen Quartieren zu bauen, wo die Betagten das Leben um sich haben und auch andere Menschen treffen können.



«Die Bevölkerung muss die Überzeugung zurückgewinnen, dass das wahrhaft gute Werk nicht in der sozialpolitischen Erbsenzählerei liegt, sondern in der Befreiung zur eigenständigen Tat.»

(Peter Ruch, reformierter Pfarrer, «Neue Zürcher Zeitung», 10. 1. 2006)

«Die Kirche kann nicht und darf nicht den politischen Kampf an sich reissen, um die möglichst gerechte Gesellschaft zu verwirklichen. Sie kann und darf nicht sich an die Stelle des Staates setzen.»

(Papst Benedikt XVI., *Deus Caritas est*, Enzyklika Teil II, Kap. 28b)

Kirche und Staat ergänzen sich

Die SVP bekennt sich zu unserer abendländisch-christlichen Tradition. Die Kirchen sind aufgerufen, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Die SVP trägt die von der Bundesverfassung allen Einwohnern der Schweiz garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit uneingeschränkt mit. Andererseits tritt sie der Äusserung religiös-politischer Machtansprüche und deren Symbolen (zum Beispiel der Errichtung von Minaretten) entschieden entgegen. In unserem Land gilt Glaubens- und Gewissensfreiheit. Es kann weder Sache einer Partei noch des Staates sein, den Menschen in Glaubensdingen Vorschriften zu machen, was zu glauben sei. Glaubens- und Gewissensfreiheit muss auch heissen: Freiheit für den Dienst der Verkündigung und für die Tätigkeiten der Kirchen im Rahmen des religiösen Friedens. Es darf aber auch nicht Sache der Kirche sein, Politik zu betreiben. Die SVP bedauert jede einseitige, ideologisch geprägte politische Stellungnahme von Kirchenfunktionären zutiefst, weil damit der Seelsorge- und Verkündigungsauftrag der Kirchen untergraben wird.

Standpunkte

Die SVP

- will die Familien durch rechtliche und steuerliche Entlastungen stützen;
- anerkennt Frau und Mann als gleichberechtigt in Beruf und Politik;
- tritt für eine eigenverantwortliche Arbeitsteilung in der Familie ein. Sie fordert daher die Abschaffung des Gleichstellungsbüros und weiterer Ämter, die sich mit der staatlichen Reglementierung des Familienlebens befassen;
- hält die Kindererziehung für eine primäre Aufgabe der Eltern;
- fordert, dass Tagesstrukturen nur dort eingerichtet werden, wo das Bedürfnis besteht und die Finanzierung primär über Private erfolgt; in klar definierten Fällen kann eine Zusammenarbeit zwischen kantonalen und lokalen Behörden mit der Privatwirtschaft erfolgen;
- verlangt die Sicherung der Altersvorsorge;
- widersetzt sich jeglichem religiös-politischem Machtanspruch;
- fordert Kirchen, die sich vermehrt der Seelsorge statt der Tagespolitik widmen.



Kathedrale St. Peter, Genf.

Eigenverantwortung statt Sozialismus



Noch gibt es in der Schweiz ein leistungswilliges, eigenverantwortliches Bürgertum, das nicht bei jeder Schwierigkeit oder Anstrengung nach dem Staat ruft. Doch der schleichende Sozialismus hat unser Land etwas verspätet, aber umso gründlicher erfasst. Die 1990er-Jahre bedeuteten den Dambruch und bildeten ein eigentliches «sozialdemokratisches Jahrzehnt» mit ausufernden Staatsausgaben, Schuldenbergen, Steuerquoten, Gebühren und Prämien. Eine linke Umverteilungselite hat sich mit Geschick und Erfolg an die entscheidenden Schalthebel in Politik, Gesellschaft, Medien und Kultur gesetzt und leitet staatliche Geldströme in ihre eigenen Taschen und in jene ihrer Klientel.

Linke Umerziehung

Ein regelrechtes Umerziehungsprogramm hat dazu geführt, dass Freiheit, Selbstverantwortung und unternehmerische Leistung plötzlich als verdächtig erscheinen. Die Pflicht eines für die Firma und die Arbeitsplätze besorgten Arbeitgebers, nämlich Gewinn zu erzielen, wird zunehmend moralisch in Frage gestellt. Dabei sind tüchtige Unternehmer, Handwerker

und Gewerbler die wahren «Sozialarbeiter» in unserem Land. Sozial ist nicht, wer Gelder von der einen Tasche in die andere umleitet oder grosszügig das Geld anderer verteilt. Wahrhaft sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft oder in Eigenverantwortung für sich und die Seinen sorgt und nicht der Allgemeinheit zur Last fällt.

Abschied vom Erfolgsmodell?

Das Schweizer Erfolgsmodell beruht auf einem massvollen Staat mit freier, prosperierender Wirtschaft. Es gibt keinen vernünftigen Grund, davon abzuweichen. Wir sind uns bloss in den letzten Jahren untreu geworden. Die neuen Mitgliedstaaten der EU haben seit dem Zusammenbruch des Sozialismus konsequent auf eine liberale Marktwirtschaft gesetzt. Selbst sozialdemokratisch geführte Staaten in Skandinavien haben liberale Reformprogramme eingeleitet. Nur die Schweiz macht weiter Richtung Sozialismus – geschützt von einer mehrheitlich linksdiktierten Medienlandschaft. Nirgendwo in der Welt sind die Behördenmacht, die Staatsintervention und die staatliche Reglementierung in den letzten Jahren stärker gewachsen als in der Schweiz. Unsere Staatsquote ist stärker gewachsen als in allen OECD-Ländern.

Rückkehr zum Erfolgsmodell!

Statt den wohlbekanntem sozialistischen Irrweg in die Arbeitslosigkeit, die Verschuldung und die Armut zu gehen, sollten wir uns wieder auf das freiheitliche Erbe besinnen: auf Fleiss und Eigenverantwortung, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und stabile Geldpolitik, auf Privateigentum statt Umverteilung, auf mehr Freiheit und weniger Staat. Dafür steht in unserem Land die SVP. Wer unser Land voranbringen will, hat darum nur eine Wahl: die SVP!



Wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen

Die SVP bedankt sich für Ihr Interesse. Wir stehen für klare Standpunkte ein, reden Klartext und kämpfen mit aller Kraft für Ihre Anliegen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie Mitglied unserer Partei werden möchten. Wir freuen uns über jede finanzielle Unterstützung. Sie können uns Spenden zukommen lassen unter:

Schweizerische Volkspartei

Generalsekretariat
Postfach 8252
3001 Bern
Postkonto 30-8828-5
E-Mail: info@svp.ch



Falls Sie Informationen über die Partei und zu unseren Positionen wünschen oder Mitglied werden wollen, können Sie dies im Internet unter www.svp.ch oder mit unten stehendem Antwortalon erledigen:

- Ich unterstützte die Politik der SVP und werde SVP-Mitglied.
- Ich möchte mehr Informationen über die SVP erhalten.
- Ich möchte mehr Informationen zum Thema: _____

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Bitte zurücksenden an: SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59
E-Mail: info@svp.ch

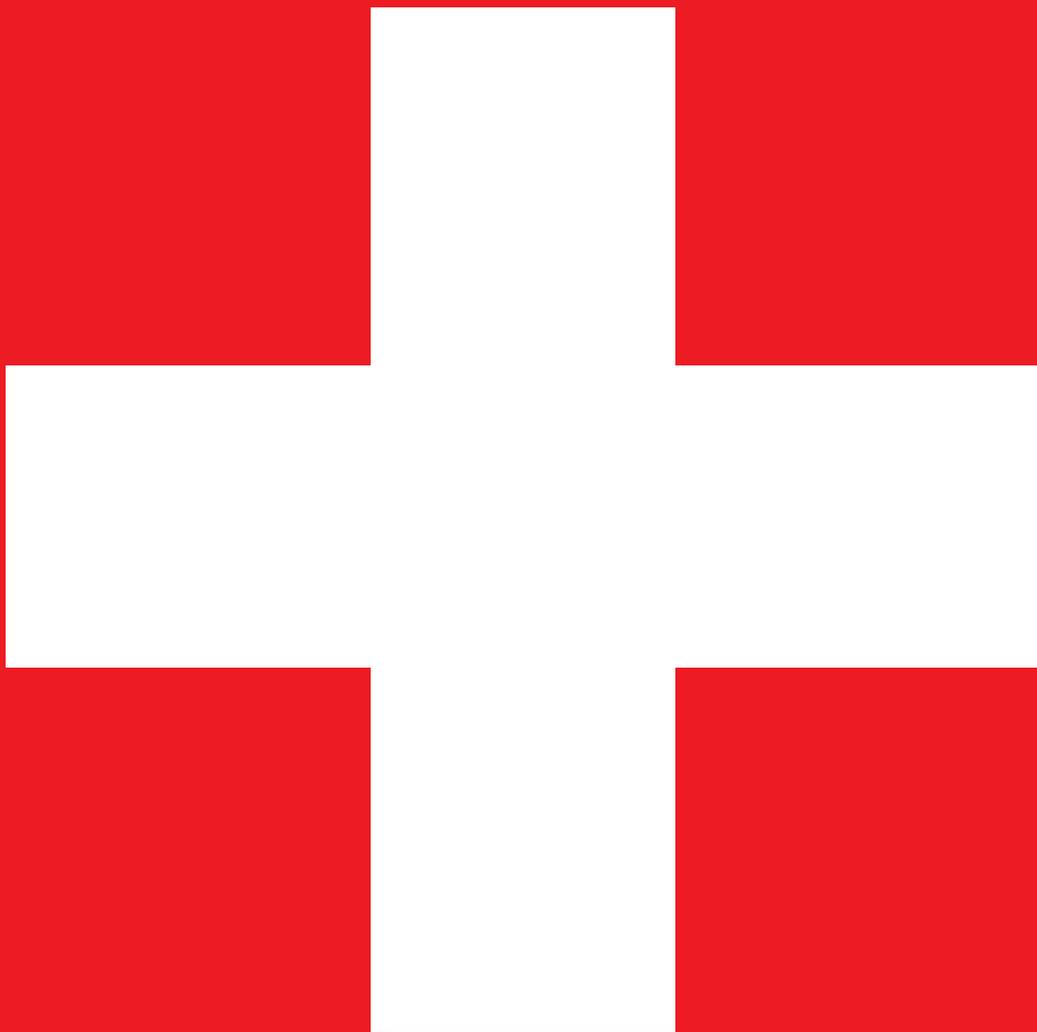


Schlagwortverzeichnis

Abgaben	5, 7, 19, 22, 23, 51, 64, 68	Frauen	6, 7, 24, 34, 48, 57, 59, 79
Abzockerei	64	Freiheit	6, 7, 9, 10, 34, 37, 38, 50, 61, 70, 79, 80, 82
AHV	56, 57, 59, 79	Frieden	9, 38, 39, 80
Alkohol	52	Gebühren	5, 7, 22, 23, 24, 25, 50, 71, 82
Alterspolitik	79	Gerichte	14, 35
ALV	56, 57	Gewalt	38, 40, 43, 52, 77
Agglomerationsverkehr	62	Gewerbe	5, 26, 27, 50, 65
Anreize	43, 57, 59, 61	Grenzen	17, 20, 34, 36, 57
Arbeitslosigkeit	19, 22, 28, 45, 82	Grundversorgung	61, 71
Arbeitsplätze	5, 7, 22, 24, 26, 28, 82	Hochschule	54, 55, 76
Armee	11, 38, 39, 40, 41	Illegale Zuwanderung	46, 47
Asylbewerber	7, 42, 43	Infrastruktur	64, 78
Asylmissbrauch	19	Integration	10, 11, 47, 57, 76
Asylrekurskommission	43	Journalismus	71, 73
Alternative Energieformen	66	Jugendkriminalität	36
Auflagen	26, 27, 28, 49, 53, 62	Jugendliche	36, 76
Auftrag	40, 41, 50, 77	Kirche	80
Ausbildung	41, 52, 55, 57, 73, 76, 77, 79	Kernkraft	66
Ausland	12, 16, 20, 36, 37, 41, 44, 59	Kinder	7, 19, 30, 52, 55, 76, 78, 79
Auslandeinsätze	41	Kinderkrippen	13, 79
Ausländerkriminalität	34	KMU	26, 27
Aussenpolitik	16, 17, 21	Körperverletzung	34
Bankkundengeheimnis	19, 28	Krankenversicherung	24
Bauern/ Bauernstand	26, 48, 49, 50	Kriminaltouristen	36
Berufsbildung	53	Kriminalität	5, 19, 34, 35, 37, 45
Berufslehre	55	Kulturförderung	75
Bildung	16, 52, 53, 54, 55	KVG	60
Biomasse	67, 68, 69	Landverkehrsabkommen	65
Bürokratie	5, 10, 20, 22, 26, 27, 39	Lehrstellen	53, 55
Bussen	35, 64	Leistung	7, 24, 32, 43, 48, 49, 50, 52, 56, 59, 60, 61, 82
CO ₂ -Abgabe	68	Männer	6, 7, 24, 48, 57, 59, 79
Defizit	7, 33, 57, 62	Markt	26, 27, 48, 53, 54, 69
Direktzahlungen	49, 50	Masseneinwanderung	19, 45
Direkte Demokratie	9, 11, 13, 16	Mehrwertsteuer	7, 19, 22, 24, 26, 29
Disziplin	36, 52	Militär	20
Doping	77	Milliz	40, 41
Drogen	52, 61	Minarett	80
Einbürgerung	47	Mindestbeitragsdauer	59
Eisenbahn	62, 65	Mittelstand	24, 25, 27
Entlastung	22, 23, 53, 55, 80	Nahrungsmittel	5, 48, 50
ETH	54	Nato	39, 41
EU	5, 6, 11, 12, 17, 18, 19, 21, 28, 35, 62, 74, 82	Neat	62, 63
Fachhochschule	53, 55	Neutralität	6, 8, 11, 16, 19, 20, 21, 38, 39, 41
Familie	5, 6, 7, 23, 24, 43, 78, 79, 80	Pensionskasse	32
Familiennachzug	44, 45	Personenfreizügigkeit	21, 57
Fernsehen	70, 71, 73	Profilierungssucht	17
Filz	26, 63	Polizei	35, 37
Finanzplatz	19, 28	Prämiensenkungsinitiative	60
FinöV	65	Radio	70, 71, 73
Fiskalquote	24	Randgebiete	65
Föderalismus	8, 11, 12, 13, 16, 19	Rentenalter	57, 59
Forschung	55	Road Pricing	64



Sans Papiers	46
Scheininvaliden	56, 58
Schengen	34
Schuldenberg	30, 82
Schuldenbremse	30, 33
Schule	36, 52, 57, 77
Schweizer Qualität	9
Sozialhilfe	28, 42, 43, 45, 47, 58, 59
Sozialausgaben	7, 56
Sozialismus	24, 82
Sozialversicherung	24, 27, 56, 59
SRG	71
Staatshaushalt	33
Staatspropaganda	71, 73
Staatsquote	24, 33, 82
Stau	5, 62, 64, 65
Steuern	5, 7, 12, 21, 22, 23, 25, 26, 31, 50, 68, 78
SUVA	27
Stimm- und Wahlrecht	47
Stromversorgung	66
Straftäter	35, 36, 37, 47
Subventionen	49
Terrorismus	5, 20, 38, 41
Tourismus	29, 28, 48, 64, 65
Umverteilung	24, 58, 82
Umweltschutz	25, 66, 68
Unabhängigkeit	6, 8, 10, 11, 19, 38, 43, 69
Universität	53, 54
Unternehmen	22, 23, 25, 26, 27, 29, 32
Vandalismus	34, 36, 37, 77
Verantwortung	13, 14, 36, 38, 39, 40, 52, 76, 78, 79
Verbandsbeschwerderecht	27, 29, 64
Vereine	36, 74, 76, 79
Verkehr	32, 37, 48, 62, 63, 64, 65
Volkswirtschaft	26, 48, 56, 59, 64, 79
Vorschrift	5, 12, 16, 26, 27, 80
Waffen	40
Wasserkraft	66, 67, 69
Willensnation	8
Wohlstand	6, 7, 9, 22, 24, 27, 28, 62, 79
WTO	49
Zigaretten	52
Zukunft	5, 7, 10, 27, 37, 42, 49, 50, 57, 66, 67, 78, 79, 82



ISBN: 978-3-033-01090-1